

Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

**Ämtliche Urkunden,
herausgegeben im Auftrage
des Reichsministeriums von
der Reichskanzlei.**

**Berlin 1919.
Verlag von Reimar Hobbing in Berlin.**

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1
Erste grundsätzliche Erörterungen. Aufgabe der Forschung auf dem Gebiete des Völk. Nr. 1—3	13
Zweites Kapitel zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Beziehung mit beiderseitigen Schritten Österreich-Ungarns. Zusammenfassung des Völk. Nr. 4—10	19
Drittes Kapitel zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Beziehung mit beiderseitigen Schritten für die Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Nr. 11—20	29
Viertes Kapitel zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Beziehung mit beiderseitigen Schritten für die Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Nr. 21—30	34
Fünftes Kapitel zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Beziehung mit beiderseitigen Schritten für die Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Nr. 31—47	44
Sechstes Kapitel zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Beziehung mit beiderseitigen Schritten für die Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Nr. 48—60	56
Siebentes Kapitel zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Beziehung mit beiderseitigen Schritten für die Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Nr. 61—70	66
Achstes Kapitel zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Beziehung mit beiderseitigen Schritten für die Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Nr. 71—80	83
Neuntes Kapitel zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Beziehung mit beiderseitigen Schritten für die Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Nr. 81—100	111
Zehntes Kapitel zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Beziehung mit beiderseitigen Schritten für die Einleitung einer neutralen Vermittlungsfunktion. Nr. 101—110	122

Vorbemerkung.

Die hier abgedruckten Aktenstücke beziehen sich auf die Zeit vom 14. August bis zum 11. November 1918. Sie geben die Beratungen und Verhandlungen wieder, die zwischen Regierung und Oberster Heeresleitung stattgefunden haben, nachdem diese auf Grund des militärischen Umschwunges im Juli und August 1918 zu dem Schlusse gekommen war, daß der Feind trotz der gewaltigen Leistungen unserer Heere nicht mehr durch einen Sieg zum Frieden genötigt werden könne.

Die Veröffentlichung ist erforderlich geworden, um der Legendenbildung entgegenzutreten. Viele Kräfte sind an der Arbeit, die Wahrheit zu entstellen. Zum Teil kann man ihnen den guten Glauben nicht mehr zusprechen, aber zum Teil ist Unkenntnis die Ursache der Entstellungen. Über die Verhandlungen dieser Zeit muß daher vollständige Klarheit verbreitet werden. Das Volk will die Wahrheit und jeder der Beteiligten hat Anspruch darauf.

Die veröffentlichten Dokumente entstammen den Archiven des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei. Sie sind Beiträge zur Entstehungsgeschichte des Friedensangebots vom 3. Oktober und des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918. Sie sind gleichzeitig Beiträge zum Verständnis der deutschen Revolution und der elementarenichtigkeit ihres Sieges.

Die Urkunden sollen ein objektives Urteil über die Verhandlungen zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung während der Liquidation des Krieges ermöglichen. Es ist daher alles aufgenommen worden, was in den genannten Akten an Äußerungen der Obersten Heeresleitung gegenüber der Reichsleitung enthalten ist. Das Material ist im ganzen chronologisch geordnet. Einige Dokumente zur Aufhebung des U-Boot-Krieges sind in einem besonderen Abschnitt zusammengefaßt. Zur Erleichterung der Übersicht sind die mit dem Präsidenten Wilson gewechselten Noten eingefügt.

In großen Zügen ergibt die Sammlung folgendes Entwicklungsbild:

Ausgangspunkt der ganzen Friedensaktion ist die Kaiser Sitzung in Spa am 14. August 1918 (Nr. 1 und 2). Während General Ludendorff noch Mitte Juli 1918 mit Bestimmtheit erklärt hatte, daß die jetzige Offensive den Feind endgültig und entscheidend besiegen werde (Nr. 2), wird jetzt angenommen, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg militärisch zu gewinnen und daß daher an eine Verständigung mit dem Feinde, und zwar durch neutrale Vermittelung, zu denken wäre. Es wird aber nicht etwa der Auftrag gegeben, die Anknüpfung sofort vorzunehmen. Der Entschluß des Kaisers lautet vielmehr (Nr. 1):

»Es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten,« und nach ihm faßt der Reichskanzler die Beratung dahin zusammen:

»Diplomatisch müssen Fäden, betreffend eine Verständigung mit dem Feinde, im geeigneten Moment angesponnen werden, ein solcher Moment böte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen.«

Generalfeldmarschall von Hindenburg führt im Anschluß hieran aus,
 »daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich dem Feinde unsern Willen aufzuzwingen.«

Mit dem Ergebnis dieser Sitzung stimmt es überein, daß der Reichskanzler von Hertling ein sofortiges Friedensangebot in der Sitzung des Preussischen Staatsministeriums vom 3. September 1918 ablehnt (Nr. 3) und daß die weitergehenden österreichischen Wünsche eines direkten Appells an alle kriegsführenden Länder nicht gebilligt werden (Nr. 4). Die deutsche Anschauung, daß eine neutrale Vermittlung vorzuziehen und daß auch für diese ein günstigerer Zeitpunkt, nämlich die Konsolidierung der deutschen Front, abzuwarten sei, wird bis zum 10. September in zahlreichen Verhandlungen den Österreichern gegenüber vertreten, um sie von ihrem offenen Appell zurückzuhalten.

Erst am 10. September tritt eine teilweise Änderung ein. Generalfeldmarschall von Hindenburg spricht sich zwar nochmals gegen den Appell an alle kriegsführenden Länder aus, erklärt sich aber nunmehr »mit der Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer Aussprache ohne Aufschiebung einverstanden.« Der Widerspruch Österreichs, daß an seinem Vorschlage festhält und der neutralen Vermittlung widerspricht, führt zu weiteren Verhandlungen mit Österreich (noch Nr. 4). Als die Österreicher trotz des deutschen Widerspruchs ihren Appell hinausgehen lassen, dessen höhnische Zurückweisung man voraussieht, entschließt man sich von deutscher Seite, die neutrale Vermittlung nebenher zu suchen (Nr. 5). Die Versuche führen nicht zum Ziel.

Inzwischen verschärft Bulgariens Zusammenbruch die Situation wesentlich (Nr. 6 bis 10).

Vom 21. September an taucht in den Aktenstücken der Gedanke auf, zur Einleitung der Friedensverhandlungen direkt an Amerika heranzutreten. Vorbereitungen werden getroffen (Nr. 11, 12). Am 29. und 30. September ist Staatssekretär von Hingé wieder im Großen Hauptquartier. Das Ergebnis der Beratungen zeigt sich in dem Telegramm von Hingés an sein Berliner Amt vom 29. September, 9 Uhr 40 nachmittags (Nr. 13):

»Bitte auf Grund Befehl Seiner Majestät und Zustimmung des Herrn Reichskanzlers, in Wien und Konstantinopel vertraulich mitteilen, daß ich vorschlage, Präsident Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 Punkte und ihn einzuladen, Friedenskonferenz nach Washington zu berufen nach Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand. . . .

Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würde die in Bildung begriffene neue Reichsregierung den Vorschlag auf geeignetem Wege an Präsident Wilson gelangen lassen, so daß der Vorschlag erst von ihr ausgehen würde.«

Noch am selben Abend gehen aus Berlin die Telegramme nach Wien und Pera ab (Nr. 14). Die Übereinstimmung mit Wien wird nach Rückfragen herbeigeführt (Nr. 16, 19) und die Technik der geheimen Übermittlung durch die Schweiz mit Bern verabredet (Nr. 18, 20).

In diesen Tagen tritt die Aktion in ein neues Stadium. Während ursprünglich die Oberste Heeresleitung von der Einleitung von Friedensschritten vor einer Konsolidierung der militärischen Lage ganz absehen wollte, später Vorsicht empfahl, bittet sie jetzt auf das dringendste, das Friedensangebot

gerade wegen der akuten Gefährdung der militärischen Lage sofort hinausgehen zu lassen. Am 1. Oktober kommen eine ganze Reihe von Telegrammen und Telefongesprächen aus dem Großen Hauptquartier mit dem gleichen Inhalt nach Berlin. »Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen« (Nr. 21). Man solle das Friedensangebot »sogleich hinausgehen lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung warten, die sich verzögern könne. Heute hielte die Truppe noch und wir seien in einer würdigen Lage, es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Angebot im allernüchternsten Moment« (Nr. 23). Und spät abends: »General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weiter gehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht noch warten, . . . Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sei und bittet Euer Exzellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen« (Nr. 27). Am selben Nachmittag läßt Hindenburg dem Reichskanzler von Payer mitteilen (Nr. 22, vgl. Bericht v. Payers in Nr. 42), wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden sei, daß Prinz Max die Regierung bilde, könne bis zum nächsten Morgen gewartet werden; sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte er die Ausgabe der Erklärung heute nacht für geboten. In einem Vortrag, den der Vertreter der Obersten Heeresleitung am 2. Oktober vormittags vor den Parteiführern des Reichstages hält, kommt auch in diesem größeren Kreise die drängende Lage scharf zum Ausdruck (Nr. 28).

Prinz Max von Baden sträubt sich aufs heftigste gegen die gewünschte Friedensaktion, weil sie in dieser Form und in diesem Augenblick einer militärischen Zwangslage die deutsche Situation für die Friedensverhandlungen offenbar sehr ungünstig gestalten würde. Er berichtet hierüber am 11. Oktober (Nr. 42):

»Am Abend des 1. Oktober sei ihm der Reichskanzlerposten angeboten worden mit dem gleichzeitigen Verlangen, sofort die Friedensvermittlung Wilsons nachzusuchen; er habe sich dagegen gesträubt und mindestens acht Tage warten wollen, um die neue Regierung zu konsolidieren und nicht den Eindruck hervorzurufen, als handelten wir bei unserer Bitte um Friedensvermittlung unter dem Drucke eines militärischen Zusammenbruchs.«

Am 2. Oktober bittet General Ludendorff um den Entwurf der Note (Nr. 29) und läßt nachmittags selbst eine Fassung telephonieren, die im wesentlichen mit dem späteren Wortlaut übereinstimmt (Nr. 30).

Der Prinz hält seine Bedenken aufrecht. Noch am 3. Oktober stellt er schriftlich eine Reihe von Vorfragen, darunter die Frage (Nr. 32):

Ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann?« (Nr. 32, Ziffer 4).

Am gleichen Tage überbringt Lindenburg, der in Berlin anwesend ist, dem Reichstangler nochmals schriftlich die Erklärung,

daß die Oberste Heeresleitung auf ihrer Forderung der sofortigen Absendung des Friedensangebots bestehen bleibt (Nr. 33).

Nach eingehender Besprechung unter den Staatschreibern geht die Note unter diesem Druck der Obersten Heeresleitung in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober hinaus (Nr. 34).

In der Zeit bis zum Eintreffen der Antwort erklärt der Reichstangler am 6. Oktober nach dem vorliegenden Protokoll nochmals: »Ich habe gegen Note gekämpft, erstens weil ich Moment für verfrüht hielt, zweitens weil ich an Feind im allgemeinen nicht weichen wollte. Jetzt müssen wir Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß . . . Lage an der Front festgestellt werden, und zwar durch geeignete Offiziere. . . Anwesenheiten müssen gehört werden« (Nr. 35). Die Staatschreiber äußern sich im gleichen Sinne. Der Gehalts ist offenbar der, daß Ludendorff die militärische Lage auf Grund eines Zusammenbruchs der Fronten zu schlecht beurteilt haben könnte. Es entsteht nunmehr ein eigenartlicher Konflikt, der sich durch die ganzen weiteren späteren Verhandlungen vom 6. bis zum 20. Oktober spiegelt: General Ludendorff sieht in der Befragung anderer Generale ein Mißtrauen und läßt für diesen Fall mit seinem Abschied rechnen, von dem die Heeresleitung eine Befehlsmäßigkeit bei Zusammenbruch bedroht (Nr. 35, 36, 39, 54 und besonders 55, 62, 82).

Der von Rathenau in der Vossischen Zeitung veröffentlichte Plan einer Levee en masse wird erklärt, aber fallen gelassen, weil die militärischen Stellen, insbesondere Ludendorff selbst sich von ihr nichts versprechen (Nr. 36, Ziffer 7, Nr. 38 und 43 zu Frage 7).

Wilhelm Rathenau ist vom 5. Oktober. Er verlangt eine nähere Festlegung auf die Punkte des Präsidenten in dem Sinne, daß beim Eintritt in die Diskussion nur noch eine Verflämigung über die politischen Möglichkeiten ihrer Anwendung stattfinden soll. Ferner wird die Räumung der von Deutschland besetzten Gebiete gefordert und drängt eine Frage nach den in Deutschland nachgehenden Gewalten gestellt (Nr. 37).

Am 9. Oktober findet eine mündliche Verhandlung mit Ludendorff statt, in der dieser einen kurzen Rückblick über die ganze Kriegsgeschichte gibt (Nr. 38). In dieser Verhandlung erklärt Oberst Geyer wiederum: »Es wäre Schauspiel der Obersten Heeresleitung, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte, es kann sein, daß wir bis zum Herbstjahr halten, es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Wessern hing es an einem haben, ob Durchbruch gelang. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unverkennbar, ob Truppe hält oder nicht. Jeden Tag neue Überraschungen. Ich fürchte nicht die Katastrophe, sondern möchte Ruhe sehen, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch als Druckmittel haben.«

Der zuletzt angeführte Gedanke wird wiederholt von der Obersten Heeresleitung aufgenommen. Ludendorff vertritt den Standpunkt, daß Deutschland nicht gezwungen sei, alle Forderungen anzunehmen, daß insbesondere eine etwaige Forderung auf Freilassung deutscher Festungen abgelehnt werden könnte (Nr. 38, 43). Aber die Ant-

worten auf die Frage, wie lange noch Widerstand gehalten werden kann, lauten weitgehend und unsicher. Lubenoff antwortet dem Staatssekretär Dr. Wolf auf die Frage, ob die Front noch 3 Monate gehalten werden kann, verneinend (Nr. 43), und auf die Frage des Prinzen Bag:

»Kann kein Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden und noch verlässbaren Bundesgenossen der Krieg allein von uns noch fortgeführt werden?« (Nr. 36).

Laute Lubenoff's Antwort laut bedingt:

»Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja« (Nr. 43).

Die heutige Erwiderung auf Wilson's Antwort ergeht noch in vollem Einklang mit der Obersten Herrschaft (Nr. 44, 46, 47). Auf Wunsch des Generalstabschefs v. Siedenburg wird ausdrücklich ausgesprochen, daß Deutschland von der Annahme ausgeht, daß auch die mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf dem Boden der Grundsätze des Präsidenten Wilson stellen (Nr. 44).

Die zweite Note des Präsidenten Wilson vom 15. Oktober (Nr. 48) wird wesentlich schärfer. Sie kommt zum ersten Male den Frieden von Wasserafflack, dessen Bedingungen »dem Urtheil und dem Rat der militärischen Berater« überlassen werden müssen, spricht von ungesetzlichen und unehrenhaften Praktiken der deutschen Streitkräfte und erklärt, daß die ganze Durchführung des Friedens »von der Bestimmtheit und dem beschreibenden Charakter der Bedingungen abhängen« werde, welche in den grundlegenden Fragen der inneren Gerechtigkeit gegeben werden können. Offensiv erhält eine besondere Natur. Die Besetzung über diese Note in ganz Deutschland und namentlich ihre Wirkung auf das Herz ist offenbar groß. Der Widerstand regt sich überall, der Stolz blüht sich auf und die Oberste Herrschaft möchte zurück. Es erhebt sich vor die schwere Frage, ob man noch zurückkann. Wenn die Offenbarung der nächsten Tage nach der bisherigen Behauptung des sicheren Sieges hat inzwischen im Ausland und Inland ihre Wirkung getan.

Das Verhältnis zwischen der Obersten Herrschaft und der Reichsleitung beruht sich. Die Oberste Herrschaft fragt an, ob die heutigen Kräfte noch einmal in den Kampf bis zum Äußersten mitgehen würden, aber ob die moralische Widerstandskraft dafür zu sehr erschöpft sei (Nr. 54). Staatssekretär Dr. Wolf sucht in diesem Sinne nicht nur einen Appell an das heutige Volk, sondern zugleich eine Versicherung der Verantwortlichkeit.

»Dann sei denn die Stimmung so gedrückt! Soll die militärische Macht zusammenbrechen sei. Jetzt aber sage man: Die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Versicherung dürfte man nicht zulassen; sie sollte schlicht zu den eigenen Worten Lubenoff's, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine *levée en masse* nicht möglich ist.«

Am 17. Oktober finden drei Sitzungen statt (Nr. 55 bis 58). Über die mittlere Sitzung mit Lubenoff, in der die gesamte Lage noch allen Richtungen hinangesprochen wird, sagt eine außersichtliche Niederschrift vor (Nr. 57). Lubenoff äußert sich besorgniserregender als vor zwei Wochen über die Möglichkeit, über die nächsten Wochen hindurch handzuhalten. Aber seine Äußerungen sind unbestimmt, wechselnd und stimmungsmäßig gefärbt; sie stehen gegenüber der Macht der Tatsachen, die zur Sprache kommen, zum Teil kein volles Vertrauen. Galtten vor kurzen Lubenoff und Hoye es

selbst als Hasardspiel bezeichnet, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigten (Nr. 23 u. 38), so heißt es jetzt:

»Der Krieg ist kein Rechenegempel. Es gibt im Kriege eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde, ob Rennenkampf marschieren würde oder nicht. Er ist nicht marschiert und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Krieg **S o l d a t e n g l ü c k**, vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück.«

Auf die zusammenfassende Frage, ob die Westfront bei Überführung der Kräfte aus dem Osten — deren Möglichkeit noch zweifelhaft ist — nach drei Monaten noch stehen werde, antwortet Lubendorff:

»Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten: Ich fürchte ihn nicht.«

Zu seinen eigenen früheren Erklärungen sagt Lubendorff:

»Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgestern ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen.«

Die Möglichkeit einer Auffüllung der Truppen im Westen durch Räumung Weißrußlands und der Ukraine, das Aushalten mit Materialien und mit Produkten, namentlich mit dem nur noch für wenige Monate reichenden Öl wird ausführlich erörtert. Es ergeben sich viele ungünstige Faktoren. Man berechnet, wieviel Mannschaften aus dem Innern bei schärfster Auskämmung freigemacht werden können. Zum Schlusse dieser Berechnungen sagt der Reichskanzler:

»Aber wir können bis nächstes Frühjahr 600 000 bis 700 000 Mann Ersatz aufstellen, die Feinde 1 100 000 Mann, wenn ich nur die Amerikaner berechne; dazu kommen dann vielleicht die Italiener. Wird sich also zum Frühjahr unsere Lage verschlechtern oder verbessern?«

General Lubendorff antwortet:

»Nach den Zahlen ist es keine Verschlechterung. Aber dazu kommt die Rückwirkung der Räumung auf unsere wirtschaftliche Lage; wenn wir zurückgehen, wird die Lage unserer Kriegsindustrie in höchstem Maße verschlechtert. Das konnte man ja immer voraussehen, daß, wenn wir aus dem Kriege mit unseren jetzigen Grenzen herauskommen, wir militärpolitisch und industriell viel schlechter stehen als früher. Das wird sich auch jetzt bei einer Räumung zeigen.«

Am Ende der Sitzung tritt der Gedankengang des Reichskanzlers klar hervor. Er weist darauf hin, daß auch nach den weitestgehenden — von dem Prinzen selbst anscheinend nicht geteilten — Hoffnungen Lubendorffs der Krieg nur auf beschränkte Zeit fortgeführt werden kann, daß inzwischen mit dem Abfall der beiden noch übrigbleibenden Verbündeten bestimmt zu rechnen ist und daß sich nunmehr die Frage erhebt: **S t e h t m a n a m S c h l u s s e b e s s e r o d e r s c h l e c h t e r a l s h e u t e ?** Lubendorff ist der Auffassung, daß es keine schlechteren Bedingungen gibt.

Lubenhorff:

•Ich habe den Eindruck, daß wir durch diese Note Bedingungen auf
uns auferlegen, die zu hart sind, müssen wir dem Feinde sagen: Entlumpf
auch solche Bedingungen.»

Der Reichskanzler:

•Aber wenn er sie entlumpft hat, wird er auch dann nicht nach
schlechtere stellen?»

Lubenhorff:

•Schlechtere gibt es nicht.»

Der Reichskanzler:

•O ja, sie brauchen in Deutschland ein und verwickeln das Land.»

Lubenhorff:

•Es weiß sich mir auch nicht.»

Der letzte Satz weicht aus, denn die Möglichkeit der Abwehr ist auch nach Lubenhorff jeglicher Aussicht zum mindesten ungewiß, und die Frage war gerade die, wie die politische Lage sich nach weiteren drohenden Widerstände gestalten würde. Die Reichsleitung geht offenbar dreierlei in Betracht. Erstens, daß im Falle der Kapitulation die politische Lage schlechter sein würde. Davor stellt die letzte Note des Präsidenten Wilson scharfe und schärfere Stabilitäten des Waffenstillstandes in Aussicht. Auch diese Note hält aber für den eigentlichen Friedenvertrag an den bekannten Punkten des Präsidenten fest. Wenn es wirklich gelänge, den Krieg noch einige Monate fortzusetzen, so würde man im Falle des schlechtesten Ausgangs diesen Frieden nicht mehr unter den Füßen haben. Daneben steht ein zweiter Gedanke. Es war zwar schon damals, besonders nach dem Tode der letzten Note zu bemerken, daß Wilson später seine Grundzüge verließen oder die Verletzung zulassen würde. Aber da die Note selbst eine klare Verlegung noch nicht enthält, hätte man sich im Falle des Abbruchs der Verhandlungen auf einen klaren Verbruch nicht berufen können. Daher wäre ein Aufruf zum Entlumpf nach der Auffassung der Reichsleitung, auch wenn man sich dazu entschließen wollte, auf die Dauer ohne Kraft gewesen. Das Verlangen auf Abmündung und auf Einstellung des West-Friedes, die allgemein gehaltenen Forderungen auf Demokratisierung waren nach der Ansicht des Reichskanzlers bei aller Schwere keine Gründe, die, nachdem einmal die Verhandlungen über einen Willen- Frieden eröffnet waren, das deutsche Volk, das zum größten Teil Demokratisierungen in mehr oder weniger entschiedenem Umfange selbst wünschte, zu dem furchtbaren letzten Kampf auf die Dauer erheben konnten. Dazu kamen drüßens allgemeine Erwägungen. Durch den auch nach der jetzigen Meinung Lubenhorff wenig ausrichtswollen Kampf würde mit Sicherheit Tod und Elend weiter schrecklich gemehrt haben. Die Zahl der unglücklichen, schwer Kriegs- verletzten hätte sich vielfach vermehrt. Die Herstellung Belgiens und Nordfrankreichs durch die Kämpfe und durch einzelne, auch bei Stilllegung der zuletzt gelösten Feindschaft unvermeidlich blühende Eingriffe auf dem Rückzug würde fortgesetzt und die Verwüstung in das eigene Land getragen sein. Die materielle Last hätte sich ins Unendliche gesteigert. Belgien mußten auch Frankreich und Belgien die mit dem Vormarsch in jedem Falle verbundenen weiteren Opferbringen schauen. Daraus erblie die Reichsleitung eine Sicht: Die der unermesslichen politischen Lage; denn diese Gegner hatten dadurch auch ihrerseits ein Interesse an sofortigem Waffenstillstand, mehr als etwa nach dem Erwischen der deutschen Grenze.

In der nachfolgenden dritten Sitzung vom 17. Oktober (Nr. 58) wird die Beratung fortgesetzt. Inzwischen sind schlechte Nachrichten aus Österreich eingegangen. Im übrigen ist das Bild das gleiche. Ludendorff selbst befürwortet zwar mit Rücksicht auf den befürchteten Abfall Österreichs nach wie vor die Fortsetzung der Friedensverhandlungen, meint aber, man brauche trotzdem nicht jede Bedingung anzunehmen; es sei immer noch Zeit, klein beizugeben. »Wenn wir tatsächlich geschlagen werden sollten, so müßten wir eben sofort kapitulieren. Gefährlich könnte es werden, wenn wir bei Verdun eine Niederlage erlitten, sonst sehe er die Gefahr nicht für so groß an.«

Nach diesen Beratungen tritt wegen der schwankenden und sich zum Teil widersprechenden Äußerungen Ludendorffs über die militärische Lage wieder das Bedürfnis hervor, andere Generale zu hören, diesmal, weil die Gefahr einer zum Teil zu g ü n s t i g e n Beurteilung besteht (Nr. 62). Aber Ludendorffs Widerspruch gegen eine solche Anhörung ist noch nicht beseitigt und man muß fürchten, mit seiner Entlassung den Zusammenbruch des Heeres zu beschleunigen (vgl. Nr. 55).

Am 20. Oktober läßt Hindenburg telephonieren (Nr. 63):

»Die Türkei hat Sonderverhandlungen begonnen. Österreich-Ungarn wird bald folgen. Wir werden sehr bald in Europa allein dastehen. Die Westfront ist in großer Anspannung. Ein Durchbruch bleibt möglich, wenn ich ihn auch nicht befürchte. Durch Absetzen vom Feinde könnte ein nachhaltiger Widerstand organisiert werden. . . . Aber selbst, wenn wir geschlagen würden, ständen wir nicht wesentlich schlechter da, als wenn wir jetzt schon alles annähmen.«

Also eine sehr ungünstige Darstellung der militärischen Lage, an die sich wieder das Urteil schließt, daß Deutschland im Falle einer Austragung des Kampfes mit unglücklichem Ausgang nicht schlechter dastehen würde.

Es folgt die deutsche Antwort vom 20. Oktober. Diesmal besteht eine sachliche Differenz mit der Obersten Heeresleitung. Sie tritt hauptsächlich wegen der Einstellung des U-Boot-Krieges zutage. In einer vor Absendung der Note einberufenen Besprechung mit deutschen Auslandsvertretern (Rosen, Graf Brockdorff-Rantzau, Graf Metternich) hatten diese sich übereinstimmend für das Entgegenkommen in der U-Boot-Frage ausgesprochen.

Über das letzte Stadium des U-Boot-Krieges enthalten die Nummern 67 bis 75 näheres. Es wird die Hoffnung geäußert, daß nicht die unglückliche Torpedierung eines amerikanischen Passagierdampfers dazwischenkommen möge. Aber gerade jetzt, d. h. vor den zuletzt besprochenen Noten, trifft die Nachricht von der Torpedierung der *Leinster* ein und verschärft die Stimmung in den Vereinigten Staaten.

In der dritten Note Wilsons vom 23. Oktober 1918 (Nr. 76) wiederholt der Präsident den Hinweis auf seine Botschaft vom 18. Januar 1918 und seine folgenden Botschaften. Er teilt mit, daß er den anderen Regierungen vorgeschlagen habe, falls sie geneigt seien, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, den Waffenstillstand einzuleiten und fügt hinzu:

»Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür erbringen, daß es die Grundsätze des Friedens annimmt, denen die ganze Aktion entspringt.«

Die Note endet mit längeren Ausführungen, in denen der Präsident nochmals Zweifel über die inneren Machtverhältnisse in Deutschland äußert.

Im Anschluß an diese Note mehrten sich die Aktenstücke, die von der Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen handeln. Ob Wilson die Abdankung als Voraussetzung bezeichnen will, geht nach der Auffassung des Auswärtigen Amtes aus dem Text nicht klar hervor (Nr. 96), wohl aber verstärkt sich der Eindruck, daß die Abdankung, wenn sie freiwillig und vor der Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen geschähe, die Verhandlungen erleichtern und klären würde (Nr. 77, 78, 94, 95, zu vgl. Nr. 59). Über diese Frage ist mehr gesprochen, als schriftlich niedergelegt worden; die Dokumente sind daher nur lückenhaft.

Ferner wird die Frage des Rücktritts von Hindenburgs und namentlich Ludendorffs in diesem Zusammenhange erwogen. Die Frage verquickt sich mit dem Verlangen des Kabinetts, noch andere Generale zu hören, ein Verlangen, das bisher wegen der Rücktrittsandrohung Ludendorffs immer wieder zurückgestellt worden war. Ludendorff lehnt die Anhörung nochmals energisch ab (Nr. 82). In der Nachmittagsitzung vom 26. Oktober teilt von Payer mit, daß der Kaiser das Entlassungsgesuch Ludendorffs angenommen, dagegen Hindenburg bewogen habe, im Amte zu bleiben (ebenda). In dieses Stadium fällt die Mitteilung, daß Wien um einen Separatfrieden nachgesucht habe (Nr. 83, 84). Die deutsche Antwort an Wilson wird abgesandt (Nr. 85).

Am 28. Oktober treffen die Generale von Mudra und von Gallwitz ein (Nr. 86). Sie äußern sich in dem Sinne, daß man noch die letzten Mittel zeigen müsse, um zu beweisen, daß es noch nicht zu schlecht stehe. Die ihnen während der Sitzung eröffnete Mitteilung von dem Sonderschritt Osterreichs ruft allerdings schwere Besorgnis und Zweifel an der Möglichkeit eines ernstlichen Widerstandes hervor.

Ein vergeblicher Austausch von Telegrammen mit Wien zur Verhinderung des Sonderfriedens und die Mitteilung von dem Waffenstillstand der Türkei folgen (Nr. 87 bis 92). Am 5. November erstattet der neue Erste Generalquartiermeister Generalleutnant Gröner ein ausführliches Gutachten (Nr. 100). Inzwischen erlebt die ruhige Politik der konsequenten Fortführung des am 3. Oktober unwiderruflich eingeleiteten Schrittes noch einen wichtigen Erfolg: Die Lansing'sche Note trifft ein, in der ausdrücklich mitgeteilt wird, daß die alliierten Regierungen für den endgültigen Friedensvertrag die Wilson'schen Punkte mit zwei bestimmt bezeichneten Ausnahmen ebenfalls angenommen haben (Nr. 101).

Es folgt der Abschluß des Waffenstillstandes (Nr. 102 bis 110). Die Bedingungen für den Stillstand der Kämpfe sind maßlos. Aber eine Ablehnung ist nicht möglich. Der am 3. Oktober beschrittene Weg muß zu Ende gegangen werden. Nachdem einmal die deutsche Regierung auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung damals selbst die Punkte Wilsons als ernsthafteste Grundlage des Friedens bezeichnet und angenommen hatte und nachdem auch die Gegner sich auf diese Punkte verpflichtet haben, sieht das deutsche Volk den Krieg als abgeschlossen an. Wilson ist der populärste Mann im ganzen Lande, und trotz aller Entrüstung über die Härte des Waffenstillstandes hofft das Volk auf die Gestaltung des endgültigen Friedens nach unparteiischer Anwendung seiner Säge. Jeder Versuch einer Hinausschiebung wäre jetzt dem Strom entgegengelaufen; wo die Mannschaften einen solchen Versuch vermuten, erheben sie sich. In diesem Stadium bestehen keine Meinungsverschiedenheiten mehr mit der Obersten Heeresleitung. Am 10. November funkt diese mit der Unterschrift Hindenburgs gleichzeitig nach Berlin und an die mit Hoch verhandelnde Waffenstillstandskommission, in welchen Punkten versucht werden muß, Erleichterungen zu erreichen (Nr. 107). Das Telegramm endet mit den Worten:

» Gelingt Durchführung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. Gegen Ablehnung Punkt 1, 4, 5, 6, 8, 9 wäre stammender Protest unter Berufung auf Wilson herbeizuführen.«

Am 11. November 1918 tritt der Waffenstillstand in Kraft. Damit schließen die Urkunden.

* * *

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben inzwischen die vollständige Wehrlosigkeit, in die Deutschland durch die Waffenabgabe versetzt war, dazu ausgenutzt, im Friedensvertrag Bedingungen durchzusetzen, die, wie Lloyd George im Unterhause sagte, bezwecken, an Deutschland »ein Exempel zu statuieren«, und die den Wilsonschen Grundfäden und den förmlichen Zusagen der Lansing'schen Note vom 5. November 1918 widersprechen. Diese Zusagen sind damit gebrochen worden. Aber sie bleiben als Rechtsgrundlage für das unveränderliche Verlangen nach einer Revision des Friedensvertrags bestehen.

Zur Beachtung.

Die Aufzeichnungen über die Sitzungen der Staatssekretäre (Nr. 35, 38, 39, 42, 54, 55, 58, 82, 86) haben zum Teil den Beteiligten nach der Sitzung nicht zur Durchsicht vorgelegen; es sind dienstliche Niederschriften, die in der Sitzung oder unmittelbar danach teils von dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, teils von dem Pressechef des Reichskanzlers, teils von einem Vortragenden Rat in der Reichskanzlei angefertigt worden sind. Sie können daher nicht wörtlich als zur verlässige Urkunden angesehen werden, geben aber den allgemeinen Gang der Verhandlungen richtig wieder. Eine bis ins einzelne gehende sachliche Zuverlässigkeit kann die Aufzeichnung über die große Sitzung vom 17. Oktober 1918 (Nr. 57) in Anspruch nehmen; sie ist auf Grund stenographischer Mitschrift sorgfältig aufgestellt und hat auch dem General Ludendorff vorgelegen.

Erste grundlegende Besprechungen. Aufgabe der Hoffnung auf Erzwingung des Friedens durch Sieg. Nr. 1 bis Nr. 3.

Nr. 1.

Besprechung im Großen Hauptquartier am 14. August 1918.

Unterzeichnetes Protokoll

Anwesend:

S. M. der Kaiser und König,
S. Kgl. Hoheit der Kronprinz,
der Reichskanzler,
der Generalfeldmarschall von Hindenburg,
der 1. Generalquartiermeister General Ludendorff,
der Staatssekretär des Außen,
Generaladjutant von Plessen,
Chef des Zivilkabinetts von Berg,
Chef des Militärkabinetts Freiherr von Marschall.

Der Reichskanzler ausführte die innere Lage. Stimmung kriegsmüde — Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel. Wahlrechtsreform.

General Ludendorff: Strengere innere Zucht erforderlich. Zusammenfassung der inneren Kräfte mit größter Energie. Bestrafung Vichnowskys.

Der Staatssekretär äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je. Der Grund sei zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt sei aber die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unererschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. Je länger der Krieg dauert, desto mehr vermindert sich in den Zentralmächten der Bestand an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten, während die Alliierten in allen drei Punkten auf Vermehrung rechnen. In jüngster Zeit ist bei den Alliierten hierzu die Hoffnung getreten, dem Faktor Zeit durch militärische Erfolge nachhelfen zu können. Soviel für den Feind.

Die Neutralen sind überaus kriegsüberdrüssig; auch bei ihnen befestigt sich die Meinung, daß allein durch die Zeit die Zentralmächte zur Niederlage verurteilt seien; allerdings würden die Neutralen am liebsten sehen einen Frieden ohne einen Sieg für irgendwelche Partei. Aus Gefühlsrücksichten ist den meisten Neutralen der Sieg unserer Feinde sympathischer. Vor allem aber wollen sie das Kriegsende sehen, gleichgültig welches. Daher sind sie auch bereit, auf unsere Niederlage hin mitzuarbeiten. Ein Beweis sei das Vorgehen Spaniens gegen unsere Torpedierungen, welches uns vor das

Problem stellt, entweder den U-Boot-Krieg einzuschränken, oder Krieg. Dieser Vorgang sei um so bedenklicher, als bei Bekanntwerden andere Neutrale ihm folgen würden.

Verbündete: Oesterreich erklärt — und unsere eigenen Nachrichten geben eine Befräftigung dieser Meinung —, daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei, daß es nicht länger als durch den Winter aushalten könne, daß selbst ein Winterfeldzug mehr als zweifelhaft sei.

Bulgarien stellt größte Anforderungen an Subsidien und Lieferung von Waren und ist wegen Erschöpfung seiner Armee angeblich wenig leistungsfähig.

Die Türkei hat sich in einen Mord- und Beutekrieg im Kaukasus gestürzt, kommt uns dort in die Quere und setzt unseren Einwendungen und Mahnungen die bekannte Resistenz des Orientalen und des Schwächeren entgegen. Wir haben die Wahl, unsere Bundesgenossen gewähren zu lassen, oder uns mit ihren anspruchsvollen Forderungen einverstanden zu erklären. In unserer Lage ist die Wahl von vornherein entschieden. — Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und daß unsere Kriegführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes mählich zu lähmen¹⁾. Die politische Leitung beuge sich vor diesem Ausspruch der größten Feldherrn, die dieser Krieg hervorgebracht habe und zieht daraus die politische Konsequenz, daß politisch wir außerstande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen, und daß wir daher gezwungen seien, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen.

S. Kgl. Hoheit der Kronprinz erklärt, alles was der General Lubendorff und der Staatssekretär gesagt hätten, zu unterschreiben und betont, es müßte in strengerer Zucht die innere Front zusammengefaßt werden.

Seine Majestät: Die Stellvertretenden Kommandierenden Generale und der Kriegsminister müssen im Innern bessere Ordnung halten. An die Generale wolle er diesbezüglich neue Order erlassen. Die Zivilbehörden hätten mitzuwirken an strikterer Durchführung der Staatsgewalt.

In bezug auf Ersatz müsse besser ausgekämmt werden. In Berlin liefen noch eine Menge junger Leute frei herum.

Seine Majestät billigen die Ausführungen über die außenpolitische Lage, doch leidet auch der Feind, es würden ihm viele Menschen totgeschlagen, seine Industrie finge schon an, brach zu liegen infolge Mangels an Rohstoffen; auch Lebensmittel mangelten. Die diesjährige Ernte in England sei schlecht; die Tonnage vermindert sich ständig, vielleicht kommt durch diesen Mangel England allmählich dazu, sich zum Frieden zu bekehren.

Seine Majestät erklären die Charakteristik der politischen Situation für richtig, es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feind zu verständigen hätten. Neutrale Staaten (der Kaiser bezeichnet solche) seien geeignete Media. Zur Schwächung der Siegeszuversicht des Feindes, zur Hebung der Zuversicht des deutschen Volkes sei die Bildung einer Propagandakommission erforderlich. Flammende Reden

¹⁾ Die Sperrungen sind bei der Herausgabe vorgenommen. Dies gilt im wesentlichen für alle hier veröffentlichten Urkunden.

müßten gehalten werden von angesehenen Privatpersonen (Ballin, Hediger) oder von Staatsmännern. In die Kommission seien Männer von entsprechenden Fähigkeiten zu berufen, nicht sowohl Beamte. Die politischen Direktiven müsse das Auswärtige Amt geben.

Die einzelnen Ressorts müßten nicht wie bislang gegeneinander arbeiten und voreinander Geheimnisräumerei treiben. Die Militär- und Zivilbehörden müßten zusammenarbeiten, der Kriegsminister müsse die Kommandierenden Generale unterstützen und sie nicht im Stiche lassen.

Der Reichskanzler spricht sich für eine energische Aufrechterhaltung der Autorität im Innern aus. Bezüglich der Propaganda bestehe ein reichhaltiges Programm, das schon verwirklicht würde.

Diplomatisch müßten Fäden betreffend eine Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unsern Willen aufzuzwingen¹⁾.

Folgen die Unterschriften:

H. 14. 8.
L. 14. 8.
Hertling 17. 8.
v. H. 14. 8.
Wilhelm I, R.
v. B. 19. 8.
Wilhelm, Kronprinz.

Als Anlage ist hinzugesügt ein Brief Hertlings vom 17. August :

Zur Ergänzung der Aufzeichnung des Staatssekretärs erlaube ich mir, zu den von mir gemachten Ausführungen folgendes hinzuzufügen :

Ich habe zugesagt, mich sofort an die obersten Justizbehörden im Reiche und in Preußen zu wenden und ihnen in amtlicher Weise von den äußerst schädlichen Wirkungen Kenntnis zu geben, welche die von den Feinden betriebene Verbreitung der Richnowskyschen Denkschrift an unserer Front hervorruft, da dies unzweifelhaft für die Beurteilung des Falles von Einfluß sein müsse.

2. Bezüglich der Wahlrechtsreform in Preußen habe ich ausgeführt, daß das von S. M. dem Kaiser und König gegebene Wort eingelöst werden müsse, und ich bei der Übernahme des Reichskanzlerpostens ausdrücklich die Verpflichtung hierzu übernommen hätte. Es müsse somit von seiten der Regierung alles geschehen, um die Wahlreform in Preußen durchzuführen. Der Schein, daß sie hierzu nicht den Mut und nicht die Macht habe, würde sie um alles Vertrauen und alle Autorität bringen, und dabei handele es sich nicht etwa um die Person der Minister, sondern direkt um Monarchie und Dynastie.

¹⁾ Dieser Satz des Generalfeldmarschalls lautete in dem Protokoll ursprünglich: S. v. H. »hofft«, daß es »dennoch« gelingen werde usw. Die Aenderung in die bestimmtere Form »führt aus, daß es gelingen werde« stammt nach Schrift und benußtem Stift von General Lubendorffs Hand.

Nr. 2.

**Bemerkte des damaligen Staatssekretärs
des Auswärtigen Amtes von Sinze über Besprechungen
mit General Ludendorff im Juli und August 1918¹⁾.**

Mitte Juli 1918, vor Antritt des Postens des Staatssekretärs, hatte ich in Abwesenheit General Ludendorff die förmliche und bestimmt gefasste Frage vorgelegt, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen? General Ludendorff hatte meine Frage wiederholt und darauf erklärt: »Darauf antworte ich mit einem bestimmten Ja.«

Vor der Besprechung zu vieren zwischen dem Reichskanzler, dem Generalfeldmarschall, General Ludendorff und mir — ich glaube am 13. August — hat mich General Ludendorff allein beiseite genommen und mir eröffnet, er habe mir im Juli gesagt: er sei sicher mit der im Gang befindlichen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen; diese Sicherheit habe er jetzt nicht mehr. Auf meine Frage, wie er sich die Weiterführung des Krieges denke, hat General Ludendorff geantwortet, wir würden durch eine strategische Defensive imstande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so mählich zum Frieden zu bringen. In der angeführten Besprechung zu vieren hat niemand dieses ausschlaggebende Thema wieder angeschnitten. Erst im Kronrat — 14. August — habe ich es wieder vorgebracht und behandelt, siehe Protokoll. General Ludendorff hat damals die »große Offensive« als nicht mehr möglich bezeichnet, wohl aber eine strategische Defensive mit gelegentlichen offensiven Vorstößen, mit guter Aussicht auf endliche Lähmung des Kriegswillens des Feindes. Generalfeldmarschall von Hindenburg beurteilte die militärischen Aussichten noch günstiger. Die politische Lage, so wie ich sie vor dem Kronrat auseinandergesetzt hatte, verbot mir, an diesen Erfolg der strategischen Defensive zu glauben. Das habe ich im Kronrat erklärt und die Ermächtigung zur Anbahnung des Friedens mit diplomatischen Mitteln verlangt. Darunter begriff ich auch: Minderung der bis dahin aufgestellten Kriegsziele. Hierfür war D. S. L. damals noch nicht zu haben: siehe Schlusssatz des Protokolls vom 14. August. Die mir erteilte Ermächtigung zu Friedensschritten wurde dadurch²⁾ beschränkt, was ich aber mählich zu beheben hoffte; mit Recht, wie die Zukunft bewies. Indes eine wesentliche Beschränkung der Ermächtigung war die folgende: »der geeignete Moment müsse abgewartet werden, ehe diplomatische Fäden anzuspinnen wären; ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten (unserem) Erfolg an der Westfront.« Später — im September — wurde als Moment bezeichnet: »wenn die Rückwärtsbewegung unserer Armee zum Stehen gekommen sein würde, etwa in der Siegfriedstellung.«

¹⁾ Diese Aufzeichnungen hat Herr v. Sinze im Frühjahr 1919 zu den Akten des Auswärtigen Amtes gegeben.

²⁾ Durch Festhalten an den Kriegszielen, die für den Fall »Sieg« aufgestellt waren. (Anmerkung v. Sinzes.)

Nr. 3.

Sitzung des Königlichcn Staatsministeriums.

Auszug¹⁾.

Wien, den 3. September 1918.

In der heutigen Sitzung des Königlichcn Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

Der Herr Ministerpräsident sprach zunächst den Herren Staatsministern seinen Dank aus für die ihm zu seinem 75. Geburtstage freundlich dargebrachten Glückwünsche und für die Blumenpracht.

Sehrn erwähnte er die gegenwärtige politische Lage, welche eng mit der derzeitigen militärischen Lage verknüpft ist. Er hoffe, daß über die letztere der Herr Kriegsminister noch einige nähere Mitteilungen machen könne.

In leitender Stelle habe der Wunsch, daß jeder gangbare Weg betreten werden müsse, der zu einer Verständigung mit dem Feinde führen könne. Ein Friedensangebot könne und dürfe nicht gemacht werden, das würde von unseren Feinden noch nur schambe abgewiesen werden. Dagegen müßten Fäden angeknüpft werden, und es müsse jede Gelegenheit wahrgenommen werden, die zum Ziele führen könne, nämlich durch neutrale oder sonst geeignete Persönlichkeiten. Man müsse etwa zum Feinde sagen: »Ihr seht, ihr könnt auch nicht besiegen, Deutschland wird seine Existenzberechtigung aus seinem Platz an der Sonne in dem ihm aufgegebenen Verteidigungskriege zweifellos erfolgreich behaupten, aber wir sind stets bereit, wie das schon wiederholt und unabweisend von der deutschen Regierung betont worden ist, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen.« Über die einzelnen dabei aufzustellenden Friedensbedingungen werde jetzt auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers ein genaues Programm aufgestellt werden. Diese werden sorgfältig Erörterung haben in Besprechungen, welche bis in Spa unter dem Vorsteher des Kaisers stattgefunden hätten, an denen außer den Generalen von Hindenburg und Ludendorff auch der Kronprinz teilgenommen, und in denen eine völlige Einigung unter allen Beteiligten stattgefunden habe. Erstreckt werde die Lage noch durch das unbedingte Friedensverbot, welches sich in Österreich-Ungarn immer mehr geltend mache. Die österreich-ungarische Regierung habe ihn wissen lassen, daß sie an alle Feinde ihre Verlichkeit, Frieden zu schließen, mitteilen wolle. Es sei ihm zwar gelungen, einen solchen verhängnisvollen Schritt zurückzuhalten, aber dahingehende Wünsche würden jetzt wieder immer energischer in Österreich-Ungarn venterten. Der

¹⁾ Der Auszug befaßt sich so, wie hier mitgeteilt, in den Akten des Kaiserlichen Reichs-

Staatssekretär von Hinge sei gerade aus diesem Grunde jetzt nach Wien gereist und könne daher an der heutigen Verhandlung zu seinem eigenen Leidwesen nicht teilnehmen.

Auch bei uns im Lande sei die Stimmung gegenwärtig zweifellos schlecht, und deshalb müßten auch wir ernstlich den Versuch machen, mit Ehren aus dem Kriege herauszukommen. Aber die Frage, wie der gegenwärtigen schlechten Stimmung, die durch die militärische Lage an sich nicht begründet sei, mit Erfolg entgegengetreten werden könne, sei in Spaa bei den erwähnten Besprechungen verhandelt. Es komme darauf an, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu heben und die üble Wechselwirkung zwischen Front und Heimat, die überall zu beobachten sei, zu paralyseren. Eine entsprechende Organisation, die eine dahingehende Propaganda im Inlande und im Auslande betreiben solle, sei dem Auswärtigen Amt angegliedert und dem Staatssekretär von Hinge unterstellt. Sie sei bereits in Tätigkeit getreten und habe auch schon einige günstige Wirkungen erzielt.

Der Herr Kriegsminister führt aus, er könne über die augenblickliche militärische Lage wenig sagen. Er wolle sich erst jetzt ins Hauptquartier begeben, um nähere Informationen einzuziehen. Er müsse aber auf die großen Schwierigkeiten des Ersatzes, die jetzt beständen, hinweisen. Er müsse und wolle den jüngsten Jahrgang aus der Front zurückhalten, das mache aber ein starkes Auskämmen in der Zivilbevölkerung nötig.

Herr Staatsminister von Baldow sprach die Befürchtung aus, daß infolge dieser Maßnahmen auf dem Lande nicht genügend Arbeiter bleiben würden, namentlich für die bevorstehende Kartoffelernte.

Der Herr Kriegsminister widerlegte diese Befürchtung durch den Hinweis, daß für diese Zwecke gerade der zurückgehaltene jüngste Jahrgang verwandt werden solle.

Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten wies darauf hin, daß ihm von dem Kriegsministerium angefohlen sei, noch weitere 15 v. H. aus seinem Personal herauszuziehen. Er glaube kaum, daß er diesem Ansinnen ohne Gefahr für den Betrieb nachkommen könne.

Der Herr Kriegsminister hoffte, daß dies noch möglich sein werde, wie es auch in andern Betrieben gegangen sei.

gez. H e i n r i c h s.

Vorbereitende Schritte zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsaktion. Konflikt mit weitergehenden Schritten Österreich-Ungarns. Zusammenbruch Bulgariens. Nr. 4 bis Nr. 10.

Nr. 4.

Chronologische Übersicht der Entwicklung des österreich-ungarischen Friedensvorschlages¹⁾.

Berlin, den 19. September 1918.

10. August. Meldung des Generals von Cramon wird bekannt, daß Kaiser Karl in kategorischer Form erklärt habe, man müsse noch im Laufe des Jahres 1918 unter allen Umständen Frieden schließen. Falls kein allgemeiner Friede zustande käme, müsse er Sonderfrieden schließen.

14. August. Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Anwesend: Seine Majestät, Kronprinz, Reichskanzler, Hindenburg, Ludendorff, Staatssekretär, Messen, Berg, Marschall.

Politische Konsequenz: Wir sind militärisch außerstande, Kriegswillen des Gegners zu brechen und sind gezwungen, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen. Diplomatisch sollen Fäden betreffend eine Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolge im Westen. D. S. L. führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen.

14. und 15. August. Beratungen im Großen Hauptquartier mit Kaiser Karl und Graf Burian über Möglichkeiten, Frieden herbeizuführen. Graf Burian vertritt die Ansicht:

1. den Schritt möglichst bald zu tun,
2. den Schritt in der Form des direkten Appells an alle kriegsführenden Länder zu tun.

Wir vertreten demgegenüber die Ansicht:

1. Es müsse ein günstiger Zeitpunkt dafür abgewartet werden, jehiger Zeitpunkt sei wegen ungeklärter militärischer Lage verfrüht. Es sei besser, zu warten, bis Festsetzen in neuer Linie bzw. ein etwaiger militärischer Erfolg Rückschlag bei Gegnern hervorrufe.

¹⁾ Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes.

2. Bezüglich der Form sei neutrale Vermittlung vorzuziehen.

Burian behält sich vor, seinen Friedensvorschlag genau zu formulieren.

Im Gespräch zwischen beiden Kaisern bemüht sich Seine Majestät, dem Kaiser Karl die Vorteile unserer Methode klar zu machen und gewinnt den Eindruck, daß Kaiser Karl durch seine Argumente überzeugt ist.

Schlufsergebnis: Verhandlungen sollen fortgesetzt werden; dazu wünscht Graf Burian möglichst baldige Reise des Reichskanzlers und Staatssekretärs nach Wien.

21. August. Prinz Hohenlohe überreicht formulierten ersten Entwurf der österreich-ungarischen Note, der grundsätzlich direkten Appell an alle kriegsführenden Staaten enthält, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Ort des neutralen Auslandes Delegierte zu entsenden.

25. und 26. August. Es wird hier bekannt, daß Graf Burian am 19. August, d. h. nach den getroffenen Abreden in Spa hinter unserm Rücken bereits versucht hat, auf die bulgarische und türkische Regierung einen Druck auszuüben, dahingehend, sich mit seinem Vorschlage einverstanden zu erklären. Graf Burian hat dabei nach deren Angaben sogar den Eindruck erweckt, als wenn die deutsche Regierung sich bereits mit seinem Vorschlage einverstanden erklärt hätte. Gleichzeitig hat er von sich aus erklärt, unter allen Umständen in 8 bis 10 Tagen mit der Demarche vorzugehen, weil er dadurch die öffentliche Meinung der Welt für uns zu gewinnen hoffe. Bei seinem Schritt hat Graf Burian die mit Graf Czernin getroffene Vereinbarung, an unsere östlichen Bundesgenossen erst immer dann heranzutreten, nachdem Einigung zwischen Berlin und Wien erzielt ist, verlassen.

Gesandter Sofia und Botschafter Pera werden über den tatsächlichen Sachverhalt informiert.

27. August. Nachdem sowohl in mündlichen Verhandlungen mit Prinz Hohenlohe, wie in Anweisungen an Graf Wedel, Graf Burian von unserer Auffassung in Kenntnis gesetzt war, daß wir den von ihm vorgeschlagenen Schritt für unzweckmäßig, dagegen die neutrale Vermittlung zu einem günstigen Zeitpunkt für den einzig richtigen Weg des Vorgehens erachten, übergibt Prinz Hohenlohe eine Notiz, in der Graf Burian erneut seine Argumente zugunsten sofortigen Vorgehens und zugunsten seiner Methode vorbringt, sowie um die unverweilte Ausführung der ihm gegebenen Zusage einer Reise des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssekretärs nach Wien zur gemeinsamen Beratung bittet.

28. August. Graf Wedel wird informiert, daß Behauptung des Grafen Burian, wir hätten uns mit seinem Vorschlage einverstanden erklärt, nicht den Tatsachen entspricht. Wir haben lediglich eine Prüfung der österreich-ungarischen Note in Aussicht gestellt und betont, daß wir gegenwärtigen Zeitpunkt für angeregte Demarche bei unseren Feinden für verfrüht halten. Einvernehmen zwischen uns und österreich-ungarischer Regierung über modus procedendi war somit noch nicht erzielt. Graf Burian hat daher durch Herantreten an türkische und bulgarische Regierung hinter unserm Rücken bewährte Tradition verlassen. Noch größeres Befremden hat Erklärung Ministers hervorgerufen, unter allen Umständen in 8 bis 10 Tagen vorgehen zu wollen. Graf Wedel soll hierüber Graf Burian fragen und auf bedeutliche Konsequenzen derartigen Vorgehens

hinweisen. Sollte Graf Burian nicht bestimmte Zusicherung geben, derartiges Vorgehen in Zukunft nicht zu wiederholen, soll Graf Welbel als persönliche Ansicht aussprechen, daß er sich befriedigende Ergebnisse von einem Besuch Reichskanzlers und Staatssekretärs in Wien nicht versprechen könne. Ferner erhielt Graf Welbel Argumente an die Hand, um auf Graf Burian zugunsten der von uns geplanten neutralen Vermittlungsbaktion einzuwirken. Diesbezüglich nehmen wir an, daß neutrale Vermittler vor Übernahme der Mission verlangen würde, von uns über Grundlagen unterrichtet zu werden, auf denen wir zum Friedensschluß bereit sein würden. Diesem Verlangen würden wir unter Voraussetzung entsprechen können, daß auch seitens unserer Gegner eine Mitteilung ihrer Kriegsziele in großen Linien an den Vermittler erfolgt. Auf diese Weise Anbahnung gegenseitigen Meinungsaustausches ohne den Nachteil, daß wir als die Bitenden erscheinen.

30. August. Talaat, der auf Reise nach Berlin in Wien Aufenthalt nimmt, wird gebeten, in Wien für unseren Standpunkt einzutreten

Prinz Hohenlohe bei Staatssekretär, liest Telegramm Burians vor: Friedensschritt dringlich, unverschiebbar. Burian werde, wenn wir nicht mitmachen, ihn von sich aus unternehmen. Auf neutrale Intervention sei nicht zu rechnen. Staatssekretär entgegnet in dringlicher Form: Befremdet über Aktion mit Bulgarien und Türkei hinter unserm Rücken, ferner zugunsten neutraler Vermittlung und späterem Zeitpunkt. Graf Welbel erhält diesbezügliche dringliche Weisung: Ernst der Lage zu berücksichtigen, der für Österreich-Ungarn aus Sondervorgehen entstehen könnte.

1. September. Graf Welbel meldet: Kaiser Karl sei treibende Kraft.

Auf Grund gestriger Vorstellungen (Weisung vom 30. September) habe Graf Burian bei Kaiser Karl gerade noch kurzen Aufschub erreicht.

3. bis 5. September. Nachdem auch am 2. September eine geeignete Grundlage für eine Verständigung mit Graf Burian in der Friedensfrage nicht erzielt worden war, ist Staatssekretär mit Unterstaatssekretär von Stumm persönlich in Wien anwesend (Reichskanzler ist trotz österreich-ungarischer Aufforderung nicht gereist). Auch die eingehenden mündlichen Verhandlungen mit Graf Burian, ferner ein persönlicher Vortrag des Herrn Staatssekretärs vor Seiner Majestät dem Kaiser Karl führten zu keiner Verständigung. Staatssekretär vertrat erneut die deutsche Absicht, die Friedensaktion durch neutrale Vermittlung und zu einem etwas späteren günstigeren Zeitpunkt erfolgen zu lassen (etwa 2 Wochen, bis zur Beendigung der Rückbewegung des deutschen Heeres.) Demgegenüber Graf Burian: Sofort und direkt. Trotz scheinbaren gelegentlichen Entgegenkommens des Grafen Burian und Zustimmung von Welserle und Arz hält am Schluß der dreitägigen Besprechungen Graf Burian an ursprünglichem Standpunkt fest.

7. September. Durch Eingreifen des Generals Cramon im Verein mit Generaloberst von Arz willigt Kaiser Karl in Aufschub der österreich-ungarischen Note und ersucht Generalfeldmarschall von Hindenburg um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo bezw. in welcher Linie beabsichtigt O. H. U. endgültig Widerstand zu leisten?

2. Wann wird diese Linie erreicht sein?

3. Wann ungefähr erscheint der O. S. U. die beabsichtigte Anregung zu Besprechungen über Friedensverhandlungen nach der Kriegslage möglich und angezeigt?

Nach Ansicht Kaiser Karls wäre jeder Aufschub für uns eine Schädigung, weil Gegner dadurch Gelegenheit erhalten, sich dauernd zu verstärken.

10. September. Generalfeldmarschall von Hindenburg spricht sich nach persönlicher Rücksprache mit Exzellenz von Hingeb im Großen Hauptquartier dahin aus, daß er der Absendung der beabsichtigten Note Österreich-Ungarns (d. h. des direkten Appells an alle kriegführenden Länder) nicht zustimmen könne, er halte diesen Schritt für unsere Heere und Völker für verderblich. Dagegen sei er mit Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer Aussprache ohne Aufschub einverstanden.

Gleichzeitig erneute Unterredung zwischen Graf Wedel und Graf Burian. Graf Burian erklärt, er sei entschlossen, Friedensnote abzulassen und könne nicht länger zögern. Graf Wedel warnt vor Übereilung und ersucht dringend, so lange zu warten, bis Resultat unmittelbar bevorstehender Besprechung Staatssekretärs mit O. S. U. feststehe. Eindruck: Graf Burian vielleicht unseren Argumenten zugänglich, treibende Kraft Kaiser Karl. Mit Mühe Zusage erreicht, daß Burian Kaiser Karl vorschlagen will, noch einige Tage zu warten. Absendung Note schwerlich zu verhindern, höchstens kurzer Aufschub erreichbar.

Es wird erneut in Erwägung gezogen eine direkte Einwirkung Seiner Majestät des Kaisers auf Kaiser Karl. Seine Majestät der Kaiser steht unter dem Eindruck, daß Kaiser Karl bei letzter Zusammenkunft in Spa sich mit Anregung der Vermittlung neutraler Macht einverstanden erklärt habe.

11. September. Als Ergebnis neuerlicher Besprechungen zwischen Seiner Majestät, O. S. U. und Staatssekretär Einverständnis mit sofortiger Einleitung Friedensdemarche bei neutraler Macht. Wien soll zum Beitritt bzw. Einverständnis aufgefordert werden, ebenso Sofia und Konstantinopel.¹⁾

In besonderer Audienz des Generals von Cramon bei Kaiser Karl verhält sich dieser gegen Vermittlung durch neutrale Macht ablehnend und behält sich im übrigen seine Entschlüsse vor, ohne sich bestimmt zu äußern.

Graf Wedel äußert sich skeptisch bezüglich Wirksamkeit eines Allerhöchsten Telegramms, ebenso bezüglich Mitwirkung von Tisza und Welerle zu unseren Gunsten; er hält wohl kurze Verschiebung der Ausführung, aber nicht Abänderung des Entschlusses für erreichbar.

¹⁾ Das Telegramm v. Hingeb aus dem Großen Hauptquartier vom 11. September 1918 (Ankunft 5⁴⁵ Uhr nachmittag), auf dem diese Stelle der Aufzeichnung beruht, lautet:

Seine Majestät und Oberste Seeresleitung sind mit sofortiger Einleitung Demarche bei neutraler Macht einverstanden. Bitte Botschafter Wien dies bringen mit Auftrag, es der österreichisch-ungarischen Regierung zu verifizieren und zum Beitritt bzw. Einverständnis aufzufordern, bezügleichen Gesandten Sofia und Grafen Bernstorff, Talaat Pascha. Bitte Reichskanzler verständigen.

Auch bulgarische Regierung wird durch Graf Oberndorff aufgefordert, unsere diplomatische Aktion in Wien zugunsten der neutralen Vermittlung zu unterstützen.

Beide Regierungen sagen Unterstützung zu, geben sich aber keiner Hoffnung auf Erfolg hin.

Graf Wedel meldet nach Kenntnis, daß wir mit sofortiger Friedensdemonstration einverstanden sind, daß neutrale Vermittlung in Wien nicht zu erreichen, weil man sich in Wien Rolle des Friedensstifters nicht von anderem nehmen lassen will und Kaiser Karl sich von ihr Wiederherstellung verschwundenen Vertrauens zur Krone verspricht, was bei Furcht vor Revolution als höchstes Ziel angesehen wird. Selbst bei Nichtgelingen der Demonstration rechne man Vertrauenserfolg, da von Wien ausgehende Note Zustimmung der öffentlichen Meinung finden wird, die von Friedenssehnsucht beherrscht wird, daher Absendung der österreichischen Note sicher. Man würde sich in Wien damit begnügen, uns die Demonstration vorher mitgeteilt zu haben und lieber auf unsere Zustimmung verzichten als Ausführung aufgeben.

12. September. Graf Wedel erhält Weisung, Graf Burian sofort aufzusuchen, um ihn nochmals vor seinem Friedensschritt zu warnen und ihm erneut zu erklären, daß Eindruck in Deutschland sein würde: Österreich-Ungarn verrät uns. Wir sind außerstande, diesen Eindruck zu verhindern. Graf Wedel soll nochmals zugunsten neutraler Vermittlung sprechen und besonders ausführen, daß, falls diese scheitere, uns alle andern Wege offen blieben, während bei Einschlagen Burianschen Schrittes kein anderer Weg, besonders nicht Aufrufung Neutraler, möglich sei. Deutsche Regierung könne nach österreich-ungarischem Schritte nicht erklären, daß sie ihm vorher zugestimmt hätte. Verantwortung für Sperrung der Mediation bleibe bei Graf Burian.

Graf Wedel meldet, daß Burian auf Hinweis der Gefährdung Bündnisses feierlich betont habe, er werde durch bündige Erklärungen jeden Zweifel an Bündnistreue rasch zerstreuen. Etwas später erscheint Kabinettschef Graf Coloredo bei Graf Wedel und teilt mit, daß Graf Burian Friedensnote am Sonnabend, den 14. d. Mts., loslassen werde. Die Gründe dafür seien uns bekannt, Burian werde darin bestärkt durch Mitteilung Wiener Schweizer Gesandten an türkischen Botschafter, wonach Schweiz kürzlich Friedensfühler bei Entente ausgestreckt und von dieser Antwort erhalten habe, daß Mediation neutraler Macht als unfreundlicher Akt betrachtet werden würde. In demselben Sinne habe sich neuer schwedischer Ministerpräsident geäußert und bezüglich des Zeitpunktes der Aktion habe sich Generalfeldmarschall von Hindenburg ja ausdrücklich mit sofortiger Aktion bereit erklärt. Burian bittet um Einwirken auf unsere Presse, damit keine Mißstimmung hervortritt. Sollte dies trotzdem eintreten, so garantiert er, Zweifel an Österreichs Bundestreue innerhalb 24 Stunden zu zerstreuen. Schließlich bat Burian, deutsche Regierung möchte möglichst bald zustimmen, auf Note antworten, damit eventuell Mißbeutung bei Gegnern, als bedeute Aktion einen Separatschritt Österreich-Ungarns, von vornherein die Spitze abgebrochen werde. Veröffentlichung der Note sei für Sonntagvormittag beabsichtigt.

Prinz Hohenlohe teilt Staatssekretär schriftlich mit, daß er ein Telegramm Graf Burians erhalten habe mit der Mitteilung, daß Österreich-Ungarns Demonstration am Sonnabend, den 14. d. M. erfolgen würde.

13. September. (Ankunft des Telegramms 2⁵⁰ Minuten nachmittags.) Auf erneute Vorstellungen des Grafen Wedel wiederholt Burian seine bekannten Gründe

gegen die neutrale Vermittlung und zugunsten seines Programms mit dem Hinzufügen, daß die Würfel bereits gefallen seien. Verantwortung dafür übernehme er allein voll und ganz. Er werde alles tun, um etwaige Zweifel an Bundesstreue zu zerstreuen. Wiederholt seine Bitte um rasche deutsche Zustimmung. Er lege allergrößten Wert darauf, auch nur den Schein einer Divergenz zu vermeiden.

General von Cronau erhält eine weitere Meldung bei Kaiser Karl.

Kaiser Karl bleibt auf seinem Standpunkt, wenn man in Deutschland zu der Ansicht käme, als giddichte Osterreich-Ungarn nicht länger an der Seite Deutschlands aufzuhalten, so sei der Zweifel an seiner Bundesstreue nachtrags beleidigend für ihn. Er sei Bundesstreue gewesen und werde es bleiben. Er hoffe bringend, daß Deutschland Antwort so ausfallen würde, daß sie weitüberdenklichen Nutzen nicht zum Schaden gereichen könne. Er habe in loyalster Weise Kaiser Wilhelm von seiner Absicht benachrichtigt und sei fest davon überzeugt, daß bei am 14. abgehende Note bei allen leitungsführenden Mächten einen günstigen Eindruck hervorgerufen würde.

Seine Majestät erhält ein Telegramm vom Kaiser Karl, worin dieser unter Ablehnung der neutralen Vermittlung an der österreichischerseits in Aussicht genommenen Form besteht und um rasche Zustimmung seiner Majestät bittet. Der österreichisch-ungarische Militärattaché in Berlin telegraphiert jenseit an Kaiser Karl, daß Seine Majestät ihn bitten lasse, mit bewußtestem Schritt jedenfalls so lange zu warten, bis die österreichische Antwort eintröffe. Das könne mindestens bis 14. mittags erfolgen, da Seine Majestät jenseit mit Reichskanzler sich in Verbindung setzen müsse.

14. September. Seine Majestät der Kaiser erhält ein Telegramm an Kaiser Karl, worin Schönerer ausgebrüht wird, daß dieser angesichts der deutschen Stellungnahme seinen Schritt zur Kaszierung bringe. Das Bundesverhältnis bedinge, daß Deutschland und Osterreich-Ungarn in Fragen von so weitgehender Bedeutung nur in voller Übereinstimmung verfahren, andernfalls verliert das Bündnis Inhalt und jede Bedeutung. Unter Hinweis auf die Absichten des österreichisch-ungarischen Schrittes und unter mehrmaliger Aufzählung der Vorteile der neutralen Vermittlung gibt sich Seine Majestät der bestimmten Hoffnung hin, daß Kaiser Karl in letzter Stunde sich des Ernstes der Lage bewußt werde und seine Regierung zurückziehen wird, auf die geklärt Demanche zu verzichten.

Graf Welbeler meldet am Nachmittag, daß Antworttelegramm Kaiser Wilhelm nachmittags im Ministerium des Auswärtigen noch nicht bekannt war, daß Angelegenheit bereits so weit gediehen sei, daß sie mindestens mehr rückgängig gemacht werden könne.

Telephonisch trifft aus Wien nachmittags die Mitteilung ein, daß die Vertreter der Presse bereits zur Empfangnahme von Instruktionen in der Holtenauerstraße im Ministerium des Auswärtigen sich versammelt.

Überdies wurden die deutschen Presse- und Parteiführer vom Staatssekretär persönlich vom österreichisch-ungarischen Schritte in Kenntnis gesetzt.

Erst spät trifft der Wortlaut der österreichisch-ungarischen Note durch die Telegraphenanstalt hier ein.

Nr. 5.

Bemerk.

Vom 18. September und von den folgenden Tagen datieren Telegramme, in denen von Versuchen berichtet wird, die gemacht worden sind, um in Verbindung mit dem österreichischen Schritt die Vermittlung einer neutralen Macht herbeizuführen. Nach einem Telegramm vom 29. August war günstige Aufnahme eines solchen Wunsches zu erwarten. Der jetzt eingeleitete Gedankenaustausch zog sich bis in die letzten Septembertage hin; führte aber nicht zum Ziel. Die Veröffentlichung der Aktenstücke hierüber muß, da sie keine einseitig deutsche Angelegenheit ist, späterer Zeit vorbehalten bleiben.

Nr. 6.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 26. September 1918.

Der Kais. Legationsrat an Auswärtiges Amt.

Dringend.

Heute nacht ließ mich General Ludendorff rufen, um mir mitzuteilen, General von Cramon habe gedrahtet, daß Bulgarien nach Wiener Meldungen einen sofortigen Sonderfrieden abschließen wolle. Bei Bekanntgabe dieser Absicht seien in Sofia wüste Schmähreden gegen Deutschland gehalten, das seinen Bundesgenossen im Stich gelassen habe. Falls diese Nachricht sich bewahrheitet, wolle Oesterreich sich mit Rumänien verständigen.

General Ludendorff tritt dieser Auffassung bei und bittet Euerer Exzellenz weiteres wegen Rumänien zu veranlassen.

Ich habe dringendst darauf hingewiesen, nichts zu übereilen und vor absolut sicherer Nachricht nicht für unsern Feind Rumänien unsern bulgarischen Bundesgenossen preiszugeben.

Der österreich-ungarische Militärbevollmächtigte, Feldmarschall Baron Klopsch, der bei der Besprechung anwesend war, hat mit mir folgendes Telegramm an seine Heeresleitung aufgesetzt und abgesandt:

„General Cramons Mitteilung von der Absicht Bulgariens, einen Sonderfrieden zu schließen, hat die D. S. L. veranlaßt, trotz allem Ernst der Lage an allen Fronten 5 Divisionen zu entsenden, welche größtenteils bei Nisch aufmarschieren werden.

In Anbetracht der hohen Tragweite der Lage bittet die D. S. L., daß auch österreich-ungarischerseits außer den zwei bestimmten mindestens noch eine Division nach Bulgarien bestimmt werden, da es sich um den gesicherten Schutz der Verbindung mit Rumänien und der Türkei handelt. Außerdem ist die D. S. L. der Ansicht, daß man sich mit Rumänien verständigen könnte, falls zunächst zweifellos festgestellt wäre in Berlin und Wien, daß Bulgarien tatsächlich einen Separatfrieden schließt.“

General Ludendorff sagte mir, daß die bulgarische Armee sich anscheinend völlig aufgelöst habe. Er würde bei Nisch mit starken Kräften aufmarschieren und Anschluß nach Westen an General von Pflanzer zu suchen.

Ich darf im Namen der D. S. E. ergebenst bitten, Beglaubigung Herlmann zur jährl. Kaufmannschaft in Rumänien zu veranlassen, da rumänische Ansuchen in unsern Räten katastrophal wirken würden.

Ob die von der Ukraine über Konstantinopel nach Bulgarien dirigierten deutsche Divisionen noch in Bulgarien verbleibend eingeht, ist fraglich. Immerhin ist sie für den Schutz Konstantinopels von großem Wert.

gg. Beckner.

Nr. 7.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 27. September 1918.

Der Kol. Beglaubigung an Vordienstl. Amt.

Heute, Donnerstag früh, habe ich an Grafen Oberndorff gebrannt:

• Falls Euer Hochgeboren der Ansicht sind, daß deutsche Truppen nach Sofia gelegt werden müssen, erbitte ich geborfamst Drahtnachricht. •

Hierauf hat mir Graf Oberndorff geantwortet:

• Dringende empfehle ich aus politischen Gründen schleunigst deutsche Truppen nach Sofia und Umgebung zu entsenden. •

Das Einverständnis Eurer Excellenz voraussetzend habe ich General Dubendorff hierauf beauftragt, folgendes Telegramm an Oberbefehlshaber General von Schell zu senden:

• Anwesenheit deutscher Truppen in Sofia kann Tage in Bulgarien retten. Ich habe deshalb Befehl gegeben, sämtliche durch Sofia ziehende deutsche Truppen sofort abzuladen und an Straße Sofia-Diret, hart nördlich Sofia, zu versammeln. Offiziell können diese Truppen als Rückhalt für die weidende bulgarische Armee, tatsächlich sollen sie den König gegenüber seiner Regierung schützen. Zur Führung der Truppen bitte ich Euer Excellenz sofort den tatkräftigsten deutschen General zur Übernahme bei Kommandos nach Sofia zu entsenden. Er bitte sich sogleich mit der deutschen Gesandtschaft in Verbindung zu setzen. •

Ich habe von mir aus an Grafen Oberndorff hinzugesagt: • Voraussichtlich treffen die deutschen Truppen Freitag, den 27. abends, oder Sonnabend, den 28., Sofia ein. Sie werden verläufig aus zwei Infanterie-Bataillonen, vier Batterien und etwa Kavallerie bestehen. Hier in Spa sieht man die Lage durchaus hoffnungsvoll an und hofft bestimmt, die bulgarische Katastrophe zu verhindern. •

Euer Hochgeboren darf ich ergebenst anheimstellen, General Gantzen nach Euer Hochgeboren Gutdünken von vorstehenden Umständen zu geben. •

General Ludendorff bittet Euer Exzellenz, dem Grafen Oberndorf nunmehr weitere Weisungen zukommen zu lassen und dem Oberst von Massow Kenntnis zu geben.

gez. P e r s n e r.

Nr. 8.

Telegramm.

Aufgenommen D. R. Scholz, den 29. September 1918.

Der Kais. Militärbevollmächtigte an Auswärtiges Amt.

Werde mit General Michael Savov morgen Sonntag Sofia eintreffen. Er ist bereits in Fühlung mit dem König und sieht mit Zuversicht seiner nächsten Aufgabe entgegen, die Regierung zu stürzen und das Heer zu ordnen. Willen wird mit uns bis Jagodina reisen.

M a s s o w.

Nr. 9.

Telegramm.

S o f i a , den 30. September 1918.

Bulgarische Regierung hat eben von Vjaptschew telegraphische Mitteilung aus Saloniki erhalten, daß **W a f f e n s t i l l s t a n d** u n t e r z e i c h n e t. Sie hat Mitteilung der Bedingungen verlangt.

gez. O b e r n d o r f f.

Nr. 10.

Telegramm.

G r o ß e s H a u p t q u a r t i e r , den 2. Oktober 1918.

Der Kais. Legationsrat an Auswärtiges Amt.

D. H. L. hat, nachdem ich Euer Exzellenz Telegramm bei General Ludendorff verwertet habe, an Heeresgruppe Scholz gedrahtet:

• Soweit Lage hier zu übersehen, muß auf jede Hoffnung, Bulgarien politisch noch weiter an unserer Seite zu halten, verzichtet werden. Die in Altbulgarien befindlichen deutschen Truppen sind daher nunmehr nach rein militärischen Gesichtspunkten zu verwenden. In den Vordergrund tritt hierbei, der Entente den Weg über Sofia an die Donaulinie möglichst lange zu sperren. Bahnzerstörungen zunächst nur auf serbischem Gebiet, auf bulgarischem nur vor unmittelbarem Anmarsch von Ententetruppen. Der

Anschluß unserer Kräftegruppe bei Sofia an unsere Versammlung bei Nisch muß gesichert bleiben. Gewaltmaßregeln gegen Bulgarien müssen aus politischen Gründen vermieden werden. Massow ist zu verständigen.»

Stelle gehorsamst anheim, Graf Oberndorff Kenntniß zu geben, damit keine Unklarheit entsteht.

gez. P e r s n e r.

Vorbereitende Schritte für ein Friedensangebot an den Präsidenten Wilson. Nr. 11 bis Nr. 20.

Nr. 11.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 21. September 1918.

Der Kais. Legationsrat an Auswärtiges Amt.

Eigenhändig für Herrn Staatssekretär.

General Ludendorff fragte mich, ob Euer Exzellenz gedächten, durch Fürst Hohenlohe-Langenburg in Bern an Amerika wegen Friedensverhandlungen heranzutreten.

gez. Versner.

Nr. 12.

Aufzeichnung¹⁾.

Berlin, 28. September 1918.

Wichtigste Voraussetzung für die Einleitung des Friedens ist die sofortige Bildung einer neuen Regierung auf breiter nationaler Basis auf freie Initiative Seiner Majestät des Kaisers. Hierzu wäre erwünscht, daß möglichst schon morgen abend ein Telegramm in Berlin eintrifft, das die Annahme der von Graf Hertling erbetenen Demission mitteilt und den Vizekanzler von Payer beauftragt, dem Kaiser sofort wegen der Person des neuen Kanzlers und der Zusammensetzung der neuen Regierung Vorschläge zu machen. Das neue Kabinett soll alle Kräfte des Volkes auf breitester nationaler Grundlage zusammenfassen und der Verteidigung des Vaterlandes nutzbar machen. Um die Erreichung dieses Zieles zu sichern, soll der Vizekanzler auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers das Präsidium des Reichstages und die Parteiführer hören und im engsten Einvernehmen mit der Volksvertretung seine Vorschläge ausarbeiten.

Die auf diese Weise neu gebildete Regierung würde im gegebenen Moment an den Präsidenten Wilson heranzutreten haben mit dem Ersuchen

die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke allen kriegführenden Parteien die Entsendung von bevollmächtigten Delegierten nach Washington vorzuschlagen.

Je nach den Wünschen unserer militärischen Stellen würde dem Präsidenten nahezu legen sein, die Kriegführenden eventuell gleichzeitig zum Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes einzuladen. Unsere Aufforderung an Herrn Wilson wäre von der Erklärung zu begleiten, daß Deutschland, eventuell der Vierbund, bereit ist, den Friedensverhandlungen als Programm die bekannten 14 Punkte des Präsidenten zugrunde zu legen.

¹⁾ Gefertigt im Auswärtigen Amt.

Es dürfte sich empfehlen, unsere Mitteilung auf direktestem Wege an Herrn Wilson gelangen zu lassen und ihm dabei die Frage der öffentlichen oder geheimen Behandlung anheimzustellen. Am zweckmäßigsten wäre wohl, daß einer der kaiserlichen Gesandten in den neutralen Hauptstädten beauftragt würde, die Mitteilung schriftlich seinem amerikanischen Kollegen zu übergeben. Die Wahl des neutralen Landes müßte von der Eignung der in Frage kommenden amerikanischen Vertretung abhängig gemacht werden. Eine geheime telegraphische Anfrage ergeht dieserhalb heute an die verschiedenen kaiserlichen Gesandten.

Nr. 13.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 29. September 1918,
9 Uhr 40 Min. nachm.

Der Kais. Staatssekretär an Auswärtiges Amt.

Für Herrn Unterstaatssekretär.

Bitte auf Grund Befehls Seiner Majestät und Zustimmung des Herrn Reichskanzlers in Wien, Konstantinopel vertraulich mitteilen, daß ich vorschlage, Präsident Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 Punkte und ihn einzuladen, Friedenskonferenz nach Washington zu berufen unter Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand.

Ob Sofia gleiche Mitteilung zur Zeit zu machen ist, hängt von morgigen Nachrichten ab.

Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würde die in Bildung begriffene neue Reichsregierung den Vorschlag auf geeignete Weise an Präsident Wilson gelangen lassen, so daß der Vorschlag erst von ihr ausgehen würde.

gez. S i n g e.

Nr. 14.

Telegramm.

Berlin, den 29. September 1918

1. Wien.
2. Pera.

Dringenb.

Bitte dortiger Regierung vertraulich mitteilen, daß die Kaiserliche Regierung vorschlägt, Präsident Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 und 4 Punkte vom 8. Januar und seiner 4 Leitsätze vom 11. Februar und ihn einzuladen, Friedenskonferenz nach Washington zu berufen unter Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand. Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würden wir den Vorschlag auf geeignete Weise an Präsident Wilson gelangen lassen.

Zu Euerer Exzellenz Orientierung und streng vertraulichen Verwertung: Neue Reichsregierung auf demokratischer Grundlage ist in Bildung begriffen und wird voraussichtlich morgen konstituiert werden. Sie soll bei Einleitung Friedensaktion im Unte sein.

Ganz geheim. Prinz Hohenlohe hat erklärt, daß Österreich-Ungarn am Ende seiner Kräfte und Aussprache mit uns nötig sei. Nisaa Pascha hat im Namen der Pforte Besprechung unter den Verbündeten über die durch Vorgänge in Bulgarien geschaffene Lage angeregt, die neue Stellungnahme erfordere, und damit auch Friedensbedürfnis der Türkei durchblicken lassen. Unsere militärische Lage ist schwierig. Inwieweit Euerer Exzellenz vorstehende Momente zur Begründung unseres Vorschlags andeutungsweise verwerten wollen, stelle ich Ihrem Ermessen anheim.

Schleunigste Zustimmung bringend erwünscht. Drahtbericht über Annahme Ihres Schrittes.

Gleiche Weisung ergeht nach Pera und Wien. Sofia wird vorläufig nicht verständigt.

gez. Unterstaatssekretär v o n S t u m m.

Nr. 15.

Berlin, den 30. September 1918.

Sofia.

D r i n g e n d.

Ganz geheim. Zur ausschließlichen persönlichen streng vertraulichen Orientierung.

Gesamte Lage zwingt uns baldigst mit Friedensangebot an Amerika heranzutreten.

gez. v o n S i n g e.

Nr. 16.

Telegramm.

W i e n , 30. September 1918, 4 Uhr 30 Min.

Der kais. Botschafter an Auswärtiges Amt.

Nach Auftrag ausgeführt. Graf Burian war nicht überrascht, erblickte Ursache Vorschlag in Abfall Bulgariens, schwieriger Lage der Türkei und vor allem im Inhalt der durch Botschafter Prinz Hohenlohe überbrachten Mitteilung¹⁾. Ich habe hinzugefügt, daß Eile erwünscht sei, wenn man sich aus diesen Gründen zu solchem Schritt entschließe, da bei den schweren Kämpfen an der Westfront weitere Opfer möglichst vermieden werden sollten. Graf Burian erklärte, daß wir grundsätzlich auf Annahme unseres Vorschlages rechnen könnten. Doch könne er mir formelle Antwort erst heute abend, vielleicht erst morgen geben, da er Zustimmung Kaisers und nach Verfassung Ministerpräsidenten einholen müsse. Bedenken erhob Burian gegen Vorschlag der Abhaltung der Konferenz in Washington. Abgesehen von den technischen Schwierigkeiten bei der großen Entfernung, befürchte er für uns ungünstige Atmosphäre. Diese Bedenken wiege das Kompliment für Präsident Wilson nicht auf. Er glaubt, wir sollen Haag vorschlagen und nur, wenn es sich nicht vermeiden läßt, Washington annehmen.

gez. W e d e l.

¹⁾ Zu vergl. oben Nr. 14.

Nr. 17.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, 30. September 1918.

Der Kais. Legationsrat an Auswärtiges Amt.

Oberste Heeresleitung bittet von allen Veröffentlichungen über unseren Friedensschritt Kenntnis zu erhalten, damit sie die Armee rechtzeitig benachrichtigen kann. Es besteht sonst Gefahr, daß Demoralisation eintritt.

gez. **V e r s n e r.**

Nr. 18.

Telegramm.

Berlin, den 30. September 1918.

Gesandter Bern.

Es handelt sich um sofortiges offizielles Friedensangebot an Wilson auf Grundlage der sämtlichen von diesem aufgestellten Punkte. . . .

Bitte umgehende Äußerung, ob 1. bei Übermittlung durch Schweizer Regierung vorzeitige Indiskretion gegenüber Entente zu befürchten, 2. zutreffendenfalls, ob Schweizer Regierung ernstlich Anstoß nehmen würde, falls wir uns nicht Vermittlung Schutzmacht sondern anderer neutraler Regierung (Holland, Dänemark) bedienten.

gez. **v o n S t u m m.**

Nr. 19.

Telephongespräch

des Legationssekretärs Dr. Jordan, Berlin (Auswärtiges Amt), mit Prinz Erbach und Graf Wedel, Wien (Deutsche Gesandtschaft), 1. Oktober 1918.

Jordan: » Hier Jordan. Excellenz Stumm beauftragt mich mitzuteilen, daß es unbedingt erforderlich sei, nicht nur prinzipielle Annahme unseres Vorschlags, sondern auch formelle Antwort bereits heute mittag in Berlin zu haben, da Schritt noch heute unternommen werden soll. Verhandlungsort sei von sekundärer Bedeutung. Washington solle zunächst nur aus Höflichkeitsgründen vorgeschlagen werden, ohne dadurch Möglichkeit anderen Ortes auszuschließen. Wir müssen unter allen Umständen Antwort bis heute Mittag haben. Vielleicht ist die verfassungsmäßige Zustimmung inzwischen schon eingetroffen? Bitte hiermit sofort zu Herrn Botschafter zu gehen, ich bleibe am Apparat. «

Wedel: » Hier Botschafter Graf Wedel. Regierung prinzipiell einverstanden, kann aber Zustimmung zur Ausführung erst geben, wenn sie die Modalitäten kennt und billigt. Graf Burian erklärt, er könne sich nicht mit gebundenen Augen ausliefern, zumal er hier doch auch Rede und Antwort stehen müsse. Hiesige Regierung wolle den Schritt drüben auch machen. Prinz Hohenlohe habe ihm kurz gemeldet, daß der Schritt durch einen Amerikaner gemacht werden sollte, er habe angenommen, daß

er durch die Schutzmächte ausgeführt werden solle. Mit diplomatischen Geheimmitteln werde man sich nach seiner Überzeugung einer Ablehnung oder einer sehr unangenehmen in unseren inneren Verhältnisse eingreifenden Antwort aussetzen, es sei denn, daß wir bereits durch einen von drüben kommenden Wind dagegen gesichert seien. Dann müsse er um Orientierung darüber bitten. Er habe auch geglaubt, daß die neue Regierung den Schritt tun werde, die alte würde nach seiner Überzeugung eine ablehnende Antwort erhalten. Er bitte, Prinz Hohenlohe genau zu orientieren, wie die Sache behandelt werden solle, um dann Stellung nehmen zu können. Bis dahin könne Regierung nur dem Prinzip, aber nicht der ihr noch unbekanntem Ausführung zustimmen. Bitte Antwort. «

Jordan: » Darf gehorsamst vorschlagen: Drahtverbindung aufrecht zu erhalten, um Eurer Exzellenz gegebenenfalls hiesige Auffassung sofort melden zu können. Der Herr Staatssekretär wird jetzt mit Prinz Hohenlohe sprechen. Über Unterredung werden Euer Exzellenz noch benachrichtigt. Staatssekretär bittet, inzwischen nochmals Angelegenheit bei Graf Burian zu betreiben. «

Nr. 20. Telegramm.

Wedel, Wien.

Berlin, den 1. Oktober 1918.

Wir haben Gedanken, Demarche durch Amerikaner machen zu lassen, aufgeben, und beabsichtigen durch die schweizerische Regierung als unsere Schutzmacht an Präsident Wilson heranzutreten.

Sobald die neue Regierung gebildet ist, soll der Kaiserliche Gesandte in Bern folgende Instruktion erhalten :

» Bitte dortiger Regierung sofort folgende Note zu übergeben: Der unterzeichnete Kaiserliche Gesandte ist beauftragt und hat die Ehre, die Eidgenössische Regierung zu ersuchen, den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika telegraphisch wissen zu lassen, daß die Kaiserliche Regierung den Präsidenten Wilson bittet, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, und zu diesem Zwecke Bevollmächtigte aller kriegsführenden Staaten nach Washington einzuladen. Die Kaiserliche Regierung verbindet damit die Anregung, den Kriegführenden den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Waffenstillstandes auf allen Fronten vorzuschlagen. Sie erklärt, daß sie die in der Botschaft des Präsidenten vom 8. Januar niedergelegten 14 Punkte und die in der Botschaft vom 11. Februar aufgestellten 4 Leitsätze als Grundlage für die Friedensverhandlungen annimmt.

Eventuelle Richtigstellung Formalien Ew. pp. überlassen. Bitte Wortlaut übergebener Note sofort drahten und mit allen Mitteln darauf bringen, daß die schweizerische Regierung mit größter Beschleunigung handelt und einstweilen unbedingte Diskretion wahrt. Drahtbericht über Ausführung und Aufnahme. «

Euer Exzellenz wollen Wortlaut Graf Burian unverzüglich mitteilen. Über Zeitpunkt der Ausführung unserer Demarche erhalten Sie rechtzeitig Kenntnis, damit unser Schritt und der des Wiener Kabinetts möglichst gleichzeitig erfolgt.

gez. H i n g e.

Drängen der Obersten Heeresleitung auf sofortige Absendung des Friedensangebots. Erste deutsche Note und anschließende Aktenstücke. Nr. 21 bis Nr. 36.

Nr. 21.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918, 1 Uhr nachm.

Der Kais. Legationsrat an Auswärtiges Amt.

General Lubendorff hat soeben Freiherr von Grünau und mich in Gegenwart von Oberst Hepe, Euer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgeht. Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vor auszugehen.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es doch nichts an unserer Lage ändern könne, ob unser Angebot heute oder in den nächsten Tagen erfolge. Baron Grünau wird Euer Exzellenz gleichfalls später brachten, daß er noch mit Seiner Majestät Rücksprache nehmen wird.

gez. Veršner.

Nr. 22.

Großes Hauptquartier, 1. Oktober 1918, 1 Uhr 30 nachm.

An

Major Frhr. v. d. Busche
für den Vizelanzler von Payer.

Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen vormittag einverstanden.

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so hatte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.

gez. von Hindenburg.

Notiz übergeben 1. Oktober 2 Uhr nachm.

An Exzellenz von Payer.

gez. v. d. Busche.

Nr. 23.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918, 2 Uhr nachm.

Der Kais. Wirkliche Legationsrat an Auswärtiges Amt.

G e h e i m.

General Lubendorff sagte mir eben in Gegenwart von Oberst Hepe und Veršner, Euerer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, daß Friedensangebot sofort hin-

ausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, bis sich verjögern könnte.

Heute stelle die Truppe noch ab wie seien noch in einer nöthigen Lage, es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Angebot im allerungünstigsten Moment. Er läme sich vor wie ein Gafarbspieler, und es könne jeberzeit irgendwo eine Division verjagen.

Ich habe den Eindruck, daß man hier völlig die Nerven verloren hat, und möchte glauben, daß wir schlimmstenfalls noch außer hin den Schritt mit der Haltung Belgrads begründen können.

Grüben.

Nr. 24.

Telegramm.

Große Hauptquartier, den 1. Oktober 1918, 2 Uhr 25 Minuten.

Der Kaiser. Persönliche Delegationen an Vastwärtiges Amt.

Dringend.

Seine Majestät sind mit Euer Einstellung der Meinung, daß fraglicher Schritt erst durch neue Regierung erfolgen soll.

Grüben.

Nr. 25.

Telegramm.

Berlin, den 1. Oktober 1918, 7 Uhr 20 nachm.

1. Gröben.

2. Verben.

Bildung neuer Regierung vorerstjätlich heute 1. Oktober nachts. Dann kann Angebot sofort in bejellen Nacht hinausgehen. Militärische Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien.

gr. von Sinje.

Nr. 26.

Telegramm.

Große Hauptquartier, den 1. Oktober 1918, 9 Uhr 45 Min.

Der Kaiser. Delegationen an Vastwärtiges Amt.

General Zuboroff bittet, ihm baldigst Bericht unsjeres Friedensangebots mitzugeben, ferner, wann es an Willen abgeht. Er bittet, Friedensangebot auch den andern feindlichen Mächten mitzugeben.

Im Angebot mußte Aufforderung an Feinde stehen, Ort für Waffenstillstandsverhandlungen an der Front zu bestimmen. Waffenstillstandskommission: General von Beseler, Oberst von Winterfeld, Major Brinkmann, Major von Harbou, ein Hauptmann, zwei Seeoffiziere, ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, voraussichtlich Zeki Pascha und Feldmarschalleutnant Baron Klepsch.

Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen sofort beginnen, würde ich, Euerer Exzellenz Einverständnis voraussetzend, als Vertreter des Auswärtigen Amtes mitfahren, bis Euerer Exzellenz einen Herrn bestimmt haben.

Vollmachten für Soldaten wird Feldmarschall ausstellen, für Zivil wohl der Herr Reichskanzler.

gez. P e r s n e r.

Nr. 27.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918,
aufgegeben 2. Oktober, 12 Uhr 10 Min. vorm.

Der Kais. Legationsrat an Auswärtiges Amt.

General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht noch warten. Er (Wort fehlt, wohl »bäte«) Euerer Exzellenz dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf aller schnellste Weise durchkäme.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche antworten werde. Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch Nacht oder Donnerstag früh in Händen der Entente sei und bittet Euerer Exzellenz alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Funkpruch von Nauen an den Adressaten mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne.

gez. P e r s n e r.

Nr. 28.

Vortrag des Vertreters der O. S. E. Major Frhr. von dem Busche

vor den Parteiführern des Reichstags am 2. Oktober 1918 vormittags.

Die militärische Lage vor den letzten großen Ereignissen ist durch General Wrisberg bekanntgegeben. In wenigen Tagen hat sie sich grundlegend geändert.

Der Zusammenbruch der bulgarischen Front warf unsere Dispositionen über den Haufen. Die Verbindung nach Konstantinopel war bedroht, ebenso der für unsere Versorgung unentbehrliche Schifffahrtsweg auf der Donau. Wir waren gezwungen, wollten wir der Entente nicht völlig freie Hand auf dem Balkan lassen, das Schwarze

Meer und Rumänien preiszugeben, deutsche und für die Westfront bestimmte österreichisch-ungarische Divisionen einzusetzen. Schnellster Entschluß war nötig. Die Anfänge unserer Truppe sind ausgeladen. Es besteht begründete Hoffnung, die Lage auf dem Balkan, soweit es für unsere Interessen nötig ist, wiederherzustellen, leider, wie ich ausführen werde, nicht ohne schwerwiegenden Schaden für die Gesamtlage.

Fast gleichzeitig mit der Offensive in Mazedonien setzten gewaltige Angriffe im Westen ein. Sie fanden uns nicht unvorbereitet. Alle Maßnahmen, sie abzuwehren, waren getroffen. Ostdivisionen zum Freimachen von erprobten Westdivisionen waren im Anrollen. Leider mußte ein Teil von ihnen nach dem Balkan abgedreht werden. Der letzte wehrfähige Mann aus dem Osten war herangezogen. Wir sahen mit Ruhe dem Entscheidungskampf entgegen. An welchen Stellen der Front die Angriffe einsetzen würden, verstand die Entente geschickt zu verschleiern. Vom Meere bis zur Schweiz zeigten sich Angriffsvorbereitungen, am stärksten gegen Lothringen und den Sundgau. Wir waren gezwungen, unsere Reserven zu verteilen und die ganze Front mehr oder weniger abwehrbereit zu halten. Namhafte Kräfte mußten besonders in Lothringen und dem Sundgau zum Schutz deutschen Bodens bereitgestellt werden.

Nach Durchführung der erforderlichen Bewegungen bestand die sichere Zuversicht, die bevorstehenden Schlachten siegreich zu bestehen und den Vernichtungswillen unserer Gegner durch ihre zu erwartenden großen Verluste zu brechen.

In der Folge gelang es überall, den Feind da, wo er durch Taktik, Überraschung oder Übermacht in unsere Linie eingedrungen war, aufzuhalten, seinen Stoß durch rechtzeitig herangeführte Reserven aufzufangen. Die Kämpfe der letzten sechs Tage sind trotz Einbuße an Gefangenen und Gerät siegreich bestanden. Der Gegner hat im Vergleich mit unseren Erfolgen in den Frühjahrsoffensiven geringe Fortschritte erzielt. In den meisten Stellen sind seine mit ungewöhnlicher Zähigkeit fortgesetzten Stürme abgewiesen. Nach Meldung unserer Truppen hat er schwerste Verluste erlitten.

Unsere Truppen haben sich in überwiegender Zahl vortrefflich geschlagen und Übermenschliches geleistet. Der alte Heldensinn ist nicht verlorengegangen. Die feindliche Übermacht hat die Truppe nicht erschreckt. Offiziere und Mann wetteifern miteinander.

Trotzdem mußte die D. S. U. den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Entscheidend für diesen Ausgang sind vor allem zwei Tatsachen: die Taktik. Der Gegner setzte sie in unerwartet großen Mengen ein. Wo sie, noch dazu nach sehr ausgiebiger Vernebelung unserer Stellungen, überraschend auftraten, waren ihnen häufig die Nerven unserer Leute nicht mehr gewachsen. Dort brachen sie durch unsere vordersten Linien durch, bahnten ihrer Infanterie den Weg, erschienen im Rücken, erzeugten örtliche Paniken und brachten die Gefechtsführung durcheinander. Waren sie erst erkannt, wurden unsere Tankabwehrwaffen und unsere Artillerie schnell mit ihnen fertig. Dann war aber das Unglück schon geschehen, und lediglich aus den Erfolgen der Taktik sind die hohen Gefangenenzahlen, die unsere Stärken so empfindlich herabsetzten und einen schnelleren Verbrauch der Reserven als bisher gewohnt herbeiführten, zu erklären.

Dem Feind gleiche Massen deutscher Taktik entgegenzustellen, waren wir nicht in der Lage. Sie herzustellen, ging über die Kräfte unserer auf's äußerste angespannten Industrie, oder andre, wichtigere Dinge hätten liegen bleiben müssen.

Restlos entscheidend ist die Erschlagung geworden. Das Heer ist in die große Schlacht mit schwachen Beständen gegangen. Trotz aller Maßnahmen sanken die Stärken

unserer Bataillone von rund 800 im April auf rund 540 Ende September. Auch diese Zahl ließ sich nur durch Auflösen von 22 Infanterie-Divisionen = 66 Infanterie-Regimentern halten.

Die bulgarische Niederlage fraß weitere sieben Divisionen. Es besteht keine Aussicht, die Stärken auf größere Höhen zu bringen. Der laufende Ersatz, Wiedergenesene, Ausgelämmte, wird nicht einmal die Verluste eines ruhigen Winterfeldzuges decken. Nur die Einstellung des Jahrganges 1900 wird die Bataillonstärken einmalig um 100 Köpfe erhöhen. Dann ist unsere letzte Menschenreserve verbraucht.

Die Verluste der im Gange befindlichen Schlacht sind, wie gesagt, über Erwarten groß, besonders an Offizieren. Das ist ausschlaggebend. Die Truppe verlangt mehr denn je, soll sie halten oder angreifen, das Beispiel ihrer Offiziere. Die Offiziere mußten und haben sich rüchhaltslos eingesetzt und geopfert. Die Regimentskommandeure und höheren Führer kämpften mit in den vordersten Linien. Nur ein Beispiel: Eine Division verlor in zwei Kampftagen ihre sämtlichen Offiziere, tot oder verwundet, drei Regimentskommandeure tot. Der geringe noch vorhandene Stamm an aktiven Offizieren ist zusammengeschmolzen. Der Aufbau der aus dem Großkampf kommenden Divisionen ist kaum noch durchführbar. Das gleiche wie vom Offizier gilt vom Unteroffizierkorps. Der Feind ist durch die amerikanische Hilfe in der Lage, seine Verluste zu ersetzen. Die amerikanischen Truppen als solche sind nicht von besonderem Wert oder gar den unserigen überlegen. Wo sie durch Masseneinsatz anfängliche Erfolge erzielten, wurden sie trotz ihrer Übermacht abgewehrt. Entscheidend wurde aber, daß sie weite Frontstrecken übernehmen konnten und dadurch dem Engländer und Franzosen die Möglichkeit gaben, eigene kampfgewohnte Divisionen freizumachen und sich fast unerschöpfliche Reserven zu schaffen.

Bis jetzt reichten unsere Reserven aus, um die Lücken zu füllen. Die Eisenbahn brachte sie rechtzeitig heran. Unerhört schwere Anstürme wurden abgewiesen. Die Kämpfe wurden als von bisher nicht dagewesener Schwere geschildert. Nun gehen unsere Reserven zu Ende. Greift der Gegner weiter an, so kann es die Lage fordern, daß wir auf großen Frontstrecken kämpfend ausweichen. Wir können auf diese Art den Krieg noch auf absehbare Zeit weiterführen, dem Gegner schwere Verluste beibringen, verwüstetes Land hinterlassen, gewinnen können wir damit nicht mehr.

Diese Erkenntnisse und Ereignisse ließen in dem Generalfeldmarschall und General Ludendorff den Entschluß reifen, S. M. dem Kaiser vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten weitere Opfer zu ersparen.

Ebenso wie unsere große Offensive vom 15. Juli sofort eingestellt wurde, als ihre Fortführung nicht mehr im Verhältnis zu den zu bringenden Opfern stand, ebenso mußte jetzt der Entschluß gefaßt werden, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Noch ist hierzu Zeit. Noch ist das deutsche Heer stark genug, um den Gegner monatelang aufzuhalten, örtliche Erfolge zu erringen und die Entente vor neue Opfer zu stellen. Aber jeder Tag weiter bringt den Gegner seinem Ziel näher und wird ihn weniger geneigt machen, mit uns einen für uns erträglichen Frieden zu schließen.

Deshalb darf keine Zeit verlorengehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen.

Das könnte die unheilvollsten Folgen für die Friedensausichten wie für die militärische Lage haben.

Weber Heer noch Heimat dürfen irgend etwas tun, was Schwäche erkennen ließe. Im Gegenteil, Heimat und Heer müssen noch fester als bisher zusammenhalten. Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will.

Sollte dieser Fall eintreten, dann wird das Durchhalten des Heeres entscheidend von der festen Haltung der Heimat und dem Geist, der aus der Heimat zum Heere dringt, abhängen.

Nr. 29.

Telephonische Mitteilung

von General Ludendorff an den Vizekanzler v. Payer,
aufgenommen von Frhr. v. d. Busche am 2. Oktober 1918, 12 Uhr 20 nachm.

Aus dem Inhalt der beabsichtigten Friedensnote ist mir nur bekannt:

»Daß die 14 Punkte der Wilsonschen Note als Grundlage für die Friedensbesprechungen dienen sollen, nicht aber als vom Feinde auferlegte Bedingungen gelten sollen.«

Soweit habe ich mich einverstanden erklärt. Nachdem aber gesagt ist, die D. S. L. sei mit dem ganzen Inhalt der Note einverstanden, bitte ich um Mitteilung der Note vor ihrer Herausgabe, um dazu Stellung nehmen zu können.

Nr. 30.

Telephon-Gespräch

zwischen dem Legationsrat von Versner (Großes Hauptquartier) und dem Legationssekretär Dr. Jordan (Auswärtiges Amt), 2. Oktober 1918, 2 Uhr 40 Minuten nachmittags.

» Hier Legationsrat von Versner. Bitte sofort bringend Herrn Legationssekretär Dr. Jordan zum Apparat. General Ludendorff schlägt folgenden Wortlaut vor:

» Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zweck Bevollmächtigte aller kriegsführenden Staaten einzuladen.

Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreß-Botschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen aufgestellten Programmpunkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen.

Im Anschluß hieran schlägt die deutsche Regierung den Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft vor und ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Waffenstillstand, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, schon jetzt herbeizuführen. «

General Ludendorff fragt weiter:

1. Warum sind Osterreich-Ungarn und Türkei nicht (Wort fehlt)?
2. Die D. S. L. setzt voraus, daß es sich nur um die bekannten 14 plus 4 Programmpunkte Wilsons handelt.

gez. Versner.

Nr. 31.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 3. Oktober 1918.

Der Kaiser. Ergänzungsprot an Kaiserliche Majestät.

General Ludendorff bitte um Mitteilung unserer Friedensnote.

gg. Ludendorff.

Nr. 32.

Telegramm.

Berlin, den 3. Oktober 1918.

Dringend.

Herrn ich mich über die Einleitung der von der D. S. Z. gewünschten Friedensaktion schließig mache, bittet ich mich, Exzellenz um Stellungnahme zu folgenden Fragen zu bitten:

1. Wie lange kann die Armee der Feind noch jenseits der deutschen Grenze halten?
2. Wozu die D. S. Z. einen militärischen Zusammenbruch erwarten und befehlenfalls in welcher Zeit? Welche der Zusammenbruch hat Ende unserer militärischen Widerstandskraft bedeuten?
3. Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?
4. Hat den Fall, daß die Frage zu 3 bejaht wird, ist die D. S. Z. sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutscher Gebiete, namentlich Elb- und Vorpommern und ein polnischer Streifen der östlichen Provinzen führen kann?
5. Ist die D. S. Z. mit Abwendung des anliegenden Rotenentwurfes einverstanden?

Exzellenz wäre ich für sofortige Antwort dankbar.

gg. Prinz Max, Reichskanzler.

Seine Exzellenz dem Chef des Generalstabes des Heeres

Herrn Generalstabmarschall von Hindenburg,

etc.

Nr. 33.

Chef des Generalstabes
des Heeres.

Berlin, den 3. Oktober 1918.

Von dem

Herrn Reichskanzler.

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrem am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der so-

fortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich, und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder veräumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

gez. von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Nr. 34.

Die erste deutsche Note an den Präsidenten Wilson vom 3. Oktober 1918.

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in den Luft herbeizuführen.

gez. Max, Prinz von Baden.
Reichskanzler.

Nr. 35.

Besprechung beim Reichskanzler.

Berlin, den 6. Oktober 1918

Auszug.

Anwesend:

Reichskanzler,
Graf Ködern,
von Payer,
Erzberger,
Groeber,
Scheidemann,
Solf,
Radowicz,
Deutelmoser,
Lewald.

Besprechung der Note.

Reichskanzler: Ich habe gegen Note gekämpft. Erstens, weil ich Moment für verfrüht hielt, zweitens, weil ich an Feind im allgemeinen mich wenden wollte.

Jetzt müssen wir Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß

1. Lage an der Front festgestellt werden, und zwar durch gewiegte Offiziere,
2. Botschafterkonferenz. Beste Köpfe über England und Amerika hören.

Solf: Haesten¹⁾ sagt, daß Ludendorff Kommission als Mißtrauen betrachte und Abschied nehmen würde. Das würde Abschied Hindenburgs nach sich ziehen.

Röders glaubt, daß Mißtrauen Ludendorffs sich vermeiden läßt.

Reichskanzler: Armeeführer müssen gehört werden. Hoffe im Gespräch mit Seiner Majestät Möglichkeit dazu zu finden.

Paier: Nötig Weg zu finden. Wir müssen neben Ludendorff auch noch andere Leute hören. Ludendorffs Nerven nicht mehr zuverlässig.

Solf und Erzberger derselben Ansicht.

(Folgt Beratung anderer Fragen.)

Nr. 36.

Berlin, den 8. Oktober 1918.

An den

tit. Ludendorff

S i e r.

Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auf unser Friedens- und Waffenstillstandsersuchen wird voraussichtlich weder in einer glatten Annahme noch in einer glatten Ablehnung bestehen, sondern sie wird Bedingungen nennen, von denen der Präsident sein Vorgehen abhängig macht.

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Bedingungen schwer sind. Wir werden alsver die Frage gestellt, ob unsere militärische Lage es uns gestattet, durch Verhandlungen eine Milderung der Bedingungen anzustreben auf die Gefahr hin, daß darüber eine Reihe von Wochen vergeht, Osterreich-Ungarn und die Türkei sich von uns trennen und wir die Bedingungen des Präsidenten schließlich doch in ihrer ursprünglichen Form annehmen müssen.

Um mir ein Bild über unsere militärische Lage machen zu können, wäre ich Euer Exzellenz für umgehende Beantwortung folgender Fragen dankbar²⁾:

1. Wie lange kann die Armee den Feind jenseits der deutschen Grenzen halten, sei es in den jetzigen Stellungen, sei es in allmählicher Rückwärtsbewegung?
2. Muß auch heute noch mit der Möglichkeit eines militärischen Zusammenbruchs vor dem Frühjahr gerechnet werden und, bejahendenfalls, besteht diese Gefahr schon für die nächsten drei bis vier Wochen?

¹⁾ Vertreter der D. S. E. im Auswärtigen Amt und beim Reichskanzler.

²⁾ Antwort siehe unter Nr. 35 und unter Nr. 42.

3. Wie lange wird der augenblickliche kritische Zustand voraussichtlich noch dauern? Ist der Gefahrpunkt überschritten, wenn der Feind sich zur Einstellung seiner Großangriffe genötigt sieht, und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein?
4. Kann nach Überwindung des Gefahrpunktes auf Konsolidierung unserer Front gerechnet werden und durch welche Mittel kann sie erreicht werden?
5. Wie liegen die Verhältnisse des Mannschafte- und Materialersatzes?
6. Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg von uns allein bis zum Frühjahr fortgeführt werden?
7. Verspricht sich die Oberste Heeresleitung einen ausreichenden Kräftezuwachs von der levée en masse, wie von Walter Rathenau in der Vossischen Zeitung empfohlen ist?

Nach den bisher eingegangenen Nachrichten erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Präsident Wilson als Vorbedingung für den Eintritt in die Verhandlungen die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs fordern wird; es fragt sich daher weiter:

1. Würde die Oberste Heeresleitung empfehlen, daß wir eine solche Forderung bedingungslos annehmen oder daß wir sie mit Gegenbedingungen beantworten? Falls die militärische Lage unter den obenangeführten Gesichtspunkten einen Zeitverlust durch Verhandlungen zuläßt, kämen als Gegenbedingungen in Frage:
 - a) die von Frankreich und England besetzten Gebiete Oberelsaß (eventuell auch die deutschen Kolonien) sind gleichfalls zu räumen.
 - b) Garantien sind dafür zu leisten, daß der Feind uns nicht folgt. Eventuell könnte gefordert werden, daß die von uns geräumten französischen Gebiete nur von amerikanischen Truppen besetzt werden und daß Belgien nur von belgischen Truppen betreten, seine Neutralität von allen Kriegsführenden geachtet, und der belgische Boden nicht wieder zum Kriegsschauplatz gemacht wird.
 - c) Erklärung unsererseits, daß wir, um die Verschlechterung unserer strategischen Lage im Westen auszugleichen, unsere Truppen auch aus den von uns besetzten Gebieten im Osten (Baltikum, Litauen, Polen und Ukraine) zurücknehmen müßten, was diese Gebiete dann dem Bolschewismus ausliefern würde.

2. Innerhalb welcher Zeit könnte die Räumung von Nordfrankreich und Belgien durchgeführt werden, wenn sie mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes beginnt?
3. Werden wir nach der Räumung mit den uns noch zur Verfügung stehenden Kräften in der Lage sein, die deutsch-französische Grenze zu halten, falls im weiteren Verlauf die Friedensverhandlungen scheitern und die Gegner von neuem zum Angriff übergehen?

Präsident Wilson könnte mit der Begründung, daß er Sicherheiten braucht, die Freisetzung deutscher Festungen an unserer Westgrenze fordern.

1. Würden wir angesichts der militärischen Lage gezwungen sein, eine solche Forderung anzunehmen?
2. Inwieweit würde die Annahme der Forderungen von Gegenbedingungen abhängig zu machen sein?

Prinz Max von Baden
Reichskanzler.

Von der ersten Antwort Wilsons bis zur Erwiderung darauf. Nr. 37 bis Nr. 47.

Nr. 37.

Wilson's erste Antwort.

Staatsdepartement, 8. Oktober 1918.

Mein Herr! Ich habe die Ehre, im Namen des Präsidenten den Empfang Ihrer Note vom 6. Oktober zu bestätigen, die die Mitteilung der deutschen Regierung an den Präsidenten einschloß, und ich bin von dem Präsidenten beauftragt, Sie zu bitten, dem deutschen Reichskanzler folgende Mitteilung zu machen:

Ehe er auf das Ansuchen der Kaiserlich Deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so richtig und gradsinzig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, es erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern.

Meint der Herr Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?

Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden sind, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube jeder Diskussion würde andererseits von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.

Empfangen Sie mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

gez. Robert Lansing.

Nr. 38.

Besprechung beim Reichskanzler.

Auszug.

Berlin, den 9. Oktober 1918.

Anwesend:

Reichskanzler,
von Bayer,

Ludendorff,
Scheuch,
Hege,
von Haefen,
von Winterfeld,
von Hinke,
Solf,
Graf Rödern,
Lewald,
Scheidemann,
Groeber,
Erzberger,
von Radowik,
Deutelmoser,
Friedberg.

Reichskanzler begrüßt General Ludendorff.

Verhandlungsgegenstand: Antwort auf Wilson.

Ludendorff: Krieg 1914 brachte schwierige Lage. Große feindliche Überlegenheit. 1916, bei Hindenburgs und Ludendorffs Berufung besonders schwierige Lage durch Rumänens Eingreifen. Starke Kräfte blieben durch Krieg im Osten gefesselt. Damals auch Somme-Schlacht. Munitionsnot. Deshalb große Bemühungen und Abhilfe. Hindenburg-Programm. Erhöhte Arbeiter- und Ersatzbestellung. Dienstpflicht weiter ausgedehnt. Hilfsdienstgesetz.

1916 ging zu Ende mit Zuversicht auf große feindliche Überlegenheit in Ost und West. Schwere Sorgen. Einziges Mittel, Westfront zu halten, war U-Boot-Krieg. Feldmarschall und Ludendorff deshalb dafür. Ferner Frontzurücknahme. April, Mai Arras-Schlacht. Große Verluste, aber erfolgreiche Abwehr. Rußlands Zusammenbruch erleichterte uns denn auch direkte Unterstützung Österreich-Ungarns, das 12. Jsonzo-Schlacht nicht auszuhalten drohte. Auch an Westfront Offensivmöglichkeit. Vorher aber im Osten Rücken frei zu machen. Englisch-bolschewistische Entente-front zu verhindern. Homburger Besprechung. Weit nach Norden gehend (Finnland), um England von Petersburg fern zu halten. Auch Verpflegungsnot. Swang, weit nach Osten zu gehen. Ukraine gab wertvolle Rohstoffe, verzögerte Bildung bolschewistischer Front. Frühjahr 205 Divisionen im Westen, 32 im Osten, letztere nicht kampffähig. Front im Osten ganz dünn. Oberost nicht mehr sicher, Bolschewismus von besetzten Gebieten fern halten zu können.

Was im Westen zu tun? Im Frühjahr bei uns Überlegenheit von 20 bis 25 Divisionen, Offensive nötig, um Bundesgenossen zu fesseln und womöglich vor Eintreffen der amerikanischen Massen im Westen zu siegen.

Friedensangebot lag damals nicht vor. Offensive sollte Gegner friedensbereit machen. So noch im Juni. Hoffnung blieb unerfüllt.

Gründe: Massen-anwendung von Tanks, Grippe, Kartoffelmangel bei uns. Bis 8. August trotz dem Kriegslage gut. Da aber 6 bis 7 Divisionen in zwei bis drei Stunden im Nebel überrannt. Empfindliche Bruchstelle. Hartnäckig weitere Angriffe. In letzten Monaten fehlen uns monatlich 70 000 Mann. Höchste

Tapferkeit von Offizier und Mann. Berichte erzeugen tiefe Rührung. Große Frage, ob noch Friedensnachschlag zu haben. April und Juni hat O. S. U. um Friedensparagrafen. Besprechung im August ging ebenfalls. Entschiedenheit kann aber nicht zu Stande. Ob noch möglich, muß Kriegsminister wissen. Materialersatz ist gesichert, aber Leute fehlen. Landangriffe sehr gefährlich. Seit 8. August hat O. S. U. dem Reichskanzler erklärt, sie sei nicht mehr in der Lage, den Krieg positiv zu beenden durch Waffenstillstand, der Feind freundschaftlich macht. Anfang September neutrale Friedensvermittlung von O. S. U. angeregt. Dann Zusammenbruch Bulgariens.

Noch im Juni glücklicher Einbruch der Bulgaren. Sprachausstand ist erstvertrug Einbringen in bulgarische Hände. Scholtz hat viel für bulgarisches Heer getan. Aber bulgarische Generale haben Sabotageverbrechen begangen und Heer verfehrt. Regierung kann an Entente gewandt. Bulgarische O. S. U. versagte Wirkung schlechter Disziplinkommandeure. Wir brauchen 3 Divisionen zur Deckung Südostfront Österreich-Ungarns ab. Entente kann sich durch Bulgarien gegen Asopoli wenden. Türken sammeln sich bei Ispahatschaltzcha. Wir lassen Zugang aus Rumänien kommen. Lärche wird ausfallen. Wir werden Südostfront der Donau nicht halten können. Sind aber nicht imstande, Donau und Rumänien zu sichern. Rumänien militärisch mit Kräften, die wir vertragmäßig dort haben, nicht zu halten. Wie hoch ist kollektive Gefahr, ob wir die Ukraine aufgeben können, um Front zu kürzen und einige Divisionen für Donau frei zu machen. Militärisch ist Rumänien mit unseren jetzigen Kräften nicht gegen Anmarsch von Süden zu halten. Dort nur Grenzlinie zu halten. Dort nur alle Leute. Wollen wir Rumänien halten, so müssen wir wissen, wie groß kollektive Gefahr eingeschätzt wird. Wir können aus Ukraine einige Divisionen nach Rumänien bringen, aber dann können wir militärisch und gegen Kollektivgefahr nicht mehr schützen. Nicht wahrscheinlich, daß mehr wie 4 bis 5 Divisionen aus dem Osten nach Westen gebracht werden können.

Im Westen aufschreit Panzerdivisionenmangel. Lage ernst. Besten schonen Tag. Einbruch der Engländer bei St. Quentin. Alle Pläne der Entente nicht gelungen; vorrückendes Kavalleriekorps nicht zur Entzweiung gekommen. Wir haben aber zurückgehen müssen. Die Divisionen sind nicht mehr kampffähig.

(Erlaubt die Karte.)

Wir wollen lieber zurückgehen als uns schlagen lassen. Wir ziehen und immer mehr zusammen. Reichskanzler hat Fragen gestellt (bezieht sich auf Schreiben des Reichskanzlers vom 8. Oktober 1918^{*)}). Es ist schwer, solche Fragen zu beantworten, kann nur rückgängig gehen.

Frage 1: Größe der Westfront weit ab, können wir lange schützen. Angriffe in Lothringen möglich, Gefahr für lothringische Grenze sehr ist nicht. Wegen Holland sehr ist keine Gefahr, da Truppen, die etwa übersteern, interniert werden würden.

Frage 2: Gefahr bei Durchbruch besteht immer. Engländer hätten beim Landangriff durchbrechen können.

Frage 3: Ja, nur Grenzangriffe gefährlich.

Frage 4: Unt fehlen im Monat 70 000. Material ist genügend da.

Frage 5: Wir brauchen eine Pause dazu, dann können wir uns wieder kon-
solidieren.

Frage 7: Nein. Ich verpönde mir trotz Fleischmangel von Levee en
masse nicht. Wir wollen immer Erhöhung der Arbeitsleistung. Ich kann nicht
beurteilen, ob Trübsberger gekocht werden könnten. Nach Ansicht der D. S. L. sollte
bei G.-v.-System aufhören; jetzt wollen die G.-v.-Units nicht kämpfen. Wir können
auch Schlüsselfest besetzen in der Heimat mehr Leute bekommen. Levee en masse
würde mehr zerstören als man ertragen kann.

Frage: Sollen noch andere Generale geköpft werden?
Danke für Entlassung, aber sicher, daß andere Führer so denken wie ich. Ich
habe wegen Friedensschritt mit Kuhl, Voßberg, Schulca-
burg gesprochen. Sie stimmten zu. Das ist der Entschluß schon
geworden, aber wir schwanken nicht, als wir unsere Pflichten erkannten. Kommissen
nicht nötig. D. S. L. kann auch diese Verantwortung allein tragen.

Oberst Heye: Ich gehöre der D. S. L. seit 4 Wochen an. Glaube, daß wir ja,
wie Erschlage ist, nicht mehr mit Sicherheit auf gute Kriegsbuchführung rechnen
können. Es wäre Selbstspiel der D. S. L., wenn sie den Friedensschritt nicht be-
schleunigte. Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten. Es kann aber
auch jeden Tag eine Wendung kommen. Besser hing es an
einem Haben, ob Durchbruch gelang.

Ertragende Mite, nicht von Heroismus zu sprechen. Schritt zum Frie-
den, noch mehr zum Waffenstillstand ist unbedingt not-
wendig. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unverkennbar, ob Truppe
hält oder nicht. Jeden Tag neue Überraschungen. Ich fürchte nicht eine Katastrophe,
sondern möchte Kameraden retten, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch
als Druckmittel haben.

Kamerad braucht Ruhe. Hat sie die und glaubt sie neuere Urzeit, so kann sie
auch wieder neue Leistungen zeigen.

Tabenderff: Verteidigung ist teurer als der Angriff. Am 27. Mai haben wir
bei Offenbar 60- bis 70 000 Mann verloren, ebenfalls Gefangen gemacht. Dazu
kommen die feindlichen sonstigen Verluste. Also nichts zu unserm Gunsten.

Für Räumungsfrage:

Wir haben im besetzten Gebiet ungeheures Material. Nach Überschlag basiert
Räumung 2 bis 3 Monate bei Jahreslohn (bei Jahres l a n g e r). Kamerad muß schlag-
fertig bleiben, kann also nur abschaltweise paraf. Schritt sie an Österr., so kann
sie jeden feindlichen Angriff abwehren. Bedenklich nur Übergangsfahr für Industri-
gebiet. Also anstreben, daß nach Belgien nur belgische Truppen folgen. Die Ver-
kerung, Weg zu räumen, wäre gegen unsere militärische Ehre.

Reichsmangler: Sollen Verhandlungen mit Entente scheitern, wenn auch fran-
zösische oder englische Truppen nach Belgien gehen?

Tabenderff: Nein.

Reichsmangler: Wie sieht es mit Anspruch auf Räumung des besetzten deutschen
Gebiets durch den Feind?

Tabenderff: Hängt von Frontlage ab.

Reichsmangler: Gleich Waffenstillstand oder Waffenruhe?

Ludendorff: Waffenstillstand. Frage betreffend Bolschewiki: Gut, solchen Druck ausüben.

Schlussfrage: 2 bis 3 Monate.

Wir sind in der Lage, Grenze zu halten. Wir können deutsche Festungen nicht übergeben. Gegenforderungen müssen wir stellen.

Röbern: Zur Frage Gefahrpunktes: Ist Witterung so, daß Feind zum Winter Großangriffe einstellen muß?

Ludendorff: Winterschlachten sind möglich, Witterung allein ist keine Hinderung, wohl aber Erschöpfung.

Erzberger: Materialübergewicht der Entente.

Ludendorff: Tanks, ja, auch mit Kraftwagen überlegen. Hoffe im Frühjahr 600 Tanks zu haben. Glaube nicht, daß sonstige Überlegenheit gefährlich.

Scheidemann: Stimmung im Heer? Divisionsbefehle der 41. Division.

Ludendorff: 8. August war schwarzer Tag in der Geschichte. Schlag für die Führung. Truppe hatte Grippe, keine Kartoffeln. Ernährung war schlecht, damals Stimmung schlecht, jetzt gebessert. Damals Mannschaften aus der Steppe geholt. G. v. Deute haben Geist verdorben, daher auch viel Gefangene. Jetzt hat man das Gefühl besseren Geistes.

Röbern: Zweifelhaft, ob wir Donaufront halten können, dann Gefahr des Aufhörens der Ölversorgung. Wie sind Bestände?

Ludendorff: Marine 10 Monate, Heere für Luftzeuge 2 Monate.

Erzberger: Sind die fehlenden 70 000 Mann auch in den Wintermonaten nötig?

Ludendorff: Zum Auffrischen der Division brauchen wir sie.

Scheüch: Ersatzmöglichkeiten. Im Herbst wurden von D. S. L. 200 000 Mann einmalig und pro Monat 140 000 Mann gefordert. Zur Deckung: Genesende 60 000 monatlich, zurückkehrende Gefangene usw. 50 000 einmalig. Jahrgang 1900 250 000, die aber zum Teil noch in der Industrie gebraucht werden.

Ludendorff: Der Ersatz ist zum Teil schlechten Geistes.

Scheüch: Es wird in der Heimat noch mehr ausgekämmt. Kommissionen bringen noch mindestens 60 000 in 6 Monaten. Desgleichen aus der Steppe 40 000. Ausklämmen aus der Industrie sehr schwierig. Aus Post und Eisenbahn 20 000. Nachmusterung und Auslandsdeutsche 5 000. Insgesamt 950 000, also Fehlbetrag gegen Forderung der D. S. L. Kriegsministerium sucht nach Möglichkeiten.

1. Erhöhung der Arbeitsleistung. Diese bis auf 70 v. H. bestenfalls reduziert. Verbesserung nur durch Ernährung zu erreichen. Versuch mit Zuweisung von Nahrungsmitteln an die Betriebe.

2. Drückebergern gehen wir nach durch Kontrolle jeder Art. In Kriegsgesellschaften schon stark ausgekämmt. Täuschung immer möglich, aber hoffe Zahl zu drücken.

3. G. v. Beseitigung ist gefährlich, bringt schlechtes Material an die Front. Ärztliche Anforderungen sind jetzt schon verschoben. Änderung ist gefährlich.

Scheuch: Levée en masse. Jeder Mann soll dienen, jede Frau soll arbeiten. Hilfsdienstgesetz genügt, um das Arbeiten jedes Mannes sicherzustellen. Im Frühjahr wurde Verlängerung der Wehrpflicht bis 60 Jahre beantragt. Ergebnis wäre minimal. Rathenau sträubt sich energisch gegen dieses Verfahren. Er will ein großes Freiwilligenheer. Ich glaube, daß die Methode ebenfalls nicht zu Erfolg führen kann.

Ludendorff auf Anfrage **Erzbergers:** Die 70 000 pro Monat sind ohne Berücksichtigung des feindlichen Zuwachses berechnet. Wir brauchen etwas zur Hebung des nationalen Schwunges.

gez. Deutscher.

Nr. 39.

Besprechung

Berlin, den 10. Oktober 1918.

Auszug.

Bayer: Stresemann hat wegen Räumungsfrage angeregt, neben D. H. E. auch Annesführer zu fragen.

Reichskanzler: Ich habe dasselbe Schreiben erhalten.

Bayer: Gestrige Erklärungen Ludendorffs müssen fixiert werden. Besonders die Befragung von Kuhl, Posiberg und Schulenburg.

Erzberger: Schreiben Stresemanns Ludendorff mitteilen. In Berlin zirkulieren Briefe General Hoffmanns, wonach Westfront zu halten sei. Diese Sache muß geklärt werden. War Generalstabschef bei Tannenberg. Manche Leute glauben, Hoffmanns Urteil sei sicherer als das von Ludendorff. Also Ludendorff bitten, Hoffmann anzuhören.

Solf und Röders: Dann würde Ludendorff gehen, lieber Hoffmann privatim kommen lassen.

(In der folgenden Beratung über den Text der Note erklärt:)

Solf: Note zerfällt in drei Teile.

1. Punkt: Ja.

2. Punkt: Es ist gestern nicht zum Abschluß gekommen. Ich habe Ludendorff gefragt, können Sie noch drei Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: nein. Darum wollen wir prinzipiell eingehen auf Räumung.

3. Punkt wird leicht zu beantworten sein.

Reichskanzler: Hat sich Auswärtiges Amt auf den Standpunkt gestellt, daß wir ohne Gegenforderungen räumen?

Solf: Nein. Wir wollen das den Verhandlungen überlassen.

Reichskanzler: In die Note soll nichts, was kompliziert.

Nr. 40.

Telegramm.

Berlin, den 11. Oktober 1918.

An

Berheim

Großes Hauptquartier.

Bitte umgehend D. S. V. nachstehenden Entwurf der Antwortnote an Wilson mitteilen und Zustimmung zum dritten Absatz sofort telephonisch und schriftlich mitteilen.

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung hat alle Bedingungen angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Nach Eintritt in die Verhandlungen wird sie lediglich die Einzelheiten ihrer praktischen Anwendung erörtern.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreich-ungarischen Regierung bereit, sofort das Gebiet der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte zu räumen. Ferner willigen beide Regierungen ein, ihre Truppen jederzeit aus dem übrigen besetzten Gebiet zurückzuziehen. Die deutsche Regierung stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer Kommission der beteiligten Mächte herbeizuführen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen des deutschen Volkes.

gez. Solf.

Nr. 41.

Telegramm.

G. r. Hauptquartier, den 11. Oktober 1918.

Der Kais. Legationssekretär an Auswärtiges Amt.

Der Generalfeldmarschall stellt seine Bedenken gegen den dortigen zweiten Vorschlag zur Antwortnote an Wilson zurück. Der vom Feldmarschall genehmigte Entwurf folgt nachstehend zu Eurer Excellenz Kenntnis. Der Feldmarschall hat gerade auf den ersten Satz dieses Entwurfs besonderen Wert gelegt, auch darauf, daß die Friedensverhandlungen **s o f o r t** beginnen, um uns eintretendenfalls nicht erst an unserer Grenze dem Feinde auszuliefern. Der Entwurf des Feldmarschalls lautet:

»Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die andern beteiligten Regierungen sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen und daß die Verhandlungen unverzüglich beginnen.

Unter dieser Voraussetzung erklärt sich die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreich-ungarischen Regierung grundsätzlich bereit, das Gebiet der mit den Vereinigten Staaten verbündeten Mächte zu räumen, sie setzt ferner voraus, daß aus Gründen der Menschlichkeit und im Interesse der Bevölkerung des zu räumenden Gebietes sowie aus Rücksicht auf die auf dem Spiele stehenden großen Werte von Beginn der Räumung ab die Waffen ruhen. Sie weist zur Vermeidung von Mißverständnissen darauf hin, daß eine geordnete Räumung Wochen in Anspruch nimmt. Die deutsche Regierung stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt von Kommissionen der beteiligten Mächte herbeizuführen, denen es obliegen würde, die für Waffenruhe und Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Eine Räumung der besetzten Gebiete des ehemaligen russischen Reiches ist zurzeit bei der Unsicherheit der dortigen Zustände im Interesse der Bevölkerung unmöglich. Sie wird aber nach Maßgabe der Wünsche der Bevölkerung in gegenseitiger Vereinbarung ausgeführt werden. Wegen die Räumung Rumäniens hat die deutsche Regierung grundsätzlich nichts einzuwenden.

gez. B e r t h e i m.

Nr. 42.

Besprechung am 11. Oktober 1918.

Anwesend:

Reichskanzler Prinz Max von Baden,
 Vizekanzler von Papen,
 Kriegsminister Schuch,
 Staatssekretär Freiherr von Mann,
 „ Freiherr von Stein,
 „ Bauer,
 „ Trimborn,
 „ Dr. von Krause,
 „ Rüblin,
 „ Dr. Solf,
 „ Graf Rödern,
 „ Dr. Friedberg, zugleich als Vertreter der national-liberalen Partei,
 „ Gröber,
 „ Scheidemann,
 „ Erzberger,
 Unterstaatssekretär Dr. Lewald,
 „ von Stumm,
 „ z. D. Wahnschaffe,
 Ministerialdirektor Deutelmoser,
 Oberst von Haefen.

Dr. Solf verliest den neu formulierten Text der Antwortnote.

Reichskanzler verliest die Note Wilsons und erläutert sie. Die D. H. R. sei für die Friedensaktion scharf eingetreten, sie wünsche, daß wir zur Räumung unsere Zustimmung geben.

Dr. Wolf erklärt es für notwendig, daß alle Staatsbestreben ausschließlich zu sein.

Früherr von Stein erklärt, daß nur zu hören, wenn ihm alle Verhandlungen, insbesondere die Forderungen der militärischen Forderungen, bekannt sein.

Schleich angesprochen, sich über die militärische Lage zu äußern, hält das für seine Person nicht für möglich.

von Harsten erklärt die Zustimmung des Generals Lubendorff zum Entwurf der Note, wünscht aber keine „Näherungsvorschläge“ zu sehen.

Deutschmeier verliest die Forderung des Obersten Geyr in der Besprechung vom 9. Oktober und Eggeling Lubendorffs Zustimmung dazu.

von Harsten meint, Eggeling Lubendorff habe die Lage wohl nicht ganz so bedrohlich angesehen, wie der Oberst Geyr.

Reichskanzler Prinz Hag von Saldern berichtet hierauf folgendes: Am Abend des 1. Oktober sei ihm der Reichskanzlerposten angeboten worden mit dem gleichzeitigen Bedauern, sofort die Friedensvermittlung Wiens nachzusuchen. Er habe sich dagegen geäußert und mindestens 8 Tage warten wollen, um die neue Regierung zu konsolidieren und nicht den Einbruch hervorgerufen, als handeln wir bei unserer Bitte um Friedensvermittlung unter dem Druck eines militärischen Zusammenbruchs. Am gleichen Abend habe eine Besprechung zwischen ihm, dem Feldmarschall von Hindenburg und den Herren von Berg, von Payer und von Ginge stattgefunden. Im Verlauf dieser Unterredung habe er mehrmals an die D. S. L. im Großen Hauptquartier die telefonische Anfrage richten lassen, ob nicht mit der Note gewartet werden könne. Darauf sei vom General Lubendorff die telefonische Antwort erteilt worden, wenn er, der Prinz, am nächsten Morgen um 10 Uhr noch nicht Reichskanzler sei, so solle lieber der Reichskanzler Herr von Payer noch heute Abend die Note unterzeichnen. Durchgesetzt hätten die D. S. L. auch der Staatskretze von Ginge die Note an Amerika gegenüber Deutscher, die sowohl er selbst, als die Herren von Payer und Wolf hatten. So stand sei damals bei Dingen der D. S. L. gewesen. In der jetzt zu entwerfenden Note handle es sich um die Fortsetzung jenes ersten Schrittes. Vielleicht sei jetzt etwas mehr Nähe bei der D. S. L., aber sie halte doch fest an der Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes.

von Harsten erklärt auf Anfrage die Darstellung für richtig, nur habe er die telefonische Antwort des Generals Lubendorff auf die Anfrage des Prinzen nicht mehr ganz genau in der Erinnerung.

von Payer erklärt hierzu, daß Telefonat habe ausgesprochen, wenn Prinz Hag bis heute Abend 7 Uhr Reichskanzler sei, dann bis zum nächsten Morgen um 10 Uhr gerufen werden, sonst müsse die Note sofort mit seiner, Payers Unterschrift, abgefaßt werden.

Dr. Wolf: Er habe ebenfalls dem Feldmarschall von Hindenburg gefragt, ob nicht 8 oder wenigstens 4 Tage Zeit hätten. Der Feldmarschall habe erwidert, darauf könne er keine bestimmte Antwort geben und seine Erwiderung mit den Worten geschlossen: *Warten Sie! (phonetisch), warten Sie! (phonetisch).*

von Haesten: Das Telephonat sei von Herrn von Payer richtig wiedergegeben. General Ludendorff meinte, 14 Tage würden wir wohl noch halten können, aber dann könne die Krisis eintreten und deshalb sei eine Verzögerung von 4 Tagen schon viel. Im Großen Hauptquartier sei man sich auch über die Schwierigkeiten der neuen Regierungsbildung nicht hinreichend klar gewesen.

von Payer: Das Telephonat sei keineswegs das einzige Drängen gewesen.

. . . (Folgt Beratung anderer Fragen.)

Nr. 43.

Telegramm.

G r. H a u p t q u a r t i e r, 11. Oktober 1918.

An

Herrn Oberst von Haesten

Berlin.

Zum Schreiben des Reichskanzlers vom 8. Oktober 1918¹⁾ an mich bitte ich, folgende Antwort zu übermitteln:

Seite 1 zu 1: Die Rheinprovinz kann noch längere Zeit gehalten werden, da sie von unsern jetzigen Stellungen weit entfernt liegt. Auf Elsaß-Lothringen ist jedoch jederzeit ein Angriff möglich, wenn auch augenblicklich nicht wahrscheinlich.

Seite 1 zu 2: Die Gefahr des Zusammenbruchs hat immer bestanden. Ich befürchte ihn nicht. Er ist aber möglich.

Seite 2 zu 3: Es kann noch mehrere Wochen mit Großangriffen gerechnet werden. Werden sie vom Feinde eingestellt, so ist der Gefahrenpunkt überschritten.

Seite 2 zu 4: Ja, durch Ausschneiden von Reserven. Möglichkeit der Ruhe für großen Teil des Westheeres, Heranziehung allen verfügbaren Ersatzes (Einstellung des Jahrganges 1900).

Seite 2 zu 5: Der monatliche gegen Ausfall nicht gedeckte Fehlbetrag an Mannschaften beträgt mindestens 70 000 Mann. Der Materialersatz ist hinreichend.

Seite 2 zu 6: Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja.

Seite 2 zu 7: Eine levée en masse bringt keinen ausreichenden Kräftezuwachs, wohl aber energische Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erfassung des tatsächlich noch vorhandenen Materials.

Seite 3 zu 1: Keine bedingungslose Annahme, sondern Gegenbedingungen.

Zu 1a: Ja.

Zu 1b: Es muß eine Demarkationslinie bestimmt werden. Die Neutralität Belgiens muß erreicht werden.

Zu 1c: Die Erklärung kann gegeben werden.

¹⁾ Oben Nr. 36.

Seite 3 zu 2: Jenerhalb 2 bis 3 Monaten. Die Mündung muß abhörlings erfolgeu.

Seite 4 zu 3: Wenn die Sitzung sofort ausgesetzt wird, ja.

Seite 4 zu 1: Nein.

gg. Eubendorff.

10 Uhr nachmittags. 11. Oktober 1918.

Nr. 44.

Besprechung

am 12. Oktober 1918.

Auszug.

Bamford:

Der Herr Reichsfangler,

Ergellung von Vapen,

• Graf Nöbden,

• von Krauß,

• Freiherr von Stein,

• Dr. Wolf,

• Ritter von Mann,

• Müllin,

• Gruber,

• Ergberger,

• Friedberg, jedoch als Vertreter der nationalliberalen Partei,

• Gschöck,

Staatssekretär z. D. Wahnjaffe,

• Gwalb,

• von Stamm,

Oberst von Saeften,

Ministralbiktor Penckelmaier.

Oberst von Saeften teilt den Wunsch des Reichsmarschalls mit, daß die Besatzung angeschlossen wird, daß auch die Militären Amerikas sich auf die 14 Punkte festlegen. Es steht darin eine Absicherung gegen weitergehende Einmischungen.

Oberst von Saeften erwidert, daß Reichsmarschall von Sodenburg in der Nacht nochmals habe bitten lassen, was von ihm empfohlene Gesatz mit dazufügen. Die Staatssekretäre von Krauß und Graf Nöbden beschreiben das, ebenso der Staatssekretär Ergberger.

Oberst von Saeften schlägt folgende Fassung vor: »Die deutsche Regierung stimmt an, daß auch die anderen Regierungen der Militären sich auf den Boden der Ausdehnung der Präsidenten stellen.« Die Staatssekretäre Wolf, von Krauß, Ergberger erklären sich für annehmbar.

... Ergberger Wolf verliert nochmals den Tag der Note mit dem Gesatz der D. S. C.

Auf die Frage des Reichskanzlers, ob alle Herren einig seien, erklärt

Kitter von Mann sich einverstanden, obwohl er im Zweifel sei, ob Wilson als Idealist oder als Trustmagnat handle. Aber die Kriegslage sei entscheidend. Vom Marinestandpunkt werde zwar durch Rückzug und Waffenstillstand sehr viel aufgegeben (Aussehen des U-Boot-Krieges, 500 000 t im Monat, mögliche Besetzung Hollands, der Schelde durch England, Bedrohung Wilhelmhavens). L u d e n - d o r f f s Ansicht aber sei entscheidend. Er nähme die Fassung der Note an.

Exzellenz von Baher: Ist jetzt auch die D. H. V. einverstanden?

Oberst von Haefen erklärt, er glaube es. Er wird sofort das nötige feststellen.

Exzellenz Graf Hödern weist darauf hin, daß der Feldmarschall positiv zustimmen müsse, nicht nur seine Bedenken zurückstellen.

Nr. 45.

Staatssekretär des
Reichsmarineamts.

Berlin, den 12. Oktober 1918.

Eure Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage Niederschrift meiner Stellungnahme in der Sitzung der Staatssekretäre vom 12. Oktober zu der an den Präsidenten abzufsendenden Antwortnote ergebenst zu übersenden.

gez. M a n n.

Berlin, den 12. Oktober 1918.

An
den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Herrn Dr. S o l f, Exzellenz

H i e r.

N i e d e r s c h r i f t.

Heute wurde die Beratung der Antwortnote an Präsident Wilson fortgesetzt und beendet. Nachdem General Ludendorff erklärt hatte, daß die Armee durchbrochen werden könne, daß ein weiteres Halten der Westfront einem Hasardspiel gleich käme, daß die Armee Ruhe brauche, um sich zu erholen, nachdem sich ferner Generalfeldmarschall von Hindenburg mit dem Text der Note einverstanden erklärt hat und nur einen Zusatz wünschte, der auch Aufnahme fand, habe ich in der Sitzung der Staatssekretäre etwa folgendes erklärt:

Schweren Herzens stimme ich der Antwort zu, nachdem die höchsten militärischen Autoritäten die Lage der Armee, wie geschehen, geschildert haben. Ich bin mir darüber klar, daß wir uns durch die Antwort vollständig in die Hand Wilsons geben, ob des Idealisten, Völkerbeglückers Wilson, der durch Herbeiführung eines gerechten dauernden Weltfriedens der größte Mann des Jahrhunderts wird, ob des Wilson, der an der Spitze der Trustmagnaten und großkapitalistischen Gruppe uns wirtschaftlich erdroffeln wird,

das weiß ich nicht. Ist das letztere der Fall, so haben wir wohl — was gestern zur Diskussion gestellt wurde — das Recht, nach Rückzug auf die deutschen Grenzen weiter zu kämpfen. Ob wir aber die Macht haben, dann noch erfolgreich weiter zu kämpfen, ist eine andere Frage. Es liegt mir fern, die Ansicht Ludendorffs, daß die deutsche Grenzfront zu halten ist, zu kritisieren. Ich weise aber nur hin auf das, was die Marine angeht, auf die Gefahr, die dem deutschen Industriegebiet durch feindliche Kanonen und Zieger droht. Auf die Gefahr, der der U-Boot-Stützpunkt Emden und der Flottenstützpunkt Wilhelmshaven ausgesetzt ist, wenn die Entente durch Holland in die Schelde eindringt. Antwerpen haben wir ja geräumt. Ferner geben wir der Entente einen ungeheuren Vorteil durch die Einstellung des U-Boot-Krieges für den Fall, daß die Friedensverhandlungen wieder abgebrochen werden. Das bedeutet für uns einen Ausfall an Versenkungen von monatlich 4 bis 500 000 t. Wir legen also die einzige Offensivwaffe, die wir noch besitzen und die zum guten Frieden führt, dadurch mit Sicherheit lahm. Nachdem ich diese Bedenken vorgebracht habe, muß ich sie in Anbetracht der Stellungnahme der D. S. L. zurücksetzen.

Nr. 46.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, 12. Oktober 1918.

Ich und General Ludendorff stimmen dem vom Obersten von Haesten am 12. Oktober 12 Uhr 30 Minuten telephonisch mitgeteilten Wortlaut der Antwort an Wilson zu.

von Hindenburg.

Nr. 47.

Deutschlands zweite Note.

Berlin, den 12. Oktober 1918.

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung:

»Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Ansprachen als Grundlagen eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einverständnis mit der österreich-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes dem Räumungsvorschlage des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

gez. S o l f,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Von der zweiten Note Wilsons bis zur Antwort darauf. Nr. 48 bis Nr. 66.

Nr. 48.

Wilson's zweite Note.

Staatsdepartement, 14. Oktober

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen.

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstags berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. Oktober und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Räte der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schaffen. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierungen der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegsführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken durchzuführen, bei denen sie noch verharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegsführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Bewohner, beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einen Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, daß die sie mit Recht mit Schrecken und empörten Herzen hinstarren.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: »Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim, und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht.« Und die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, welche der Präsident in dieser Rede im Auge hat. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln. Der Präsident wird eine besondere Antwort an die K. und K. Regierung von Osterreich-Ungarn absenden. Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

Robert Lansing.

Nr. 49.

Telegramm.

S a a g, den 15. Oktober 1918, 1 Uhr 20 Min. nachm.

Der Kais. Gesandte an Auswärtiges Amt.

Sir Francis Oppenheimer in Soet, der auf Abfahrt nach England, aus Furcht torpediert zu werden, wartet, erklärte in engem Kreise folgendes:

Lloyd George wünsche noch zwei Monate Krieg, weil dann Deutschland derartig besiegt sei, daß es einfach annehmen müsse, was man ihm auferlegen werde. Er will daher Bedingungen stellen, die Deutschland nicht annehmen könne; es sind die in den Sonntagmorgenblättern aufgeführten: Besetzung von Metz sowie der Rheinbrückenköpfe, Abrüstung der Flotte, Übergabe der U-Boote usw. Er erwarte in Deutschland nach Ablehnung eine levée en masse und Kampf bis aufs Messer. Doch werde dieser Endkampf nur 14 Tage währen, worauf Zusammenbruch erfolge. England verstehe unter Abschaffung Autokratie die Abdankung des Kaisers.

gez. M a I t z a n .

Nr. 50.

Telegramm.

G r o ß e s H a u p t q u a r t i e r, den 16. Oktober 1918.

10 Uhr 30 Min. vorm.

Der Herr Staatssekretär a. D. an Auswärtiges Amt.

Feldmarschall von Hindenburg hat folgenden Erlaß an die Armee herausgegeben:

»Die politischen Vorgänge der letzten Tage haben auf das Heer, namentlich auf das Offizierkorps, einen tiefen Eindruck gemacht.

Es ist meine Pflicht, die von Seiner Majestät Allerhöchst berufene Regierung zu unterstützen. Dem Friedensschritt stimme ich zu.

Vor allen andern Armeen hat die deutsche das voraus, daß sie und ihr Offizierkorps nie Politik trieben. Daran wollen wir festhalten.

Ich erwarte, daß das Vertrauen, das mir in guten Tagen geschenkt wurde, auch jetzt sich betätigt.«

gez. S i n g e .

Nr. 51.

Telegramm.

B e r n , B ö r r a c h , den 16. Oktober 1918.
11 Uhr nachm.

Der Kais. Gesandte an Auswärtiges Amt.

Französische gegen Waffenstillstand gerichtete Heße bedient sich besonders des Arguments, Oberste Heeresleitung sei mit Räumung durchaus einverstanden oder wünsche sie sogar, da sie hierdurch Deutschlands Heeres- und Kriegsmaterial vor gänzlicher Niederlage bewahren und sich, was gefährlich und unannehmbar für die Entente sei, günstige militärische Aussichten offen halten könne.

In diesem Sinne wird das eindringliche Betonen deutscher Presse, daß militärische Stellen (Ludendorff) mit Räumung einverstanden seien, von Gegnern stark ausgebeutet.

gez. N o m b e r g .

Nr. 52.

16. Oktober 1918.

Freiherr von Versner telephoniert:

1. Nach seinen Eindrücken sei die alsbaldige Einstellung des gesamten U-Boot-Krieges erreichbar, falls wir diese aus politischen Gründen für notwendig halten sollten.

2. Er empfiehlt, die morgige Anwesenheit des General Ludendorff dazu zu benutzen, um ihn auf die Möglichkeit vorzubereiten, daß der Gegner auch noch die Räumung deutschen Gebietes (z. B. Metz und Straßburg) verlangen könnte. Es wäre mit dem General zu überlegen, wie weit einer solchen Forderung eventuell nachgegeben werden könnte.

3. Im Großen Hauptquartier seien vereinzelte Stimmen laut geworden, die dafür eintreten, daß nunmehr der deutsche Oberbefehlshaber unmittelbar mit den feindlichen Oberbefehlshabern in Verbindung treten möge. Freiherr von Versner hält diesen Gedanken für höchst bedenklich, da wir uns bei der augenblicklichen Stimmung der feindlichen Armee eine glatte Abfuhr holen würden und befürwortet dringend, weiter an dem Weg über Wilson festzuhalten.

4. Baron Versner stellt zur Erwägung, ob nicht das Hauptquartier statt nach Gomburg besser nach Berlin oder einer näher gelegenen Stadt (Potsdam oder Brandenburg) zu verlegen wäre, damit die technischen Schwierigkeiten des Gedankenaustausches zwischen politischer und militärischer Leitung verringert würden.

gez. von Rosenberg.

Nr. 53.

Telegramm.

Stockholm, den 16. Oktober 1918.

Der Kais. Gesandte an Auswärtiges Amt.

Ich höre aus schwedischen Kreisen, die zur Entente gute Beziehungen haben, daß das andauernde militärische Zurückgehen die Forderungen unserer Gegner immer mehr steigert. Besonders wollen Franzosen und Amerikaner den Krieg nach Deutschland hineintragen. Jeder auch nur kleine Erfolg würde im jetzigen Augenblick den Einfluß besonnener Elemente in Frankreich und England wesentlich stärken.

gez. Lucius.

Nr. 54.

Besprechung

der Staatssekretäre vom 16. Oktober.

Auszug.

Anwesend:

Der Reichskanzler,
Der Vizekanzler,
Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes,
Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes,
Oberst von Haefsten für die Oberste Heeresleitung,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Ministerialdirektor Deutelmoser,
Die Staatssekretäre Groeber, Haußmann, Scheidemann.

von Paher wies darauf hin, daß die Oberste Heeresleitung anrege, eine Propaganda für die letzte Verteidigung zu schaffen. Das Kabinett sei der Meinung, daß dazu jetzt noch nicht die Zeit sei. Erst müsse das Kabinett sich entschließen, was auf die Wilsonsche Note geschehen solle. Einstweilen seien öffentliche Versammlungen und Reden über die Lage unerwünscht. Man müsse klar sehen, ob die Truppen aus dem Osten weggezogen werden könnten.

Oberst von Haefsten bemerkt, daß Erzellenz Ludendorff morgen in Berlin eintreffen werde. Die Fragen, die ihm zu stellen seien, würden noch mit dem Kriegsministerium präzisiert. Schon jetzt aber bitte die Oberste Heeresleitung folgende Gegenfragen zu beantworten:

1. Läßt die innere Lage zu, daß sämtliche Truppen vom Osten nach dem Westen gebracht werden oder besteht die Gefahr, daß der Bolschewismus ins Land kommt?

• 2. Wird das deutsche Volk, nicht nur die Kreise der Gebildeten, sondern in seinen breiten Massen in den Kampf bis zum äußersten mitgehen, wenn es das Bewußtsein hat, daß sich dann unsere militärische Lage genügend verstärkt, um das Eindringen der Feinde über die Landesgrenze zu verhindern, oder ist die moralische Widerstandskraft so erschöpft, daß diese Frage nicht unbedingt bejaht werden kann? Dabei handele es sich nicht um Zwang, sondern um freien Willen.

Solf bezeichnet das Telegramm der Obersten Heeresleitung, das diese Fragen stelle, als ein außerordentlich gefährliches Dokument. Zwischen den Zeilen liege mehr als ein Appell an das deutsche Volk, sich zusammenzuraffen, nämlich der Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben. Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sage man: die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen; sie paßt schlecht zu den eigenen Worten des Generals Ludendorff, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine levée en masse nicht möglich ist. Sehr prekär sei auch die zweite Frage, ob man die Truppen auf Gefahr des Bolschewismus vom Osten wegziehen könne. Laute die Antwort nein, so werde die Oberste Heeresleitung behaupten, sie hätte die militärische Lage mit den Verstärkungen halten können. Glaube sie wirklich, daß die geringen Truppen im Osten das Kräfteverhältnis ändern könnten? Man müsse den Generalfeldmarschall bitten, solche Telegramme nicht mehr hierher zu schicken.

Scheidemann: Die Frage muß mit General Ludendorff auf das eingehendste besprochen werden. Auch ich meine, daß hier der Tatbestand verschoben werden soll. Das Telegramm der Obersten Heeresleitung sei allerdings vor Bekanntwerden der Antwort Wilsons abgegangen. Jetzt biete die Empörung der öffentlichen Meinung ihm scheinbar einen Rückhalt. Dies sei auch erklärlich, das dürfe uns aber nicht irre machen, wir müßten versuchen, uns an die Stelle der Gegner zu versetzen und den Tatbestand objektiv zu würdigen.

Sehr wichtig für den Ton der Antwort seien die Verwüstungen und Plünderungen.

Dazu komme das schreckliche Unglück mit dem Passagierdampfer, bei dem 600 Passagiere, darunter sehr viele Frauen und Kinder, umgekommen seien. Das wirke furchtbar aufreizend. Der U-Bootkrieg sollte sogleich aufhören; die paar Schiffe die man noch versenke, kämen nicht mehr in Betracht.

Auch mit der Amnestie solle man entschieden vorgehen. Alle seien einig gewesen, daß sie Liebknecht zugute kommen sollte, nur Unterstaatssekretär K habe diesen Beschluß zu Falle gebracht. Dieser Mangel an Weitblick führe dazu, daß man keine Konzessionen mit großer Geste mache, wenn es Zeit sei, sondern verspätet unter Druck und ohne Wirkung auf die Stimmung.

Die Stimmung wäre jetzt noch durch den Brief des Kaisers vergiftet, den die Izwestija veröffentlicht habe. Der Brief stamme zwar aus dem Jahre 1895, seine Angriffe auf die Reichstagsparteien wirkten aber deshalb nicht weniger stark. Glaube man wirklich, daß die Neigung im Volke noch groß sei, einen Finger krumm zu machen, um den Kaiser zu halten? Das Volk sei sich jetzt der Lage bewußt. Es gäbe ein Unglück, wenn man jetzt noch Rücksicht nehmen wollte. Am wenigsten auf Unterstaatssekretäre,

die sich in die neue Lage nicht finden könnten. Es gehe nicht mehr länger, daß das Kabinett beschließt und die Geheimräte machen was sie wollen.

Jedenfalls dürfe man Wilsons Note nicht beantworten, bis man nicht mit General Ludendorff gesprochen habe. Er müsse uns sagen, wie es militärisch stehe, und wir wollen ihm die Stimmung schildern. Sie sei fürchterlich. Es sei nicht die Empörung wegen der Forderungen der Gegner, sondern die Verweifung, daß man immer noch nicht das nötige tue, sondern die Reformen tropfenweise gebe.

Groeber teilt die Auffassung des Herrn Solf über das Telegramm der Obersten Heeresleitung. General Ludendorff habe bei der Beratung des Waffenstillstandsgesuchs gesagt, er habe monatlich ein Defizit von 70 000 Mann und wisse keinen Weg, dieses Defizit zu decken. Wenn jetzt ein Aufruf gemacht werde, müsse er doch das Ergebnis haben, das Defizit zu beseitigen. Es müsse festgestellt werden, ob dazu die militärischen Kräfte noch aufgebracht werden könnten, und zwar mit genauen Zahlen. Dann erst könne man die Fragen der Obersten Heeresleitung prüfen, Fragen von außerordentlicher Tragweite für Deutschland und für die Randstaaten. Man könne doch unmöglich die Randstaaten, die man geschaffen habe, und die einen militärischen und wirtschaftlichen Wall gegen den Osten bilden sollten, dem Bolschewismus ausliefern.

Vielleicht habe man versäumt, in der Zwischenzeit eine Polizeitruppe aus der Bevölkerung zu bilden, das sei jetzt zu spät. Darum glaube er nicht, daß dort viele Truppen verfügbar seien.

Es genüge nicht, nur Excellenz Ludendorff zu fragen, sein Urteil sei nicht mehr allein maßgebend. Man müsse sich mit andern Heerführern im Westen ins Benehmen setzen. Das Kabinett brauche diese Rückdeckung, und zwar aktenmäßig.

Weiter sei der Staatssekretär des Reichsmarineamts darüber zu hören, ob sich Verfälle wie bei Versenkung des »Leinster« nicht vermeiden lassen. Was den Aufruf zum Endkampf anlange, so sei es widerspruchsvoll, das ganze Volk einschließlich der deutschen Polen zur Hergabe des letzten Blutstropfens aufzufordern und dabei die Ausnahmegehalte nicht aufzuheben. Das entspräche nicht der großen Gefahr, in der wir schweben.

Was habe es für einen Zweck, wenn das Kabinett sich abmühe, Mittel zur Besserung der Lage zu finden und dann die wichtigsten Punkte nicht durchgeführt würden. In der Frage Liebknecht lasse sich manches Für und Wider sagen, aber man habe beschlossen, ihn zu amnestieren, dann dürfe nicht gesagt werden, das sei unmöglich, damit werde das Kabinett entwertet.

Scheidemann: Und die Amnestie ebenfalls.

Groeber: Diese Fehler machen einen Aufruf gegenwärtig unwirksam.

Man müsse aber General Ludendorff fragen: Wie denke er sich die Durchführung — wie lange soll sie wirken? Je länger man gegen die Übermacht kämpfe, mit um so schwereren Rückschlägen müsse es enden. Im Anfang des vorigen Jahrhunderts sei es anders gegangen, weil die Voraussetzungen vorgelegen hätten.

von Payer unterstützt den Antrag, auch andere Heerführer zu hören und fragt, ob die früheren Angaben des Generals Ludendorff festgelegt seien.

von Haefen erwidert, die Aufzeichnungen darüber lägen teils in der Reichskanzlei, teils im Auswärtigen Amt.

Graf Rüdern bezweifelt, ob die andern Heerführer zugezogen werden könnten.

von Hofstaer bestätigt, daß während dieses schweren Kampfes die Herrscher nicht abgerufen werden könnten und nimmt die Oberste Herrschinung gegen die Ansicht in Schutz, als ob sie eine Verschönerung der Verantwortlichkeit beabsichtigt habe, in dem er die Entschuldigungsgründe des Telegramms herlegt. Er nehme an, daß Czolleky Ueberdross von dem Telegramm überhaupt keine Kenntnis habe.

von Payer meint, daß eine schriftliche Auskunft der andern Herrscher nicht genügt, sie müssen sich von dem Kabinett im Notfall durch ihre Generalstabschefs vertreten lassen. Ohne eine Kaufsache mit ihrem Name das Kabinett die Verantwortung vor dem Vaterland nicht tragen.

Der Reichskanzler erklärt, wegen der Abführung anderer Herrscher habe er Seiner Majestät Vortrag gehalten und erwarte noch im Laufe des Tages die Entscheidung des Kaisers, von der kein weiteres Schicksal abhängig seien. Man müsse damit rechnen, daß Hindenburg und Ueberdross die Führung persönlich führen würden, wenn aber die Nachrichten für das Kriegskabinett nötig seien, müsse das Erscheinen der selben fernem beanlagt werden.

Mr. 85.

Sitzung

des kaiserlichen Kabinetts vom 17. Oktober 1918.

Anwesend:

Der Reichskanzler,
der Sigelkanzler,
die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes, des
Reichsjustizamtes,
der Vizepräsident des Preussischen Staats-
ministeriums,
Die Staatssekretäre Groeber, Haschmann, Scheibemann,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Ministerialdirektor Deutelmoser.

Der Reichskanzler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten mit der Mitteilung, daß er ein Telegramm Seiner Majestät erhalten habe, wesshalb außer dem Ersten Generalquartiermeister noch andere Herrscher zu hören sein würden. Dies habe er dem General Ueberdross mitgeteilt. Der General habe in großer Bewegung gratuliert, dann wolle er sofort seinen Abschied nehmen und mit ihm Generalfeldmarschall Hindenburg. Es müsse jetzt erwoogen werden, wie man sich zu dieser Folge stellen solle. Seiner Ansicht nach solle man zunächst die Kaufsührungen Ueberdross entgegennehmen und sich erst dann entscheiden.

Solf berichtet, daß ihn heute morgen zu ungewöhnlich früher Stunde der Abgeordnete Niefer angesetzt und ihm gesagt habe, das Vertrauen der nationalliberalen Partei auf General Ueberdross sei so erschüttert, daß sie erwarte, die Regierung werde sich bei ihrem Entschluß nicht nur auf Hindenburg und Ueberdross stützen, sondern auch andere Feldherren hören.

von **Waher** meint, man solle diese Frage nicht in Gegenwart Ludendorffs erörtern, sondern zunächst das Ergebnis seiner Ausführungen abwarten. Vielleicht würden diese Ausführungen befriedigen, vielleicht werde man noch andere hören müssen.

Graf Roedern fragt, ob Seine Majestät die Heerführer herkommen lassen wolle.

Der **Reichskanzler** erklärt, das sei nicht möglich, man würde dadurch die militärische Lage gefährden.

Scheidemann findet den Wunsch, andere Heerführer zu hören, sehr begreiflich; er müsse aber in einer Form erfüllt werden, die Hindenburg und Ludendorff jeden Anlaß nehme, die angegebenen Konsequenzen zu ziehen. Es müsse doch den beiden Feldherren selbst recht sein, wenn man noch andere zuziehe und ihnen dadurch die ungeheure Verantwortung zum Teil abnehme.

Der **Reichskanzler** erwidert, das habe er General Ludendorff alles vorgestellt, Ludendorff habe aber geantwortet, das sei ein Mißtrauensvotum. Das habe er bestritten und betont, es sei nicht nur der Wunsch Seiner Majestät, sondern auch der allgemeine Wunsch der Bevölkerung und eigentlich so selbstverständlich, daß niemand begreifen würde, wenn die Feldherren deshalb zurückträten.

Friedberg bestätigt, daß das Publikum nicht begreifen würde, wenn hier das Schicksal Deutschlands auf den richtigen Blick von zwei Augen gestellt würde. Auch früher sei doch in entscheidenden Zeiten ein Kriegsrat zusammengerufen worden. Wenn man bedenke, daß es gerade ein Kriegsrat war, der die Absetzung Falkenhayns und die Berufung Hindenburgs beschloß, könne doch jetzt die Abhaltung eines Kriegsrats für die beiden Feldherren kein Grund zur Abdankung sein.

Der **Reichskanzler** wiederholt, daß er alles dies schon Ludendorff gesagt habe; es habe nichts genützt. Es frage sich also nur, ob man den Abschied der beiden verantworten könne.

Hauptmann meint, das würde namentlich wegen Hindenburg geradezu katastrophal wirken. Gerade die Leute, die jetzt den beiden Feldherren das Vertrauen zu versagen schienen, würden nach ihrem Abgang es der jetzigen Regierung zum Vorwurf machen, in dieser Kriegslage Deutschland um die beiden anerkannten Feldherren gebracht zu haben.

Groeber erklärt, der Abgeordnete **Stresemann** habe ihm vor kurzem mitgeteilt, seine ganze Fraktion, er glaube einstimmig, hege den Wunsch, daß noch andere Heerführer gehört würden.

Der **Reichskanzler** fragt den Staatssekretär **Scheidemann**, was er von der Wirkung auf die breiteren Volksmassen halte.

Scheidemann erklärt, das lasse sich schwer beurteilen. In Arbeiterkreisen sei das Vertrauen auf Ludendorff nicht erst jetzt erschüttert worden, sondern es fehle schon seit Jahr und Tag; nicht sowohl militärisch als vielmehr politisch, da habe er einen ganz schlechten Ruf.

von Waher schlägt vor, eine Form zu suchen, die nicht verlegend wirke; vielleicht berufe Hindenburg selbst einen Kriegsrat zusammen, dessen Beschlüsse der Regierung mitgeteilt würden, damit sie ihre Entscheidung danach treffe. Zunächst solle aber einmal in die sachliche Erörterung eingetreten werden. Sage Ludendorff, die Lage sei verzweifelt, wir können die Front nicht mehr halten, so müsse man noch andere hören.

Der **Reichskanzler**: Das tue Ludendorff nicht.

von **Bayer**: Sage **Ludendorff**, daß wir uns noch halten können und nicht jede Bedingung anzunehmen brauchen, so würde er keinen Wert mehr auf die Vernehmung anderer **Heerführer** legen.

Der **Reichskanzler** stimmt dem insoweit zu, als zunächst die sachliche Erörterung beginnen solle.

Graf Hoeben wirft die Frage auf, ob es nicht denkbar sei, daß der Kaiser den **Generalfeldmarschall** bewege, das höchste Opfer zu bringen und auch ohne **Ludendorff** zu bleiben.

Der **Reichskanzler** erwidert, wenn dies auch nicht ganz unmöglich sei, so sei es doch sehr unwahrscheinlich, weil **Hindenburg** sich doch sehr mit **Ludendorff** identifiziert habe. **Ludendorff** sei der, der die Entschlüsse fasse. Auch darüber könne man später sprechen.

Nr. 56.

Fragebogen

als Grundlage der Besprechung mit **General Ludendorff**

am 17. Oktober 1918 (Nr. 57).

1. Wie lange kann bei Fortsetzung des Krieges durch äußerste Anspannung der **Bollkraft** der Krieg so geführt werden, daß die Feinde von den deutschen Landesgrenzen ferngehalten werden?

2. Wie stark ist zur Zeit das **Westheer** einschließlich der Besatzungstruppen in **Belgien** und **Nordfrankreich**?

3. Wie stark sind die im **Osten** stehenden Kräfte?

4. Wie lange Zeit wird es in Anspruch nehmen, bis die sogenannte **levée en masse** für unsere Lage an der **Westfront** wirksam wird?

5. Wie lange Zeit nimmt die Überführung der im **Osten** entbehrlichen **Streitkräfte** nach dem **Westen** in Anspruch?

6. Kann eine **Garantie** dafür übernommen werden, daß die **Westfront** in ihrer jetzigen Stärke keine **Katastrophe** erleiden wird, bevor ihr der **Kräftezuwachs** aus dem **Osten** und der **Heimat** zugeführt ist?

7. Wieviel Kräfte können dem **Westheere** zugeführt werden

a) aus der **Heimat**,

b) aus dem **Osten**?

8. Wie hoch ist der **Kampfwert** der Verstärkungen zu bemessen

a) aus der **Heimat**,

b) aus dem **Osten**?

9. Wird durch eine **Entblößung** der östlichen Gebiete von den deutschen Truppen die **Ölzufuhr** für **Heer** und **Heimat** so in Frage gestellt, daß dies uns zum vorzeitigen **Friedensschluß** oder zur Aufgabe des **U-Boot-Krieges** zwingen kann?

10. Über wie starke **Reserven** verfügen zur Zeit noch unsere Feinde:

a) **Amerikaner**,

b) **Engländer**,

c) **Franzosen**,

d) **Italiener**?

11. Wie lange ist hiernach noch mit **Großangriffen** an der **Westfront** in diesem Jahre zu rechnen?

12. Besteht bei einem Ausscheiden Österreich-Ungarns als Bundesgenossen die Wahrscheinlichkeit der Überführung des italienischen Heeres nach der Westfront?
13. Wie stark ist das italienische Heer?
14. Besteht die Möglichkeit des Wiedererstehens einer neuen Südostfront?
15. Wie hoch ist der Kampfwert der russischen roten Armeen zu bewerten?
16. Besteht die Möglichkeit des Wiedererstehens einer neuen Ostfront?
17. Besteht die Möglichkeit, daß im Laufe des nächsten Jahres die noch neutral verbliebenen europäischen Mächte von unseren Feinden gezwungen werden, in den Krieg gegen uns mit einzugreifen?
18. Wieviel Amerikaner werden im Durchschnitt monatlich nach Frankreich überführt?
19. Wie stark wird voraussichtlich das amerikanische Heer an der Westfront im nächsten Frühjahr sein?
20. Wie hoch kann die Stärke der alliierten feindlichen Armeen (Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener) an der Westfront im nächsten Frühjahr geschätzt werden?
21. Wird sich bis zum nächsten Frühjahr unsere militärische Lage gegen jetzt verschlechtern oder verbessern?

Nr 57.

Große Sitzung

vom 17. Oktober 1918.

Anwesend:

Der Reichskanzler,
 Der Vizekanzler,
 Der Kriegsminister,
 Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes, des Reichsschatz-
 amtes, des Kriegsernährungsamtes, des Reichsmarineamtes,
 Der Chef des Admiralstabs der Marine,
 Der Vizepräsident des Preuß. Staatsministeriums,
 Die Staatssekretäre Groeber, Hausmann, Scheibemann,
 Unterstaatssekretär Böppert,
 Unterstaatssekretär von Stumm,
 Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
 Ministerialdirektor Deutelmoser,
 General Lubendorff,
 General Hoffmann,
 Oberst Heye.

Der Reichskanzler: Die Lage, in der wir uns befinden, ist die Folge des Schrittes, den wir am 5. Oktober getan haben. Damals war es der dringende Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß wir die Friedensnote und das Waffenstillstandsersuchen an den Präsidenten Wilson gerichtet haben. Es kam die Rückfrage, die wir beantwortet haben. Jetzt liegt eine neue Note vor, die eine Steigerung der Forderungen Wilsons enthält, und über die wir uns schlüssig machen müssen. Wilson ist offenbar durch die

amerikanischen Chauvinisten und durch den Druck Frankreichs und Englands in eine schwierige Lage geraten und, wie ich hoffe, hofft er selbst, daß wir ihm die Möglichkeit geben, mit uns weiter zu verhandeln und den Widerstand der Kriegstreiber zu überwinden.

So stelle ich mir die Lage vor. Es würde nun, ehe wir die Note an Wilson abgehen lassen, klarzustellen sein, was die militärische Lage Deutschlands fordert. Zu diesem Zweck haben wir Euerer Exzellenz gebeten, herzukommen und uns Auskunft zu geben. Wir haben Euerer Exzellenz eine Anzahl formulierter Fragen vorgelegt, über die wir erwarten, Auskunft zu erhalten. Euerer Exzellenz haben andere Fragen an uns gestellt, die wir im Laufe der Erörterung beantworten werden.

Die erste Frage ist die, ob dadurch, daß die Divisionen vom Osten herübergezogen werden, die Front im Westen so gestärkt werden kann, daß man auf ein längeres Durchhalten rechnen darf.

Die zweite Frage geht dahin, ob durch stärkere Zuführung von Truppenmaterial aus der Heimat erreicht werden kann, daß die Armee eine Kräftigung zum weiteren Durchhalten erfährt.

General Eudendorff: Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Krieg eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde, ob Rennkampf marschieren würde, oder nicht. Er ist nicht marschiert und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Krieg Soldatenglück, vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück.

Ich kann Ihnen nur meine Überzeugung sagen. Die Verantwortung dafür, was ich sage, trage ich und habe sie getragen vier lange, schwere Jahre.

Wenn man mich fragt, ob die Ostdivisionen einen Umschwung herbeiführen werden, so frage ich dagegen, was können wir aus dem Osten wegführen. Ich habe darüber mit Hoffmann gesprochen. Wir haben jetzt drei Divisionen locker gemacht durch Räumung Weißrußlands; aber das geht nur langsam. Wir haben in dem Gebiet noch große Haferbestände. Hafer wird uns im nächsten Jahr besonders fehlen; das ist zu bedenken.

Also drei Divisionen kommen. Einen Umschwung kann man mit drei Divisionen nicht herbeiführen; aber der Soldat muß alles zusammenziehen, was er kriegen kann. Früher konnten wir das nicht, weil wir die weitere Grenze gegen die Bolschewiken schützen mußten, bis wir das Geld bekamen. Wieviel haben wir denn jetzt im Osten?

Oberst Hehe: Noch 24 Divisionen. Oberost hat davon noch 7.

General Hoffmann: 7 hat Oberost, 5 stehen in der Ukraine, 12 in Rumänien.

General Eudendorff: Dazu kommt die Frage, können wir die Ukraine aufgeben, oder nicht? Die Oberste Heeresleitung ist im Einverständnis mit der Reichsleitung in die Ukraine einmarschiert, weil wir das Land für die Ergänzung unserer Wirtschaft brauchten, und weil wir die Ostfront der Feinde sprengen mußten. Können wir auf die Ukrainewirtschaft verzichten, und können wir die Gefahr auf uns nehmen, daß die Ukraine bolschewistisch wird, so können wir auch die Divisionen herausholen.

Wirtschaftlich glaube ich, daß wir die Ukraine unbedingt brauchen, auch militärisch. Die könnten den Krieg im Westen nicht ohne die Ukraine führen; es unsere Landwirtschaft nach so viel liefern kann, weiß ich nicht. Ich möchte dann um eine andere Direktion für die Behandlung der Offiziere bitten, als sie mir im März gegeben worden ist.

Der Reichskanzler: Würde die Wegziehung der Offiziere die Wehrkraft so stärken, daß sie halten kann?

General Lubenski: Das ist ebenfalls in gewissem Maße der Fall. Es hängt sich nur, ob die wirtschaftlichen und politischen Nachteile und die Gefahr im Innern nicht schwerer wiegen.

Der Reichskanzler: Würden die neuen Truppen unserem Wehrort eine solche Stoßkraft geben, daß die Feinde an den Verhandlungstisch gedrückt würden?

General Lubenski: Nein, Stoßkraft haben diese Truppen nicht mehr. Wir haben alles Gute schon herausgenommen. Sie haben keine Stoßkraft mehr, aber eine gewisse Widerstandskraft. Es darf nicht unterschätzt werden, daß die Truppen im Osten nicht mehr den Geist haben, wie die im Westen; darüber spricht vielleicht General Hoffmann.

Der Reichskanzler: Noch eine Frage vorher. Es würde also durch die Zugziehung der Truppen aus dem Osten nur der Zeitpunkt hinausgeschoben werden, den wir Anfang Oktober gekommen glaubten, und kann die Lage wieder eintreten, die uns gezwungen hat, den Friedensschritt zu tun?

General Lubenski: Es kommt darauf an, was uns die Feinde noch gibt. Es ist eine Strafzusage.

Der Reichskanzler: Ich bitte General Hoffmann, das Wort zu nehmen.

General Hoffmann: Die Divisionen im Osten bestehen aus Leuten zwischen 35 und 45 Jahren. Die besten Gebiete, die sie besetzt halten, die Versackungen, die an sie heranrücken und denen sie häufig unterliegen, sei es durch Bestreichung der ostjüdischen Säbiler, sei es durch bolschewistische Desorganisation, haben die Truppen nicht leiden lassen. Vor Abgabe der letzten Formationen hatten wir in Litauen auf ungefähr 18 Quadrat-Kilometer einen Soldaten. Die Truppe steht seit Monaten gestirnt in einzelnen Desfilierungen, wenig drauffähig, und die bolschewistischen Feinde verstanden mit der Bestreichung haben sie überhandgenommen.

Wogegen können wir nur 10 Divisionen, denn wir brauchen 2 Divisionen und die Kavallerie, um die Grenze nach der Ukraine zu sperren.

Daß die Divisionen zu einem Angriff nicht mehr brauchbar sind, möchte ich wiederholen. Deshalb haben sie noch Kampf. Ihre Ostaufgabe erfüllen sie gänzlich. Ich würde mich sogar erheuchelt machen, im Osten noch einmal mit ihnen anzugreifen. Aber gegen die Nachmittel der Feinde im Westen sind sie nicht mehr zu verwenden.

Der Reichskanzler: Sie würden also die Begriffe an sich für möglich halten?

General Hoffmann: Wenn wir wegziehen wollen, ist es sehr hohe Zeit. Ich brauche drei Monate, um die Truppen aus der Ukraine herauszuführen. Wir können dort nur zwei bis drei Tage täglich kaufen lassen, was wegen des Mangels an Schutzwert noch manche ausfallen. Dabei ist mit Sabotage, ja mit Kaffaktionen einer Revolution zu rechnen, wenn die Bahnen von Ukrainern bedient werden. Schon jetzt würde das Streikfeiern der Truppen, wenn ich das ganze Material liegen lassen wollte, besonders auch

die gesammelte Ernte, drei Tage bis zur Schmalspurbahn, sechs Tage bis zur Normalspurbahn in Anspruch nehmen. Diese Zeiten sind aber so errechnet, daß wir keine Vorräte mitnehmen können, die sind dann verloren. Der Truppenchef in Minsk sagt mir, daß er, um die Ernte fortzuschaffen, 500 Püge brauche; die haben wir natürlich nicht. Wir müßten dann die Truppen marschieren lassen.

General Lubendorff: Bis jetzt ist ungefähr eine Million Menschen aus dem Ostgebiet ernährt worden. Diese fallen nun der Heimat zur Last. Der Viehbezug aus der Ukraine hat die Viehbestände der Heimat sehr geschont. Wie gespannt die Lage der Viehverföorgung in Deutschland ist, weiß man. Müßten wir auf das Ostvieh verzichten, so käme die Heimat nach Ansicht des Generalquartiermeisters in die größten Schwierigkeiten. Ich habe gebeten, das auch durch die Reichsleitung feststellen zu lassen. Wir haben bei der Obersten Heeresleitung gerade die Viehfrage für ausschlaggebend gehalten. Aus der Ukraine allein haben wir 140 000 Pferde geholt.

Der Reichskanzler: Wie steht es mit der bolschewistischen Armee, wird sie stärker, kann sie uns bedrohen?

General Hoffmann: Nein, rein militärisch betrachtet wird sie uns in absehbarer Zeit nichts antun können, da haben wir nichts zu fürchten, aber die geistige Bedrohung.

General Lubendorff: Und diese Gefahr ist groß. Der Korbon ist so schwach, daß wir nicht imstande sind, sie von der Heimat fernzubalten.

Der Reichskanzler: Also der Westen wird durch die Osttruppen keine neue Stoßkraft erhalten; aber die verfügbaren 12 Divisionen würden für die Verteidigung wertvoll sein. Um sie herbeizuführen, würde man drei Monate brauchen. Dabei würden wir die Hafenvorräte verlieren, außerdem würde eine große Anzahl von Menschen, die bis jetzt von drüben ernährt worden sind, hier ernährt werden müssen. Euerer Exzellenz stellen jetzt die Gegenfrage, welchen Wert hat die Ukraine in den Augen der Reichsleitung für die Ernährung Deutschlands.

General Lubendorff: Ja. Wir haben anderthalb Millionen Tonnen aufgekauftes Getreide, das schon zu beginnt.

Der Reichskanzler: Ich eröffne hierüber die Debatte.

Graf Roeben: Die beiden Staatssekretäre des Reichswirtschaftsamts und des Kriegsernährungsamts sind nicht anwesend. Es besteht Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen. Das Kriegsernährungsamt wünscht die Ukraine weiter zu benutzen, das Reichswirtschaftsamt ist sehr skeptisch. Soweit ich die Lage aus dem mir mitgeteilten Schriftwechsel übersehen kann, scheint mir die Ansicht des Herrn Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts die begründetere. Jedenfalls ist, was wir für die Zivilbevölkerung aus der Ukraine bekommen haben, außerordentlich geringfügig, sehr viel höher der Wert dessen, was für das Heer geleistet worden ist und jetzt aus der Heimat beschafft werden muß. Hat das Heer noch Viehbestände aus der Ukraine bekommen?

General Lubendorff: Einen Unterschied zwischen Heer und Zivil kann man nicht machen. Es ist ein großer Wirtschaftstopf, und ob das Vieh aus der Ukraine für das Heer oder für das Zivil gebraucht wird, ist gleichgültig. Wir müssen das Vieh haben; woher wir es bekommen, darüber kann ich mir nicht den Kopf zerbrechen. Übrigens kommt noch die Kriegstrohstofffrage dazu. Wir verlieren jetzt auch das Kupferbergwerk Bor, weil die Serben es wieder nehmen; wenn wir auch Belgien

räumen, so wird die Wirtschaftslage so gespannt, daß wir gar nicht wissen, wie wir den Krieg weiterführen wollen. Gehen wir also gleichzeitig im Osten und im Westen zurück, so brechen wir zusammen.

Staatssekretär Goltz: Der Vertreter des Auswärtigen Amtes in der Ukraine hat mir gestern Vortrag gehalten über die dortigen Verhältnisse. Dem wirtschaftlichen Teil seines Berichts möchte ich entnehmen, daß der Wert der Ukraine für die Verpflegung des Heeres ein ganz immenser ist, und da können wir keinen Unterschied machen, wer diese Vorräte zuerst verbraucht. Der wirtschaftliche Wert des Landes ist in jedem Fall sehr beträchtlich.

Ich habe dann Herrn von Munin gefragt, was in der Ukraine geschehen würde, wenn wir die deutschen Truppen wegnehmen. Er war ganz sicher, daß dann die Bolschewiken in der wildesten fürchterlichsten Weise haufen würden. Alle Reichen würden geköpft werden.

General Ludendorff: Auch das müssen wir in Kauf nehmen. Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden trotz aller schauderhaften Folgen.

Graf Hoedern: Die Frage kann nur nach den jetzt vorliegenden Ernteschätzungen beantwortet werden. Dazu brauchen wir den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

Scheidemann: Wenn wir alle diese Fragen der Ernährung und des Bolschewismus beiseite setzen, so bleibt immer noch die Frage, ob die Westfront nach drei Monaten noch stehen wird oder bis dahin ein Durchbruch erfolgt?

General Ludendorff: Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten, ich fürchte ihn nicht.

Der Reichskanzler: Ich gehe auf die zweite Frage über: Ist die Heimat bereit, der Obersten Heeresleitung das nötige Menschenmaterial zur Verfügung zu stellen?

Wir müssen aber auch vorher wissen, ob es technisch möglich ist, das nötige Material auszuheben.

General Ludendorff: Das übersehe ich nicht. Damit habe ich mich seit 1916 redlich bemüht; es ist kaum ein Monat vergangen, daß ich nicht gedrängt habe. Ob die Verstärkungen rechtzeitig kommen? Verstärkungen kommen immer rechtzeitig. Man kann nie wissen im Kriege wie lange eine Aktion dauert. Wie oft habe ich Reserven geschickt, wenn man meinte, sie kämen zu spät, und sie kamen doch nur zur Zeit. Man muß sie schicken und das übrige dem Schicksal überlassen.

Der Reichskanzler: Ich bitte den Herrn Kriegsminister sich dazu zu äußern.

Kriegsminister Scheuch: Es kommen zwei Maßnahmen in Betracht. Die normale allgemeine Ergänzung oder eine starke einmalige, unter Beeinträchtigung der normalen. Für die erste Maßnahme gilt folgendes: der normale Nachschub an Ersatz für das Feldheer ergibt nach den neuesten Berechnungen für Preußen und die anderen Staaten zusammen monatlich 190 000 Mann. Sie können gestellt werden ohne sehr fühlbare Eingriffe in die Heimatswirtschaft. Die einzelnen Zahlen brauche ich hier wohl nicht anzugeben.

Soll das Heer einen einmaligen starken Nachschub erhalten, so berechne ich den auf rund 600 000 Mann. Dabei rechne ich nicht hoch. Die Einzelberechnungen ergeben

sogar 637 000 Mann. In diesem Falle würde der Eingriff schon fühlbar werden. Ich glaube nicht, daß eine erhebliche Minderproduktion an Kriegsgerät eintreten würde, aber die Heimatwirtschaft würde gestört. Die Nachweisung im einzelnen würde man in engeren Kreisen durchgehen können und dann auch in Betracht ziehen, was man an unausgebildeten Leuten erhält. So z. B. den Rest des Jahrgangs 1900, von denen noch 50 000 Köpfe in den Betrieben stecken. Das andere ist schon ausgebildet, zum größten Teil in den Depots, zu einem Drittel in der Heimat. Das ist allerdings dann auch der letzte. Eine Ausbildung ist ja doch nötig für die anderen.

Nun ist aber zu bedenken: wenn wir die 600 000 in die Front hereinbekommen, ist weiterer Ersatz nötig. Dann können wir im Monat nicht mehr rund 190 000, sondern nur rund 100 000 Mann für das nächste halbe Jahr sicherstellen. Den weiteren Ersatz bis zum Herbst 1919 könnte man dann wieder auf 150 000 Mann monatlich ausschlagen, wenn der Jahrgang 1901 früher eingestellt würde. Das Reservoir des nächsten Jahres wäre also gegen Ende September erschöpft.

General Ludendorff: Ich bin unbedingt für den zweiten Fall. Hätten wir diese günstigen Zahlen schon jetzt gehabt, so hätten wir die Krise an der Westfront nicht bekommen. Und wenn ich die Leute bekomme, sehe ich vertrauensvoll in die Zukunft. Ich muß aber die Leute bekommen, und zwar bald bekommen, dann können wir wieder hoffnungsfreudig sein.

Kriegsminister Scheuch: Ich möchte die Versicherung geben, daß ich meine ganze Kraft einsetze, daß diese Zahl eingehalten wird. Dann wollen wir aber nach dieser Richtung auch keinen Tag versäumen.

General Ludendorff: Ich möchte den Herren ein Bild der Lage geben. Vorgestern war die Schlacht bei Ypern. Engländer und Franzosen griffen mit sehr starken Kräften an. Wir wußten das. Wir wollten standhalten. Wir sahen die Gefahr kommen. Es war eine schwere Lage, sich zu sagen, wir werden zurückgedrängt und müssen doch standhalten. Wir sind zurückgedrängt worden, aber es ist gut abgelaufen. Zwar sind Lücken von vier Kilometer Breite in der Front entstanden, aber der Feind hat nicht durchgestoßen, und wir haben die Front gehalten. Was hätten da die Ergänzungen aus der Heimat für eine Bedeutung für uns gehabt.

Die Anspannung des einzelnen Mannes hat einen Grad erreicht, der nicht mehr überboten werden darf. Mann und Offizier haben das Gefühl der Vereinsamung. Wenn der Offizier weggeht, sagen die Leute: »Wohin gehen Sie, Herr Leutnant?« und dann laufen sie weg. Können wir die Lücken zustopfen, so behaupten wir den Einbruch. Können wir der Front sagen, ihr bekommt Leute, dann gewinnt sie Vertrauen, und auch wir dürfen vertrauensvoll sein.

Kriegsminister Scheuch: Wenn ich Excellenz Ludendorff recht verstehe, so sagt er: erhalten wir den einmaligen Zuwachs, so wird sich die Lage wesentlich ändern.

General Ludendorff: Ja.

Kriegsminister Scheuch: Ist dabei bedacht, daß die Amerikaner immer noch mehr Ergänzungen bekommen wie wir?

General Ludendorff: Man darf die Amerikaner nicht überschätzen. Sie sind wohl schlimm, aber wir haben sie bisher abgeschlagen. Allerdings verschieben sich die Verhältniszahlen; aber unsere Leute haben keine Sorge vor den Amerikanern, wohl vor den Engländern. Man muß unserer Truppe nur das Gefühl der Vereinsamung nehmen.

Oberst Hehe: In welchem Zeitraum kann der zweite Plan mit den 600 000 Mann durchgeführt werden?

Kriegsminister Scheuch: Ich möchte nicht eine zu kurze Zeit angeben. Wir müssen ja aus der Industrie und Landwirtschaft schneller Menschen herausholen als wir anfangs glaubten. Schneller geht die Verwendung des Heimatheeres. Aus der preussischen Heimat werden zum Beispiel 75 000 Mann kommen. Dahin habe ich den Druck gerichtet; darin dürfen wir nicht zu ängstlich sein. Dazu kommen dann noch etwa 25 000 von den anderen Staaten. Zunächst haben wir etwa 50 000 Unausgebildete und 250 000 Ausgebildete; aber auch deren Verwendung zieht sich noch durch Wochen hin. Das wird auch der Obersten Heeresleitung recht sein.

General Ludendorff: Lieber wäre es uns schon, sie kämen alle gleich. Denn was das Niederziehende für die Armee ist, die Stärken werden immer geringer und geringer.

Kriegsminister Scheuch: Schwierigkeiten machen auch die heimatischen Transportverhältnisse. Kürzlich standen bei einem Generalkommando 6 000 Mann bereit zum Abtransport an die Westfront. Sie konnten aber nicht geschickt werden, weil das rollende Material fehlte. Das kann sich wiederholen.

General Ludendorff: Auch bei uns war durch die Räumung eine große Transportkrise ausgebrochen, die sich auf die Heimat fortpflanzte. Die ist aber jetzt behoben. Ich bin nur dankbar, wenn nach der Richtung in der Heimat das Menschenmögliche geschieht.

Ich komme noch auf einen anderen Punkt, der nicht auf dem Fragebogen steht: die Stimmung im Heer. Er ist sehr wichtig. Exzellenz Scheuch hat neulich auf die 41. Division hingewiesen und einen Befehl an sie angeführt. Ich habe leider zugeben müssen, daß der Befehl richtig war. Die Division hat am 8. August völlig versagt. Das war der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. Jetzt schlägt sich dieselbe Division glänzend auf dem Ostufer der Maas. Das ist Stimmungssache. Die Stimmung war damals schlecht. Die Division hatte Grippe gehabt, es fehlten ihre Kartoffeln. Die Stimmung, die die Leute aus der Heimat mitbrachten, war auch nicht gut. Die Transporte kamen heraus, in einer Form, die der Sucht und Ordnung nicht mehr entsprach. Es kamen grobe Widerseßlichkeiten vor. Ich pflege mit den ankommenden Offizieren und Truppen zu sprechen. Damals sagte mir ein Herr, ein solcher Transport, wie er ihn aus dem Bezirk des VII. Armeekorps der 13. Division geholt hätte, wäre ihm noch nicht vorgekommen. Er hätte nicht geglaubt, deutsche Soldaten, sondern russische Bolschewisten unter sich zu haben.

Diese Stimmung ist aus der Heimat ins Heer gekommen, und ich bin mir wohl bewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, die die Urlauber nach der Heimat bringen, recht schlecht ist. Ich habe mich sehr bemüht, sie zu heben, ich muß aber dringend bitten, nicht nur für Menschen, sondern auch für die Stimmung zu sorgen.

Was halten sich zum Beispiel für Drückeberger in Maubeuge auf. Wir haben ja in unserer großen Armee mit Helden zu tun, und mit recht, recht schwachen Menschen. Auch auf die müssen wir uns einstellen. Auffrischung der Heimat. Ich richte die bringende Bitte an alle Stäbe, dafür zu sorgen, daß die Stimmung in der Heimat gehoben wird, und daß der Soldat in Belgien weiß, er verteidigt deutsche Erde. Von manchen Seiten, so aus der Armee Gallwitz, ist uns berichtet, daß diese Waffenstillstandsverhandlungen sehr böse Folgen haben. In Belgien sagen die Leute, was sollen

wir uns hier noch schlagen, wenn wir doch räumen müssen und vor Verban heißt es, was näher unser Opfer, wenn die Franzosen noch Elend-Verheerungen kriegen. Menschen mit schlechter Stimmung können wir nicht brauchen. Ein Divisionschef sagte mir neulich, sie hätten ihre Leute aus dem Osten wieder weggeschickt, sie seien im Westen nicht mehr zu gebrauchen. Man muß mit dem Geiste der Heimat arbeiten.

Der Reichskanzler: Da Seine Excellenz, der General Lubenski, die Frage der Stimmung angeschnitten hat, so halte ich es für notwendig, an die dort parlamentarischen Staatssekretäre die Bitte zu richten, über Auffassung über die Stimmung in der Heimat mitzutheilen und sich über die Vorschläge zu äußern, die man gemacht hat.

Staatssekretär Greber: Die Stimmung im Lande ist im Sommer dieses Jahres eine recht schlechte gewesen. Ich habe mich davon auf einer Reise nach Süddeutschland persönlich überzeugt. Das haben gerade Urlauber veranlaßt, die zu Hause allerlei Schmerzgeschichten erzählt haben. Viel falsche, aber auch manche richtige. Solche Sachen werden, je länger der Krieg dauert, um so schwerer empfunden. In einer großen Menge kommt natürlich manches Gewaltthätige in der Behandlung der Leute vor, da kann noch viel gebessert werden.

Vor allem die Verpflegung für Mannschaften und Offiziere. Besonders die Offizierskassen, da kann sich der Offizier mit Staßungsmitteln versehen, wenn der Soldat kommt, heißt es, daß ich nicht für Dich. In gewöhnlichen Zeiten läßt sich das ertragen; aber in solchen Zeiten, wie diese, stellt sich der Soldat ein: was müssen wir aushalten und wie leben die Offiziere. Läßt sich dieser Gegensatz nicht beseitigen?

General Lubenski: Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß der Offizier mit der Truppe die gleiche Lebensweise zu führen hat. Ich bin dem Vorwurf nachgegangen und habe durch den Generalintendanten festgestellt: es gibt nur eine Ration, sie verkauft gleichmäßig an Offiziere und Mannschaften. Auch im Preis wird kein Unterschied gemacht. Ein Unterschied bestand: die großen Rationen ergaben ihre Befriedigung aus den kleinen Rationen. Die großen liefern an die kleinen zu geringeren Preisen, damit die kleinen verdienen. Nun hatten einige höchste Stände keine Truppenrationen, sondern bezogen ihre Bedürfnisse sonstig aus der großen Ration, und zwar zu dem billigeren Preis. Sobald ich das festgestellt hatte, habe ich es unterzogen, und die Etat-Verträge veranlaßt, aus den großen Rationen zum gleichen Preise, wie aus den kleinen zu beziehen.

In Schützengruben essen ja Mann und Offizier aus derselben Kesselsche. Daß der Soldat sich die Sachen besser zubereiten läßt, ist doch zu verstehen, man weiß uns nicht zu machen, aus der Kesselsche zu essen. Aber, was recht und billig ist, werden wir thun.

Das Schlimme ist, es gehen Gerüchte um, die einem Ehre und Reputation abhandeln können, und man kann nichts dagegen machen. Geben Sie mir Einzelheiten, dann werde ich nachhinterfragen, aber seien Sie überzeugt, die Verhältnisse liegen nicht so hoch, wie man behauptet. Im ganzen ist alles in Ordnung.

Der Reichskanzler: Ich hätte, nicht in Details zu gehen, dazu steht uns die Zeit. Die deutschen die Herren Staatssekretäre die Stimmung in Deutschland in Verbindung mit den Besatzungen, die der Herr Reichsminister vorschlägt?

Staatssekretär Schildmann: Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Heer mobil machen kann, aber man muß sich, wenn man glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Heer verbessern würden. Das Organ ist

meine feste Überzeugung. Schon die Dauer des Krieges zermürbt das Volk, und dazu die Eyttäuschungen. Der U-Bootkrieg hat enttäuscht, die technische Überlegenheit der Gegner, der Abfall der Bundesgenossen oder doch ihr vollständiger Bankrott, dazu die sich steigende Not im Innern. Nun tritt die Wechselwirkung ein. Aus dem Heer kommen die Urlauber mit schlechten Geschichten, aus der Heimat bringen sie schlechte Nachrichten in das Heer zurück. Dieser Austausch drückt die Stimmung. Wir würden uns läuschen, wenn wir das beschönigen wollten. Die Arbeiter kommen mehr und mehr dazu, zu sagen, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

General Ludendorff: Wird es Euerer Exzellenz nicht gelingen, die Stimmung in den Massen zu heben?

Staatssekretär Scheidemann: Das ist eine Kartoffelfrage. Fleisch haben wir nicht mehr. Kartoffeln können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4 000 Wagen fehlen. Fett haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist zu groß, daß man vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin-Nord und wovon lebt Berlin-Ost. Solange man diese Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern. Es wäre eine Unehrlichkeit ersten Ranges, wenn wir darüber irgendeiner Menschen einen Zweifel ließen.

Staatssekretär Haubmann: Wenn wir auf die Stimmung abstellen, so stellen wir auf einen sehr labilen Faktor ab. Kein Zweifel ist, daß das Parlament den Appell an das Volk in der allerstärksten Weise ergehen lassen wird und auch eine starke Wirkung erzielen kann. Wielange, wieviel Wochen, wieviel Tage hängt von dem Verlauf der nächsten Ereignisse ab. Die Bevölkerung ist nämlich erst durch den scharfen Ton der Wilsonnote vor den ganzen Ernst der Lage gestellt worden. Daraus ergibt sich ein großer Widerspruch der Stimmung. Man könnte sie haben, wenn unverschämte Forderungen, die in der Note zwischen den Zeilen zu lesen sind, deutlich hervorträten. Wieviel Tage haben wir nach dem Bedürfnis der Armee noch frei zum Führen der Verhandlungen, davon hängt der Ton der Verhandlungen ab.

General Ludendorff: Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter geht, so sind wir »fein heraus«. Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von außerordentlichem militärischen Werte sein. Ich werde alles tun, was ich kann, um die Verpflegung der Heimat zu bessern. Ich werde das gleich mit dem Eisenbahnchef besprechen. Wie weit es möglich ist, übersehe ich nicht.

Staatssekretär Scheidemann: Der Mangel an Wagen wurde uns neulich sehr eindringlich durch Herrn von Waldow zu Gemüte geführt. Er sagte dabei, sehr bald würden wir nicht einmal mehr das kleine Quantum Kartoffeln haben, das jetzt noch verteilt wird.

General Ludendorff: Ich werde das Nötige veranlassen.

Vizekanzler von Bayer: Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Man muß da unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege herausgehen, aber der Krieg war dem Volke sehr verleidet, und die Stimmung war deshalb schlecht. Trotzdem dachte niemand daran, daß wir zugrunde gehen könnten.

Als wir die erste Note schickten, haben sich die Leute gefragt, was ist los? Es scheint doch nicht so gut zu sein. Bald wurde die Stimmung unsicher. Als nun die

zweite Wilsonnote kam, da ist die Stimmung zusammengeklappt, und man hat gesehen, daß es uns ans Leben geht, aber auch diese Stimmung schlug wieder um: bei der Erkenntnis, daß wir als Nation, vor allem auch wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden sollen, überlegte sich jeder: Müssen wir das erdulden oder gibt es noch eine Möglichkeit, das abzuwenden? Wenn wir den Leuten sagen: Es gibt noch eine Möglichkeit, das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet. Wenn ihr aber nicht noch ein paar Wochen halten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland halb und halb aus dem Kreise der Nationen ausgestrichen wird. Ihr müßt mit einer Belastung durch Entschädigungen rechnen, die uns erdrücken wird — dann könnte man sie noch einmal hoch bekommen.

Wenn es gelingt, die Note so zu fassen, daß die Bevölkerung die Sicherheit entnimmt, wir sind zwar in einer schweren Lage, aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn, — dann ist noch nicht alles verloren.

General Ludendorff: Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen. Es fragt sich nur: wie schaffen wirs? Da kann ich nur die Bitte wiederholen: Machen Sie das Volk, reißen sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muß gelingen.

Vizepräsident Friedberg: Jedenfalls muß sehr schnell gehandelt werden. In der letzten Zeit war die Lage sehr schwierig. Wir haben die Oberpräsidenten hier versammelt gesehen. Die sämtlichen Pastoren von Berlin traten zusammen. Die Parteien halten Fraktionsitzungen — kein Mensch weiß, woran er ist, und alle fassen sich an den Kopf, wie man plötzlich vor einer solchen Katastrophe stehen kann. Wir werden aufgefordert zu sagen: stellt die Lage ernst dar aber noch nicht verzweifelt. Damit bekommt man keine Hochstimmung.

General Ludendorff: In keiner Weise.

Vizepräsident Friedberg: Jetzt hören wir, daß die Sache wesentlich anders liegt. Da stimme ich mit Exzellenz von Bayer darin überein, daß wir rasch aus der Note an Wilson herausholen sollten, was herausgeholt werden kann.

Der Reichskanzler: Eure Exzellenz meinen, daß vier Wochen guter Stimmung nötig sind?

General Ludendorff: Wenn es mehr sind, ist es mir lieber. Jedenfalls wird nach dieser Frist die Krise an der Westfront zu Ende sein, wenn wir auch noch zurückgehen müssen. Man hat das so im Gefühl. Die Angriffskraft war in den letzten Tagen nur noch gering.

Der Reichskanzler: Aber innerhalb von 8 bis 10 Tagen kommt wieder eine neue Welle, wie Euere Exzellenz damals im Gespräch mit mir selbst gesagt haben.

General Ludendorff: Die kommt. Ein neuer Angriff ist bei der 10. Armee schon in Gang; wie es da steht, weiß ich nicht. Morgen kommt wieder einer bei der 5. Armee; das hört nicht auf.

Der Reichskanzler: Es kommt nun darauf an, daß die Maßregeln, die Sie empfehlen, den Angriffen einen solchen Niegel vorschieben, daß man politisch wieder frei arbeiten kann. Eure Exzellenz wissen, daß ich damals nicht für die Friedensnote war, aber es wurde mir gesagt, jede Stunde kostet uns soundso viele Hunderttausend Mann und jeder Augenblick könne eine Katastrophe herbeiführen. Exzellenz von Hinge ist mein Zeuge.

Exzellenz von Hinge: Das ist so, Eure Großherzogliche Hoheit.

General Ludendorff: Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgestern ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen.

Der Reichskanzler: Wenn Sie sagen, daß wir nach vier Wochen besser stehen, so sagen die Engländer, wenn es noch sechs Wochen dauert, so haben wir nicht mehr nötig, mit den Deutschen zu verhandeln. Jedenfalls tut die Entente alles, was sie kann, um unsere Verhandlungen mit Wilson in die Länge zu ziehen.

General Ludendorff: Die Verhandlungen in Berlin sind der Entente zu Ohren gekommen und haben die Angriffslust gewaltig erhöht. Aber das meine ich doch: jede militärische Stärkung der Front stärkt auch die Stellung Eurer Großherzoglichen Hoheit für den Friedensschluß.

Der Reichskanzler: Das ist richtig.

General Ludendorff: Ob die Stärkung rechtzeitig kommt oder nicht, kann ich nicht sagen. Ich wiederhole, was kommt, kommt rechtzeitig.

Der Reichskanzler: Wie stark ist das Westheer?

Oberst Hehe: Die Westfront zählt jetzt 91 Divisionen, davon 4 Österreicher und 7 aus dem Osten. Sie sind sehr verschieden an Stärke. 28 Divisionen haben nur Bataillonsstärken von ungefähr 200 bis 300 Mann. Die übrigen stehen sich ungefähr auf 400 bis 500.

General Ludendorff: Hätten wir da vollkräftige Bataillone, so wäre die Lage gerettet.

Der Reichskanzler: Durch die bisherige Aussprache sind die Fragen 1 bis 8, die wir zu stellen hatten, erledigt. Ich komme nun zur neunten Fragen:

Wird durch eine Entblößung der Ostgebiete die Ölzufuhr für Heer und Heimat so in Frage gestellt, daß wir zum vorzeitigen Friedensschluß oder zur Einstellung des U-Boot-Krieges gezwungen werden?

General Ludendorff: Das wird der Herr Kriegsminister beantworten.

Scheuch: Dieser Punkt ist allerdings von größter Bedeutung. Wenn Rumänien uns nicht mehr zur Verfügung steht, können wir den Krieg noch anderthalb Monate weiterführen. Wir haben früher mit zwei Monaten gerechnet; das hat sich aber nicht bewahrheitet, da die Transportmittel geringer geworden sind und der Verbrauch sich erhöht hat.

Wie lange der U-Boot-Krieg beim Wegfallen der Ölzufuhr Rumäniens weitergeführt werden kann, weiß die Heeresverwaltung Rumäniens nicht, weil wir den Verbrauch der Marine nicht kennen. Die Ziffern der Marinebehörden über den Verbrauch durch die Automobile sind uns gestern gekommen und noch nicht verarbeitet.

Es ist unbedingt nötig, daß die Ölbewirtschaftung bei Heer und Marine gemeinsam erfolgt. Wir müssen gemeinsam erwägen nicht nur, wie teilen wir? sondern auch, wie strecken wir? Das ist jetzt unklar. Ich bitte möglichst bald, wenn irgend tunlich heute nachmittag, in Verhandlung hierüber einzutreten. Vielleicht wird auch die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab beizuziehen sein.

Wir gehen auch in bezug auf die Heimatwirtschaft ganz bedenklichen Verhältnissen entgegen. Wir sind nur noch für wenige Monate eingedeckt. Gestern ist im Reichswirtschaftsamt über die Frage verhandelt worden: wie können wir die Verbrauchsmittel für die Heimat kürzen? Jede Kürzung wird natürlich sehr bedenklich sein, denn

es gibt kaum noch Ersatz. In vielen Betrieben wird also die Beleuchtung einfach aufhören.

Aber auch hierüber kann ich nur ein klares Bild geben nach Einblick in die Verbrauchsziffern, Bestände, Dedungsmöglichkeiten und Streckungsmöglichkeiten der Marine.

Admiral Scheer: Bisher hat die Marine ihre Bestände selbst verwaltet. Erfolg: wir können den U-Boot-Krieg noch 8 Monate durchführen, auch ohne rumänische Bestände.

Aber ich stehe nicht an, einzuräumen, daß die Vorräte so verwaltet werden müssen, daß das Heer nicht eher zu Ende ist als die Marine. Wir müssen beide zusammen den Krieg zu einem glücklichen Ende bringen. Ich bin ganz bereit mitzuarbeiten, daß der eine Teil nicht der beatus possedens ist, wenn es beim anderen schon zu Ende geht.

Staatssekretär von Mann: Ich bin ganz derselben Meinung. Ob und wie es zum Ziele führen kann, besondere Petroleumvorräte für die Zivilbevölkerung zu schaffen, weiß ich nicht. Vielleicht könnte man etwa 10 v. H. der Bestände dazu verwenden; aber darüber fehlt mir das Urteil.

Der Reichskanzler: Auch ich weiß nicht, wie groß der Verbrauch des Heeres, der Marine, der Landwirtschaft im Verhältnis zueinander ist.

Unterstaatssekretär Göppert: Ich bitte auch die Zivilbevölkerung in die Bewirtschaftung einzubeziehen. 10 000 t monatlich hat man der Bevölkerung versprochen, das ist das Minimum. Wenn man die Bevölkerung im Winter leidlich ruhig halten will, muß das so bleiben. Als man im vorigen Winter 12 000 monatlich gab, lag die Beleuchtungswirtschaft auch schon in den letzten Sügen.

Der Reichskanzler: Wie lange kann die Armee, die Marine und die Heimat aushalten in dem Moment, wo die Ölversorgung aus Rumänien ausfällt? Die Antwort auf diese Frage würde ich sehr gern in kürzester Frist haben. Wann kann ich sie bekommen?

Kriegsminister Scheich: Heute nachmittag werden die Feststellungen getroffen.

Der Reichskanzler: Wenn man mir sagt: die Heimat kann noch ein paar Monate, das Heer noch anderthalb Monate, die Marine noch acht Monate auskommen, so habe ich kein Bild. Das muß auf den gleichen Nenner gebracht werden.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um an Excellenz Göppert noch eine Frage über die Wichtigkeit der Ukraine für die Versorgung zu richten. Ist angesichts der Lage an der Westfront die weitere Besetzung der Ukraine durch 12 deutsche Divisionen durch das Bedürfnis der deutschen Versorgung zu rechtfertigen?

Vizekanzler von Payer: Der Herr Staatssekretär des Kriegsernährungsamts ist soeben eingetroffen.

Der Reichskanzler: Ich bitte den Herrn Staatssekretär die Frage zu beantworten.

Staatssekretär von Baldow: Wenn die Frage so gestellt ist, kann ich sie glatt verneinen. Wir haben die Lebens- und Futtermittel der Ukraine in unseren Wirtschaftsplan nur eingestellt als Notbehelf und zur Verbesserung der Lage. Handelt es sich aber

darum, ob der Verzweiflungskampf aufgenommen werden muß, so können wir auch auf die Ukraine verzichten und werden dann versuchen, durch Schmuggel unsere Bestände zu vermehren.

General Eubendorff: Ich weise nochmals darauf hin, daß jetzt aus den Ostgebieten ungefähr eine Million Menschen ernährt werden, die wir dann selbst mit verpflegen müßten.

Staatssekretär von Baldow: Dann müßte mir zuvor angegeben werden, welche Verpflegungsfähigkeit, welche Quantitäten in Frage kommen.

General Eubendorff: Ich werde den Generalquartiermeister veranlassen, die Frage mit Ihnen einwandfrei zu klären. Uns hat das Kriegsernährungsamt wiederholt gesagt, wir müßten die Ukraine halten. Darüber muß einwandfrei Klarheit herrschen. Brauchen wir die Ukraine nicht, um zu leben, so handelt es sich nur um so viele Truppen, um die Gefahr des Bolschewismus von den Grenzen zu halten.

Staatssekretär von Baldow: Als ich die Notwendigkeit der Ukraine bejahte, war die Lage eine ganz andere.

General Eubendorff: Wenn wir die Ukraine aufgeben, kommt unsere Viehwirtschaft zum Erlahmen. Die Frage ist aber nicht so eilig. Es rollen Truppen von Österreich nach Rumänien auch aus der Ukraine. Es müssen nur grundsätzlich klare Entschlüsse gefaßt werden.

Unterstaatssekretär Göppert: Ein Kommissar aus Kiew, den ich vor einer Stunde gesprochen habe, bestätigte mir, daß eine Hoffnung, größere Mengen Getreide in diesem Winter aus der Ukraine herauszubekommen, nicht besteht. Auch die Preise werden das verhindern. Man zahlt jetzt schon 3000 Rubel für Auch die Menge der anderen Lebensmittel ist nicht so groß, daß sie für die Ernährung des deutschen Volkes wesentlich in Betracht käme. Dagegen herrscht die Überzeugung, daß das Zurückziehen der deutschen Truppen sofort das Aufklammen des Bolschewismus mit allen seinen Folgen nach sich ziehen würde. Der Kristallisationspunkt für eine Beruhigung der russischen Gärung würde verschwinden, ganz Rußland wäre dem Bolschewismus ausgeliefert, unsere Anknüpfungen in Südrußland zerreißen. Das muß doch auch erwogen werden.

Der Reichskanzler: Das Auswärtige Amt hat Schritte getan, um aus Rumänien zu sichern, aber es ist möglich, daß Rumänien vorzieht, unsere Zerschmetterung abzuwarten. Will man Rumänien im Notfall zwingen?

General Eubendorff: Mit dem Auswärtigen Amt haben wir die Gefahr erkannt und ihre Haltung erörtert. Am 10. Oktober schlugen wir vor, Rumänien gemeinsam mit Österreich zu zwingen. Österreich wollte nicht. An sich hatten wir genug Truppen, einige kommen langsam aus Ungarn heran, dazu zwei Divisionen Österreicher und eine Kavalleriedivision aus der Ukraine, die General von Arz herangezogen hat. Die rumänische Armee allein wird nicht los schlagen, nur wenn Ententetruppen in größerer Zahl zu ihr stoßen. Solche Truppenbewegungen sind jetzt im Gange. Eine wird jetzt über Misch in Richtung auf Belgrad angesetzt, eine andere, wie es scheint, über die Marizza-Mündung gegen Konstantinopel. Soweit ich die Lage nach den eingegangenen Nachrichten überhaupt einschätzen kann, ist für die nächste Woche nichts zu besorgen.

Der Reichskanzler: Ich bitte das Auswärtige Amt sich dazu zu äußern.

Staatssekretär Solf: Ich bin nicht orientiert.

Graf Koeborn: Kann die Donaufront forciert werden?

General Ludendorff: Wenn Konstantinopel fällt, kommt die englische Flotte ins Schwarze Meer und dann ist Rumänien nicht zu halten. Es ist aber doch vom Auswärtigen Amt alles getan, um Rumänien bei der Stange zu halten?

Unterstaatssekretär von Stumm: Sobald die Entente militärisch an Rumänien herankommt, können wir es nicht mehr halten.

General Ludendorff: Das ist auch meine Ansicht.

Der Reichskanzler: Ich komme nun zu einer weiteren Frage: Wie steht es mit den Reserven der Entente?

Oberst Heye: Vorige Woche hatten die Franzosen 40, die Engländer 25, die Amerikaner 18, die Italiener 1, dazu kommen noch Portugiesen, Polen und andere Hilfstruppen, im ganzen 87 Divisionen Reserven von der Gesamtstärke von 220 Divisionen.

General Ludendorff: Wir haben 191 Divisionen an der Westfront, die Zahlen der Divisionen sind also nicht einmal so sehr verschieden, wohl aber die Stärken. Die französische Division ist auch nur schwach, nicht wesentlich höher wie unsere, die englische ist stärker und die 40 amerikanischen sind recht stark. Die Überlegenheit an Menschen, über die die Entente gegen uns verfügt, drückt sich also in den Zahlen der Divisionen nicht hinreichend aus.

Der Reichskanzler: Die elfte Frage lautet: Wie lange ist noch mit Großangriffen an der Westfront zu rechnen?

General Ludendorff: Das kann weitergehen, kann aber aufhören, ich weiß es nicht.

Der Reichskanzler: Besteht die Wahrscheinlichkeit einer Überführung weiterer Italiener an die Westfront?

General Ludendorff: Die Möglichkeit, aber nicht die Wahrscheinlichkeit. Die Kriegsmüdigkeit in Italien ist sehr groß.

Graf Koeborn: Ist ein Angriff der Italiener über Österreich gegen Deutschland ausgeschlossen?

General Ludendorff: Physisch unmöglich ist er nicht; sie können durch Tirol, aber wir brauchen jetzt nicht damit zu rechnen. Sonst machen wir uns noch mehr Angst. Wenn Italiener gegen Deutsche fechten, so wird das wohl nur an der Westfront geschehen.

Der Reichskanzler: Müssen wir eine neue Ostfront bilden?

General Ludendorff: In Serbien stehen drei Divisionen und zwei österreichische, dazu sind die (?) Truppen an die Donau gekommen. Augenblicklich ist keine Gefahr. Nach acht Tagen kann es anders sein.

Der Reichskanzler: Ich denke an die Ostfront gegen Rußland.

General Ludendorff: General Hoffmann meint, eine kampffähige Truppe wird uns da nicht mehr gegenüberreten; aber wir müssen die Grenzen sperren und uns gegen Banden wehren. Vielleicht schwillt nun, wenn wir die Ukraine räumen, den Bolschewiken

ber Ramey, so daß sie uns den Krieg erklären. Aber an eine kampffähige Rote Armee glaube ich nicht:

Der Reichskanzler: Die Sperte ist aber nicht dicht, es kommen doch Hunderte durch.

General Hoffmann: Ja, mit und ohne Paß, mit rüstigen und halbsen.

Der Reichskanzler: Aber ein militärischer Durchbruch ist nicht zu befürchten?

General Lubendorff: Nein, militärisch glaube ich nicht daran.

Der Reichskanzler: Eine weitere Frage: Wie viele Amerikaner kommen monatlich nach Frankreich?

Oberst Hege: Nach dem Durchschnitt der letzten Monate: 250 000.

General Lubendorff: Im April, Mai und Juni waren es 350 000.

Der Reichskanzler: Hat ihre Zahl seitdem nicht mehr zugenommen?

Oberst Hege: Im Anfang des Jahres war die Zahl viel geringer, etwa 85 000 monatlich, dann kam der starke Zustieg bis zum Hochsommer, seitdem sind es jedenfalls nicht mehr gewesen.

Der Reichskanzler: Wie groß wird die Stärke des amerikanischen Heeres im nächsten Frühjahr sein?

Oberst Hege: Die amerikanische Heeresleitung berechnet die Truppenzahl jetzt auf 1 200 000, für das nächste Frühjahr rechnen sie mit 2 300 000 Mann.

Der Reichskanzler: Was ist das entsprechende Material da?

Oberst Hege: Ja, wenn es so weitergeht wie bisher, kann man damit rechnen. Die Amerikaner sind in ihren Wagen immer weiter wache gewesen.

Der Reichskanzler: Auf wie hoch darf man die Gesamtstärke der Heinde im Westen jetzt schätzen?

Oberst Hege: Bei den Franzosen ist sie fast verringert, bei den Engländern wird sie sich auf derselben Höhe halten, weil sie verlustig noch Ersatztruppen aufstellen können, bei den Amerikanern wird sie sich vermehren.

General Lubendorff: Die Ersatzfrage ist sehr schwer zu beurteilen. Voriges Jahr hatten die englischen Divisionen noch 12 Bataillone, heute nur noch 9. Es hängt sehr davon ab, wie die wirtschaftlichen Interessen liegen. Nach der Niederlage im März mußte zum Beispiel England die Kohlenscheiter einstellen; geht es jetzt wegen der Kohlennot die Brute weiter hinaus, so schmelze das natürlich die Heere. Nach politischen Momenten spielen mit; es geht davon, wie die Heere nicht aufstellen, das Wechselspiel geht da zunächst nicht durch.

Der Reichskanzler: Wie wie können bis nächsten Frühjahr 600 000 bis 700 000 Mann Ersatz aufstellen, die Heinde 1 100 000 Mann, wenn ich nur die Amerikaner berechne; dazu kommen dann vielleicht die Italiener. Wird sich also zum Frühjahr unsere Lage verschlechtern oder verbessern?

General Lubendorff: Nach den Zahlen ist es eine Verschlechterung. Aber dazu kommt die Rückwirkung der Rückzug auf unsere wirtschaftliche Lage; wenn wir zurückgehen, wird die Lage unserer Kriegsinindustrie im höchsten Maße verschlechtert. Das konnte man ja immer voraussehen, daß, wenn wir aus dem Kriege mit unseren jetzigen

Grenzen herauskommen, wir militärpolitisch und industriell viel schlechter stehen als früher. Das wird sich auch jetzt bei einer Räumung zeigen.

Der Reichskanzler: Eure Exzellenz haben bis jetzt nur die Zahlen der Menschen erwähnt; aber es ist auch das Material zu bedenken, Flugzeuge, Tanks und anderes.

General Lubendorff: Die Flieger der beiden Heere verhalten sich schon jetzt wie 1 : 3. Trotzdem ist die Überlegenheit bei uns. Die Angaben über Feindverluste, die wir machen, bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück, wie wir später oft an den feindlichen Nachrichten feststellen können. Alles das schreckt mich nicht.

Der Reichskanzler: Und die Tanks nächstes Frühjahr?

General Lubendorff: Ich hoffe, daß, wenn unsere Infanterie wieder zu Kräften kommt, auch der Tankschrecken, der schon einmal überwunden war, und wiedergekommen ist, nochmals überwunden wird. Er kam mit aller Kraft wieder am 8. August durch den Nebel und wer weiß was sonst. Ist aber die Stimmung der Truppen wieder hergestellt, so machen sich Teile von ihnen, so die Jägerbataillone und die Garbeschützen, geradezu einen Sport daraus, die Tanks abzuschießen. Es lockt auch aus materiellen Gründen, denn in den Tanks gibt es immer gute Verpflegung. Wir konnten nur nicht Schritt halten in dem Bau von Tanks, weil wir zuerst Lastautos bauen mußten; aber bis nächstes Frühjahr werden wir darin weiter sein.

Graf Kochern: Ich nehme an, daß, wenn wir eine gewisse Ruhepause haben, die Lage sich bessert, oder ist auch das Urteil des General Lubendorff auch dann gültig, wenn wir in den nächsten zwei bis drei Monaten kämpfend von unserer Linie auf der Westfront zurückgehen müssen?

General Lubendorff: Das kommt auf das Tempo an; jeder Rückzug kostet um so mehr Gefangene und Material, je rascher er vor sich geht. Bei dem langsamen Zurückgehen der 3., 1., 7. und 18. Armee sind so gut wie keine Einbußen an Menschen und Material gewesen; wenn wir aber ausweichen müssen, wie bei der 17. und 2. Armee, dann ist es eine erhebliche Schwächung. Wir verkürzen uns außerordentlich, aber die Lebensbedingungen der Armee, das was sie zum Handeln braucht, Munition usw., das wird erheblich verschlechtert, weil wir unser Industriegebiet den feindlichen Fliegern aussetzen.

Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen kommen, so bedeutet schon die Zusage der Räumung an sich eine wesentliche Verschlimmerung der militärischen Lage.

Kriegsminister Scheuch: Daß die Zurückführung des Heeres auf den heimatischen Boden eine außerordentliche Schwächung des Heeres bedeutet, ist zuzugeben, nicht nur wegen der geringeren Möglichkeit der Herstellung alles dessen, was das Heer zum Kampf nötig hat, sondern auch im Hinblick auf die Stimmung und den Gehalt der Truppe. Eine enge Verbindung mit der Heimatbevölkerung, die niedergedrückt ist durch die starke Belegung, drückt auch das Heer nieder. Es würden an der ganzen Grenze dieselben Bedingungen eintreten wie jetzt im Elfaß und noch schlechtere. Auch die Lebenshaltung der Bevölkerung selbst würde sehr herabgedrückt.

Admiral Scheer: Ich habe schon gestern gemeldet, wie der Stand bei der Marine ist, muß aber wohl auch hier ein Bild von den Verhältnissen der Flotte geben, weil es darauf ankommt, ob man den Waffenstillstand unter den Bedingungen bekommen soll, die Wilson stellt.

In den beiden letzten Jahren hat sich die Flotte nur in den Dienst des U-Boot-Krieges gestellt und sich dabei völlig geschickterweise gehalten. Wenn uns die Arbeiterverhältnisse verbessert werden, können wir den Bau der Unterseeboote auf das Doppelte, ja Dreifache erhöhen. Nun geht die Forderung Willsons dahin, daß wir den U-Boot-Krieg einstellen sollen. Wenn wir dem nachgeben, würde ein ganz erhebliches Verdummittel preisgegeben und eine Begründung für die Annahme des Besinnlichseins bei der jetzigen Stellung. Denn es ist doch die Lage so, daß das Meer handhaben kann. Deshalb brauchen wir auf die zweite Willson'sche Forderung nicht eingehen.

Der Reichskanzler: Darnach sprachen Herr Eggelen, von 40 000 Arbeitern, die nötig wären. Können Sie die bekommen, wenn der Kriegminister 600 000 Mann aufstellt?

Minister Scherr: Bis zum 1. Dezember brauchen wir nur 15 000 bis 16 000 Mann.

Der Reichskanzler: Und bis wann brauchen Sie die 40 000?

Minister Scherr: Erst bis in den Sommer. Wir können schon mit den ersten 16 000 Mann die monatliche Abnahmepflicht von 10 auf 16 erfüllen.

Der Reichskanzler: Mit letztem Wort möchte ich mir folgende Frage erlauben:

Wenn alle Maßnahmen getroffen werden, die Herr Eggelen vorgeschlagen haben, wenn die Front für die nächsten Monate hält, sind dann Herr Eggelen der Anschauung, daß wir dann im Laufe des nächsten Jahres eine Lage geschaffen haben werden, die besser ist als die, in der wir uns augenblicklich befinden? Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Kraftanstrengung, die wir jetzt machen und die sich nicht am Ende bezahlt macht, eine Kraftverschwendung bedeutet und eine Lage schaffen würde, deren Verantwortung wir tragen und der wir jetzt ins Auge sehen müssen. Können wir im nächsten Jahre den Krieg unter besseren Bedingungen beenden als jetzt?

General Ludendorff: Jede Kraftanstrengung, die wir augenblicklich machen, verbessert unsere Lage.

Minister Scherr: Man sieht wohl allgemein unter dem Eindruck, daß der Friede des U-Boot-Kriegs sehr erheblich spürt, namentlich Italien. Das wird sich in nächster Zeit noch steigern, besonders auch gegenüber Amerika. Wenn wir aber die Bedingungen annehmen, die uns gestellt worden sind, gehen wir das alles aus der Hand.

Der Reichskanzler: Das ist keine Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe: Werden wir den Krieg unter besseren Bedingungen beenden, wenn wir den Wünschen der Obersten Generalsleitung nachgeben? Es handelt sich jetzt noch nicht um die Verantwortung der Räte Willson.

Minister Scherr: Unsere Lage wird sich bessern, weil die der Gegner sich verschlechtern wird. Deshalb sollen ja die Gegner gerade in diesem Herbst fertig werden.

Herr Koerber: Es ist schon so oft gesagt worden, daß sich die Überbehaltung unserer Jagde verschlechtert hat, aber wir haben wenig davon gemerkt, daß das den Krieg beeinflusst hat. Wird das jetzt so viel anders sein? Wird dabei berücksichtigt, daß für uns die kanadische Hilfe wegfallt, daß Österreich jetzt zum Frieden kommt und wir damit die U-Boot-Basis im Mittelmeer verlieren? Kann die Erzeugung der U-Boot-Ergänzung das ausgleichen?

Admiral Scheer: Der Ausfall der beiden U-Boot-Basen in Flandern und im Mittelmeer hat auf unseren U-Boot-Krieg nach meiner Auffassung und der meiner Mitarbeiter keinen Einfluß. Im Gegenteil, je mehr wir uns auf die Umgebung der Britischen Inseln konzentrieren, desto wirksamer ist der Krieg. Bisher haben wir, wenn auch nur unter großen Anstrengungen, die Fahrt nach England offen gehalten.

Ich kann freilich nicht sagen, in der und der Zeit ist der Gegner zusammengebrochen. Es kommt darauf an, die Wirkungen, die schon vorliegen, zu verstärken und den Gegner dauernd unter Druck zu halten, dann wird sich die politische Wirkung schon bemerkbar machen.

Graf Roeder: Man hat der Marineleitung, gewiß mißverständlich, nachgesagt, daß sie bestimmte Zusagen wegen der Wirkung des U-Boot-Krieges gemacht habe, aber eine Zusage ist sicher gemacht worden, nämlich darüber, daß man die Zufuhr amerikanischer Truppen verhindern könne. Gerade diese Zusage ist nicht gehalten worden. Der damalige Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes beantwortete die Frage danach ungefähr dahin: die amerikanischen Truppen sollen nur kommen, sie bilden willkommenen Angriffspunkte für uns. Das hat sich doch als durchaus irrtümlich erwiesen.

Sind dann die Einwirkungen auf die englische Wirtschaft noch so hoch zu bewerten? Sobald die Amerikaner sich entschließen, statt 250 000 Mann nur noch 150 000 Mann monatlich zu schicken, wird die Versorgung Englands erheblich erleichtert. Es muß da eine Fehlerquelle liegen. Liegt sie vielleicht darin, daß das Tempo des amerikanischen Schiffbaus unterschätzt worden ist?

Admiral Scheer: Ich kenne die Erklärung des Staatssekretärs nur aus den Zeitungen. Ich weiß nur, daß er die amerikanischen Truppen nicht hoch eingeschätzt hat, wahrscheinlich weil er ihre Unterhaltung auf französischem Boden für schwierig ansah. Man kann die U-Boote nicht nur auf Transportschiffe ansetzen, sie müssen ihre Torpedos da brauchen, wo sie den meisten Schiffsraum vernichten.

(Der Reichskanzler übergibt den Vorsitz an den Vizekanzler.)

Vizekanzler von Bayer: Der Eindruck der militärischen Lage ist doch heute wesentlich günstiger als zu Anfang des Monats. Liegen die Gründe dafür auf militärischem Gebiet?

General Ludendorff: An der Front ist es der nicht gelungene Angriff des Feindes von gestern und vorgestern. Der Feind hat nicht ordentlich angebissen. Hätte er alles getan, was er konnte, so wären wir geschlagen worden. An dieser Stelle hat sich die Kampfkraft der Entente nicht auf der Höhe gezeigt wie bisher.

Dazu kommt, daß die Amerikaner starke Grippe haben. Allerdings fängt sie auch bei uns an zu grassieren, und zwar in einer sehr bösen Form. Unsere Truppe ist müde und der müde Mensch erliegt der Seuche leichter als der frische.

(Der Reichskanzler übernimmt den Vorsitz wieder.)

Der Reichskanzler: Die Lage ist also nicht mehr dieselbe wie sie am 5. Oktober war, als wir veranlaßt wurden, den Friedensschritt bei Wilson zu tun.

General Ludendorff: Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: Er kämpft Euch solche Bedingungen.

Der Reichskanzler: Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?

General Ludendorff: Schlechtere gibt es nicht.

Der Reichskanzler: O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.

General Ludendorff: So weit sind wir noch nicht.

Graf Noebern: Es ist bisher nur von Sieg oder Niederlage gesprochen worden. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: wir gehen langsam zurück. Das ist das Wahrscheinlichste, wenn wir einen Durchbruch der Feinde nicht zu befürchten haben. Ich halte auch nicht für wahrscheinlich, daß wir die Feinde zurückwerfen. Also angenommen wir gehen zurück, wir füllen auf, unsere Widerstandskraft wird gestärkt: wird dann Amerika veranlaßt, uns bessere Bedingungen zu stellen? Amerika weiß, daß wir unsere letzten Reserven verbrauchen; es wird seine Zeit abwarten.

General Ludendorff: Wie sieht es denn in den anderen Ländern aus? Ich habe eine Agentenmeldung, daß in England und Frankreich ernste Befürchtungen austreten, der Krieg könnte den Monat überdauern, Deutschland wird die Entente noch auf feindlichem Boden zum Stehen bringen. Die Furcht vor einem Umschlag der Lage ist dort sehr groß.

Staatssekretär Solf: Ich habe den Reichskanzler verantwortlich zu beraten, wie die Note, die wir an Wilson zu richten haben, nach Ton und Inhalt zu fassen ist. Für diese Aufgabe bin ich durch die Ausführungen von Exzellenz Ludendorff nicht wesentlich besser vorbereitet als vorher.

Zu Anfang dieses Monats ist die politische Leitung des Reiches von der Obersten Heeresleitung gedrängt worden, die Gegner um Waffenstillstand zu bitten und Frieden vorzuschlagen. Gegen den Willen und gegen die Auffassung des Reichskanzlers hat er sich entschließen müssen, diesen Schritt mit seiner Verantwortlichkeit zu decken. Dann kam die Gegenfrage und auch damals ist an der Auffassung festgehalten worden, daß in unserer Antwort an den von uns vorgeschlagenen Bedingungen einfach festzuhalten sei. Jetzt ist die Antwort Wilsons gekommen, die uns vor schwere Entschlüsse stellt und sofort ändert sich das Bild, so daß wir die Lage noch halten können, ja, daß, wenn wir die nächsten vier Wochen überdauern, wir sogar viel besser dastehen als bisher.

Davor stehe ich wie vor einem Rätsel. Was ist der wirkliche Grund, weshalb geht jetzt, was vorher für unmöglich erklärt worden war?

General Ludendorff: Ich habe immer den Menschenmangel als das Wichtigste dargestellt. Heute höre ich, daß der Mangel nicht so groß ist, wie ich angenommen hatte. Heute höre ich, daß ich in absehbarer Zeit 600 000 Mann bekommen kann. Weshalb ich sie nicht früher bekommen konnte, darüber will ich nicht sprechen. Kann ich sie jetzt bekommen, so hört die Vereinsamung der Armee auf. Trotz der unglücklichen Ereignisse ändert sich die Lage, weil zugleich die Kampfkraft des Feindes nachläßt.

Nach wie vor glaube ich, daß wir die Waffenstillstandsverhandlungen, wenn es irgend geht, erreichen müssen. Aber nur solche Waffenstillstandsverhandlungen dürfen wir annehmen, die eine geregelte Räumung des Landes gestatten, also mindestens zwei bis drei Monate Frist. Und dann dürften wir keine Bedingungen auf uns nehmen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich erscheinen lassen. Daß dies

die Absicht ist, muß man aber nach der Note annehmen. Die Bedingungen sollen uns außer Gefecht setzen. Bevor wir uns auf weiteres einlassen, muß der Feind einmal sagen, was denn eigentlich seine Bedingungen sind.

Nicht kurzer Hand mit Wilson abbrechen. Im Gegenteil: »Sagt doch mal, was sollen wir eigentlich tun? Wenn Du etwas gegen unsere nationale Ehre verlangst, uns kampfunfähig machen willst, dann heißt es allerdings nein.«

Damit verlasse ich den bisherigen Boden nicht. Ich bitte nur, die Maßnahme, die der Kriegsminister vorgeschlagen hat, rasch durchzuführen.

Staatssekretär Solf: Diese Maßnahme war doch auch damals schon in Aussicht genommen.

General Ludendorff: Seit dem April und viel länger noch kämpfe ich um Menschen. Sie sind mir nicht gegeben worden. Es ist doch eine Tatsache, daß wir 70 000 Mann monatlich zu wenig bekommen. Hört dieses Defizit auf, und die Kampfkraft des Feindes läßt nach, so braucht man nicht alle Bedingungen anzunehmen.

(Folgt Beratung anderer Fragen.)

Mr. 58.

Besprechung der Staatssekretäre am 17. Oktober 1918, nachmittags 5 Uhr.

Auszug.

Anwesend:

Die Excellenzen von Payer, Friedberg, von Balbow, Haßmann, Groeber, Scheidemann, Scheuch, Solf, Graf Rödern, Wahnschaffe; Direktor Deutelmoser, Geheimrat Simons und Geheimrat von Schlieben, Oberst von Haesten.

Später: Seine Großherzogliche Hoheit der Herr Reichskanzler, Excellenz Ludendorff, Oberst Heye.

Es erscheint mit Oberst Heye der General Ludendorff, an welchen Excellenz von Payer die Frage richtet, wie die in Österreich zu erwartende Katastrophe voraussichtlich auf unsere militärische Lage wirken würde.

Ludendorff: Nach Nachrichten des Generals Cramon sei der Geist der österreichischen Armee überraschend gut. Der Ausfall von Österreich würde natürlich sehr ungünstig wirken, ob allerdings auf unsere Truppen, das sei sehr zweifelhaft, da auch der Abfall Bulgariens auf diese keinen besonderen Eindruck gemacht habe. Gleichwohl befürworte er mit Rücksicht auf den zu befürchtenden Abfall Österreichs, die Fortsetzung der Friedensverhandlungen. Er sehe jedoch die Lage in Österreich nicht so an, daß wir dadurch gezwungen würden, jede Bedingung anzunehmen. Durch den Abfall Österreichs würde allerdings die italienische Armee frei, das sei natürlich schlimm. Schließlich sei aber dann immer noch Zeit, klein beigugeben.

Graf Rödern möchte wissen, ob militärischerseits große Befürchtungen deshalb gehegt würden, weil etwa einer der neuen Staaten in Österreich gegen uns gehen könnte und ob wir dagegen nicht Sicherungsmaßnahmen treffen müßten.

Ludendorff schätzt diese Gefahr militärisch nicht hoch ein, dagegen sei der Abfall Österreichs wirtschaftlich sehr schlimm, weil dann Bayern und Sachsen keine Braunkohlen mehr von dort bekämen.

von Baher: Sei es nicht möglich, daß, wenn neue militärische Misserfolge eintreten, wir die Front nicht mehr halten könnten, daß wir dann sofort Frieden schließen müßten?

Ludendorff: Wäre die Front so gesichert, daß man absolut nichts zu befürchten hätte, dann wäre die ganze Aktion von uns nicht gemacht worden. Er habe ja jetzt auch wieder ausdrücklich erklärt, daß die Aktion fortgesetzt werden solle. Wir würden vielleicht gezwungen sein, noch mehr zurückzugehen. Daß eine Katastrophe eintrete, befürchte er jedoch nicht. Werde aber trotzdem die Lage schlechter, dann müsse eben der angesponnene Faden weiter fortgesetzt werden. Jetzt müsse man aber die Lage mit etwas mehr Ruhe auf Grund der letzten Kriegsergebnisse ansehen. Wenn wir tatsächlich geschlagen werden sollten, so müßten wir eben sofort kapitulieren. Gefährlich könnte es werden, wenn wir bei Verdun eine Niederlage erlitten, sonst sehe er die Gefahr nicht für so groß an.

Solf: Die Frage sei, ob wir eine etwas heftigere Antwort wählen dürften, die unserer Würde entspräche, auch auf die Gefahr hin, daß Wilson abschnappe. Können wir dies verantworten?

Ludendorff: Ja, wir können es verantworten.

Scheuch weist darauf hin, daß die von ihm zugesagten Ersatzmannschaften erst nach und nach kommen könnten, womit sich Excellenz Ludendorff einverstanden erklärt und nur bittet, ihm sofort 75 000 Mann zu stellen.

Graf Rödern weist darauf hin, daß Oberst Heye vor einiger Zeit gesagt habe, es könne sein, daß wir bis zum Frühjahr die Front hielten, aber es könne auch täglich zum Durchbruch kommen. Vor einigen Tagen habe es an einem Faden gehangen, daß der Durchbruch gekommen wäre; die Truppen hätten keine Ruhe mehr.

Ludendorff: Durch Zurückziehung ersparen wir Truppen, da die Front kürzer wird.

Belasten wir die neue Note mit einer schärferen Tonart und schnappt darauf Wilson, so sehen wir daraus, daß er es niemals ehrlich gemeint hat.

Der Reichskanzler bestreitet das letztere. Nach eingegangenen Nachrichten will Wilson Frieden, wird aber durch England und Frankreich bedrängt.

Wir müssen uns klar sein, daß, wenn wir die Note so beantworten, wie beabsichtigt, Wilson dann schwere Bedingungen stellt.

Ludendorff spricht sich dafür aus, daß Wilson aufgefordert werde, sich über die Bedingungen zu äußern. Die Note müsse jetzt der Prüfstein sein, ob er es ehrlich meint und ob er auch die Macht hat, seinen Willen durchzusetzen.

von Waldow weist darauf hin, daß die Nahrungsmittelversorgung durch große Transporte an die Front sehr verschlechtert worden sei, auf längere Zeit sei das nicht zu ertragen.

Lubendorff bemerkt, daß er bereits mit dem Festseisenbahn-Chef dieserhalb gesprochen habe und hofft, daß bald Besserung eintritt.

Oberst Hehe erläutert seine früheren Worte. Sein Urteil gehe dahin, an der Lage im großen habe sich nichts geändert; die Armee bedürfe der Ruhe, je eher diese eintrete, um so besser. Als die D. S. V. sich zu dem Friedensvorschlag entschloß, ging man von der Ansicht aus, daß ehrenvoller Friede geschlossen werden könnte. Jetzt erst sehe man, daß es um Sein und Nichtsein ginge. Es müsse daher geprüft werden, ob der Entscheidungskampf nochmals aufgenommen werden könne. Die Unsicherheit der Lage bleibe für die D. S. V. heute noch bestehen. Man könne nicht eine Garantie dafür übernehmen, daß die 18. Armee nicht eine starke Niederlage erleidet, aber in den letzten 8 Tagen sei es gut gegangen. Allerdings werde der Gegner noch weiter stark angreifen, aber seine Kräfte seien doch geringer geworden, das zeigten jetzt die Kämpfe. Er würde den Versuch, uns zu schlagen, fortsetzen, mit Hilfe seiner Artillerie und zahlreicher Tanks. Dadurch entstehe großer Menschenverlust. Sögen wir uns kämpfend zurück, so müsse das Land zerstört werden, denn es müßte eine Sicherheitsgrenze zwischen dem Gegner und uns geschaffen werden.

Es sei möglich, daß der Feind in Lothringen angreife, dagegen seien Gegenmaßnahmen in Vorbereitung.

Die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Stimmung der Armee würde gehoben werden, wenn unser Angebot durch die Entente zurückgewiesen werden würde; es würde dies einen Auftrieb an moralischer Kraft geben. Den Entscheidungskampf müßten wir annehmen, wenn die Bedingungen, die uns gestellt würden, entehrende seien.

Die Aussichten für Haltung der Front im Elsaß seien gut. Die erste Linie hielten ältere Truppen, die zweite allerdings nur abgekämpfte Truppen. Es komme also nur darauf an, wie lange der Kampf dort dauere.

Lubendorff: Es zeige sich hier bei den älteren Truppen der Gehalt einer guten Friedensschule. Alte Leute zeigten den Wert der guten Friedensausbildung, daher habe er das Vertrauen, daß die Lothringer und Elsässer Front sich halten werden. Es sei auch zu berücksichtigen, daß auch die Ententetruppen sehr stark abgekämpft seien.

Darauf verlassen Excellenz Lubendorff und Oberst Hehe die Versammlung.

. . . .

Nr. 59.

Telegramm.

Brüssel, den 17. Oktober 1918, 11 Uhr 10 Min.

Der Kais. Gesandte an Auswärtiges Amt.

Am 10. Oktober meldete ich auf Grund der Aussagen eines wichtigen Vertrauensmannes, daß Wilson auf unsere als zustimmend erwartete Antwort in einer Weise replizierten würde, die seinen Willen erkennen ließe, er werde den Frieden nicht mit einem Autokratismus unterzeichnen. Seine weitere Taktik werde dahin gehen, die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen herbeizuführen.

Gestern, nach Bekanntwerden der Wilson-Antwort vom 15., sagte mir dieselbe Persönlichkeit: »Sie sehen, daß ich Sie richtig informierte. Ich kann Ihnen sagen, daß die beiden Hauptpunkte (Beseitigung der Willkürherrschaft, Sicherstellung der Überlegenheit der alliierten Armeen), ohne deren Erfüllung der Präsident keinen Waffenstillstand zuläßt, folgenden Sinn haben:

1. Vorheriger Thronverzicht Seiner Majestät des Kaisers und des Kronprinzen. Vielleicht wäre dann Regentschaft durch den für den Zivildienst ausgebildeten Bruder des Kronprinzen möglich. Lassen Sie sich nicht erst schrittweise dazu drängen. Dann geht Zeit verloren und Sie machen das Spiel der Franzosen und Engländer. Diese wollen durchaus nach Deutschland eindringen, worauf Wilson keinen Wert legt. Eine Angriffsbewegung, stärker als alle bisherigen, besonders an Material (Tanks), aber auch an Truppen, namentlich den vorsichtig ersparten Hochschen Reserven ist fertig vorbereitet und soll bis zum 1. November einsetzen. Die Entente hat Informationen über den Zustand der deutschen Armeen, die den Alliierten den vollen Erfolg dieser Offensive völlig sicher erscheinen lassen.

2. Klarstellung der Überlegenheit der Ententetruppen etwa dadurch, daß diesen Truppen die Besetzung von Mesopotamien eingeräumt wird, zunächst ohne dadurch der künftigen Regelung der Gebietsfrage vorzugreifen.«

gez. L a n d e n.

Nr. 60.

K. u. K. Österreichisch-Ungarische
Botschaft.

G e h e i m.

N o t i z.

Graf Burian möchte anlässlich der an Deutschland gerichteten Note des Präsidenten Wilson nochmals die Folgen einer etwaigen Ablehnung zur Erwägung stellen:

1. Die Möglichkeit des Eingreifens Bulgariens und Rumäniens;
2. Ausschlagen der Türkei;
3. Eingreifen der Ententeflotte im Schwarzen Meer;
4. Einbrechen der Orientarmee der Entente in Bosnien und von dort nach Kroatien;
5. Erfolgreiche Offensive der Entente in Südwesten bei gleichzeitiger Aufrückung der Westfront.

Beeinflusst durch diese Umstände könnte es, wenn Deutschland es im Falle des Scheiterns der Verhandlungen auf einen weiteren Kampf ankommen ließe, möglicherweise zu einer Katastrophe führen.

B e r l i n , den 18. Oktober 1918.

Nr. 61.

B e r l i n , den 18. Oktober 1918.

Herr von Hinge telephonierte mir, General Ludendorff ließe sagen, daß seine Stellungnahme von gestern abend durch die heutigen militärischen Ereignisse nicht verändert sei.

gez. von S t u m m.

Nr. 62.

Berlin, den 18. Oktober 1918.

An

tit. Kriegsminister.

Sehr verehrte Excellenz!

Ich habe mir die Frage, die wir gestern mündlich besprachen, noch durch den Kopf gehen lassen. Ich muß bei meiner Ansicht beharren: Die Armeeführer müssen gehört werden. Auch auf die Gefahr hin, daß Hindenburg und Ludendorff die Befragung der Armeeführer zum Anlaß nehmen wollten, ihren Abschied einzureichen. Bestärkt werde ich in dieser Überzeugung durch Andeutungen von absolut einwandfreier Seite, wonach die gestern von General Ludendorff ausgesprochenen Hoffnungen auch in seiner Umgebung nicht geteilt werden. Die Entscheidung ist zu gewaltig, kann zu verhängnisvoll sein, als daß sie auf 2 Männer gestellt werden könnte. Wir sind verpflichtet, alles, was in unserer Kraft steht, zu tun und nichts zu unterlassen, um das Richtige zu treffen. Hindenburg und Ludendorff können ihren Abschied in der jetzigen Lage nicht erzwingen, und wenn sie es dennoch tun sollten, kann dem von Ihnen und einigen meiner Kollegen befürchteten Eindruck entgegen getreten und der wahre Grund ihres Rücktritts leicht klar gestellt werden.

Die Befragung der Armeeführer hätte natürlich nicht vor unserer jetzigen Note an Wilson, sondern nach ihrer Beantwortung durch Wilson zu erfolgen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung Euer Excellenz sehr ergebener

Staatssekretär.

gez. Solf.

Nr. 63.

Telephonat vom 20. Oktober 1918, 1 Uhr nachts.

An den Herrn Reichskanzler.

(Übermittelt durch Oberst von Haefsten.)

»Die Lage hat sich nicht geändert. Die Türkei hat Sonderverhandlungen begonnen. Osterreich-Ungarn wird bald folgen. Wir werden sehr bald in Europa allein dastehen. Die Westfront ist in größter Anspannung. Ein Durchbruch bleibt möglich, wenn ich ihn auch nicht befürchte. Durch Absehen vom Feinde in Belgien und Zuführen des zugesagten Ersatzes könnte ein nachhaltiger Widerstand organisiert werden, der den Kampf an der Westfront in die Länge zieht und uns zwar nicht den ausgesprochenen Sieg beschert, wohl aber uns vor dem äußersten bewahrt. Aber selbst wenn wir geschlagen würden, ständen wir nicht wesentlich schlechter da, als wenn wir jetzt schon alles annähmen.

Es ist die Frage zu stellen: Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen, und sich damit die Mög-

sicherheit des Wiedererstehens sichern oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang v o r der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen?

Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Boot-Krieges ohne jede Gegenleistung beschreiten wir den letzteren Weg.

Wir würden zudem auf die Stimmung der durch die harten Kämpfe schwer geprüften Armee äußerst ungünstig einwirken. Ich kann daher der Note in diesem Punkte nicht zustimmen. Muß die Regierung, falls sie sich dieser Ansicht anschließt, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern, so muß sie entschlossen sein, den Kampf bis zum letzten Mann unserer Ehre halber auszukämpfen.

Ich kann mir trotz der ungemein schweren Lage der Armee keinen anderen Weg denken und hoffe fest, daß die Regierung für diesen schweren Entschluß das ganze Vaterland hinter sich haben wird.

Im einzelnen schlage ich noch folgende Änderungen des mir übersandten Wortlauts vor:

1. Absatz 3 muß lauten: »Zerstörungen infolge von Kampfhandlungen werden immer notwendig sein und sind völkerrechtlich gestattet.«
2. Absatz 5 hinter den Worten: »aufklären zu lassen,« ist einzufügen: »Sie hat durch solche neutrale Kommissionen bereits Erhebungen veranlaßt, z. B. in Tournai, Valenciennes und anderen Orten. Die Feststellungen dieser Kommissionen haben die Unrichtigkeit der Anklagen wegen Verletzung des Völkerrechts ergeben.«

gez. Generalfeldmarschall v o n H i n d e n b u r g.

Nr. 64.

Die dritte deutsche Note.

Die Deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen sei und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die Deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderungen gut heißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Ahabnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würden.

Die Deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungeseklicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutsche Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer nötig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die Deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet habe.

Die Deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der Deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr nicht dafür übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes auf See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Empfinden den Frieden der Welt stören kann. Daraus antwortet die Deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierung es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

gez. Solf.

Nr. 65.

Ferngespräch

Des Generals Ludendorff an Herrn Oberst von Haefen.

Großes Hauptquartier, den 21. Oktober 1918.

Sehr dringend.

Um womöglich die Schwierigkeiten, die sich bei der Reichsleitung ergeben hatten, zu beheben, hatte ich mich bemüht, einen Zusatz bezüglich der U-Boote zu finden. Ich hatte Ezellenz von Hünze und General von Bartenwerfer gebeten, einen Vermitte-

lungsbefehlsgesetz zu machen. Da Oberst von Saeften jedoch meinet, daß die Note abgegangen ist, bleibt mir nur übrig, den mir vorgelegten Entwurf der beiden Offiziere zur Kenntnis zu bringen.

Hinter den zweiten Absatz über die U-Boote würde hinzuzufügen gewesen:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ersieht aus dieser Anweisung an die U-Boote, daß auch dieses von ihm angeführte Hinderniß für eine Durchdringung auf dem Wege gehandelt ist. Der Präsident möge sich indessen darüber klar sein, daß mit Verlassung der Passagierschiffe, die doch erwiesenermaßen auch Kriegsgesunden dienen, die deutsche Regierung im Interesse der Menschlichkeit und zur Vermeidung weiteren Blutvergießens auf ein als Kriegsmittel verzichtet hat, zu dessen Anwendung sie von England durch die unklugrechtswidrige und Lausurbe von unschuldigen Opfern — Frauen und Kinder — bestehende Sperre gezwungen worden ist. Das deutsche Volk kann in einem Kampf auf Leben und Tod gegen die Menge seiner Feinde unmöglich diesen Verzicht auf ein ihm durch den Feind aufgedrängtes Kriegsmittel aufrecht erhalten, wenn nicht allmählich durch Eintritt der allgemeinen Waffenruhe eine Gleich geschaffen wird. Die deutsche Regierung muß daher aus Gründen der Billigkeit und der Selbsterhaltung auf dieses Kriegsmittel wieder zurückgreifen, falls nicht binnen kurzer Frist eine Waffenruhe im Krafte tritt.

gez. Tudenborff.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

Herrn Staatssekretär des Reiches

Dr. Wolff, Czerning,

ergibt sich vorgelegt.

gez. von Saeften, Oberst.

20. Oktober 1918.

Die Note ist bereits abgegangen. Der Aufsatz würde aber unendlich gewesen.

Wolff.

Nr. 66.

Telegramm.

München, den 20. Oktober 1918.

Der Reich. Befehle an Kaiserlichste Kant.

Es ersucht mich Pflicht, bringend davon zu warnen, aus dem geschlossenen Laß der gesamten Droße Schiffe auf die weitere Stimmung zu gehen. Tatsächlich wünscht überwiegende Mehrheit nur Frieden.

Trentler.

Aktenstücke über den U-Boot-Krieg während der Zeit vom 10. bis 24. Oktober 1918. Nr. 67 bis Nr. 75.

Nr. 67.

Telephonmitteilung.

An den Herrn Reichskanzler.

Berlin, den 10. Oktober 1918.

Kapitän v o n H o r n vom Admiralstab teilt mit, daß U-Boot-Kreuzer von der amerikanischen Küste abberufen werden würden.

gez. Freiherr v o n d e m B u s s f e r.

Nr. 68.

Telegramm.

Bern, den 11. Oktober 1918.

Der Kais. Gesandte an Auswärtiges Amt.

G e h e i m.

Falls unsere Antwort entgegenkommend lautet, beurteilt X. die Weiterentwicklung der Wilsonschen Aktion optimistisch. Der Gedanke bereitet ihm aber die allergrößte Sorge, daß vielleicht unglücklicherweise durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote an der amerikanischen Küste diese Entwicklung gestört werden könnte. Es liege die Gefahr vor, daß, falls es Unglück wolle, daß gerade in diesen Tagen die Nachricht eintreffen sollte, daß Passagierdampfer mit amerikanischen Staatsangehörigen versenkt worden seien, Wilson dem dann entstehenden Entrüstungsluxus nicht werde standhalten können. X. legt daher nahe, ob nicht durch die Bekanntgabe, daß man versucht habe, sich mit den in See befindlichen Unterseebootkommandanten in Verbindung zu setzen, um ihnen Schonung der Passagierdampfer anzuempfehlen, irgend etwas zur Verhütung dieser Gefahr unternommen werden könnte.

Wichtig sei ferner, daß die Antwort auf Wilsons Note baldmöglichst die Zustimmung des Reichstages erhält, was gleichzeitig Vertrauensvotum für neue Regierung bedeuten würde, das noch vermißt werde.

gez. K o m b e r g.

Nr. 69.

Briefauszug.

Bern, den 12. Oktober 1918.

Hochzuverehrender Herr Staatssekretär!

Das einzige, was zunächst wieder große Komplikationen schaffen könnte, wäre die womöglich gerade jetzt erfolgende Versenkung eines Schiffes mit amerikanischen Passagieren usw. durch ein U-Boot. Bei dem Pech, das unsere Marine nun einmal hat, erscheint dieser Fall nicht unmöglich. Ein entsprechendes Telegramm ist gestern von Herrn Gesandten an das Auswärtige Amt abgegangen.

Ihrer Exzellenz ergebenster
X.

Nr. 70.

Telegramm.

Berlin, den 12. Oktober 1918.

An
die Gesandtschaft Bern.

E. E. können dem Betreffenden vertraulich mitteilen, daß die Kaiserliche Regierung bereits den Versuch gemacht hat, ihren Seestreitkräften den Befehl zukommen zu lassen, von Versenkungen an der amerikanischen Küste nunmehr abzusehen. Dafür, daß die Weisung unsere U-Boote rechtzeitig erreicht, könne angesichts der technischen Schwierigkeiten der Befehlsübermittlung allerdings keine Garantie übernommen werden.

gez. Staatssekretär.

Nr. 71.

Telephonat

vom 16. Oktober 1918, 7 Uhr 1 Minute abends.

Gegeben Presseabteilung Dresden.

Hier wird eine Meldung vorgelegt folgenden Inhalts: Die englische Regierung behauptet, sie habe Beweise in der Hand, wonach die Torpedierung der *Leinster* erfolgt sei auf Grund von Befehlen, die die Versenkung von Passagierdampfern in dortigen Gegenden angeordnet haben, und zwar nach Einleitung des deutschen Friedensschrittes. Diese Beweise seien dem Präsidenten Wilson, bevor er seine Antwort gegeben habe, zur Verfügung gestellt worden.

Auswärtigem Amt zur Kenntnissnahme ergebenst übersandt.

Ich habe aus guter Quelle gehört, daß ungefähr vor 14 Tagen ein Befehl zur Verschärfung des U-Boot-Kriegs an die Marine ergangen sei.

gez. Solf.

Nach Mitteilung des Admiralstabes (Kapitän Horn) entbehrt anliegende Mitteilung jeder Begründung.

Seiner Exzellenz Herrn Unterstaatssekretär von Stumm vorzulegen.

gez. Haniel.

Nr. 72.

Telegramm.

W i e n , den 21. Oktober 1918.

Der Kais. Botschafter an Auswärtiges Amt.

Marineattaché meldet, daß hiesige Regierung den U-Boot-Krieg eingestellt hat.

gez. W e b e l.

Nr. 73.

Telegramm.

G r o ß e s H a u p t q u a r t i e r , den 24. Oktober 1918.

Der Kais. Legationsrat an Auswärtiges Amt.

Nur eigenhändig für Herrn Gesandten Haniel.

Höre privatim streng vertraulich, daß alle U-Boote zurückgerufen seien.

gez. F e r s n e r.

Nr. 74.

Chef des Admiralstabes
der Marine.

B e r l i n , den 24. Oktober 1918.

G a n z g e h e i m !

Auf Ersuchen der Seekriegsleitung wird Euer Exzellenz nachstehend der Wortlaut des den U-Booten erteilten Befehls übermittelt:

»Sofort Rückmarsch antreten. Wegen im Gange befindlichen Verhandlungen jegliche Art von Handelskrieg verboten. Auf Rückmarsch befindliche U-Boote Kriegsschiffe nur Tags angreifen. Schluß.

Admiral.«

Der Chef des Admiralstabes, Admiral Scheer, hat gleichzeitig Weisung hiether gegeben, daß dieser Wortlaut Euerer Exzellenz persönlich übermittelt werden soll.

In Vertretung: gez. v o n T r o t h a.

An den

Kaiserlichen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

Wirklichen Geheimen Rat, Herrn Dr. S o l f , Exzellenz, hier.

Nr. 75.

Telegramm.

Berlin, den 25. Oktober 1918.

S a n z g e h e i m !

Bitte streng vertraulich zur Verwendung gegenüber Präsidenten mitteilen, daß alle U-Boote Befehl erhalten hätten, zurückzukehren und sich wegen der Verhandlungen mit Präsidenten jeglicher Art Handelskriegs zu enthalten.

Staatssekretär.

An den Gesandten in Bern.

Von der dritten Note Wilsons bis zur Antwort darauf. Nr. 76 bis Nr. 85.

Nr. 76.

Wilson's dritte Note vom 23. Oktober 1918.

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und deutliche Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Vorbedingungen für den Frieden, welchen er in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongreß der Vereinigten Staaten niedergelegt hat, sowie die Grundsätze einer Friedensregelung, welche in seinen folgenden Botschaften und namentlich in der vom 27. September verkündet wurden, annimmt, und daß sie wünscht, über die einzuleitenden Schritte und deren Anwendungen Besprechungen zu eröffnen, und daß dieser Wunsch und dieses Ziel nicht seitens derjenigen ausgesprochen wurde, die bisher Deutschlands Politik diktierten und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Krieg führten, sondern seitens eines Ministeriums, das für die Mehrheit des Reichstages und für eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht, und nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Gesetze der Menschlichkeit und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser wie zu Lande durch die deutschen Streitkräfte beachtet werden, empfindet der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näher zu treten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzuschlagen er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen.

Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlag übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen für einen Waffenstillstand zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker völlig wahren und das unbeschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens gewährleisten würde, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bringen, daß es die Bedingungen und Grundsätze des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion entspringt.

Der Präsident fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Äußern in seiner Note vom 20. Ok-

tober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden. Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind. Aber der gegenwärtige Krieg war es nicht. Und um den gegenwärtigen Krieg handelt es sich. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten könnten, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leide und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung.

gez. C a n s i n g.

Nr. 77.

Telegramm.

M ü n c h e n , den 25. Oktober 1918.

Der Kais. Gesandte an Auswärtiges Amt.

Für den Herrn Reichskanzler.

G e h e i m !

Ich erfülle eine schwere Pflicht, wenn ich Euerer Großherzoglichen Hoheit melde, daß hier in Bayern von berufener Seite die gestern abend bekanntgewordene Antwort Wilsons so gedeutet wird, daß sie sich in ihrem letzten Abschnitt direkt gegen die Person unseres Kaisers kehrt. Der Ministerpräsident und der Kriegsminister sind der Ansicht, der Wortlaut der Note lasse andere Deutung nicht zu; durch die verhüllte Ausdrucksweise solle lediglich Gelegenheit gegeben werden, den schmerzlichen Schritt freiwillig zu tun. In jedem Falle treten die Genannten dafür ein, daß Seiner Majestät offen dargelegt

werden müsse, daß die Feinde keinen annehmbaren Frieden bewilligen würden, wenn das große Opfer nicht gebracht würde. Wenn dann Seine Majestät Verzicht leistet auf die Kaiserwürde, so würde er nur im Geiste seines 26jährigen Friedenswerkes handeln und dieses krönen. Seine Gestalt würde als die des hochherzigsten, edelsten und aufopferndsten Wohltäters des deutschen Volkes in der Geschichte weiterleben.

Graf Verchenfeld erhält entsprechende Instruktion.

Leutler.

Nr. 78.

Telegramm.

Bern, den 25. Oktober 1918.

Der Kais. Gesandte an Auswärtiges Amt.

G e h e i m !

Um Übermittlung nachstehenden Telegramms bittet mich Fürst Hohenlohe-Langenburg:

»Prinz Max von Baden, persönlich!

Berlin.

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich eben, daß der Schluß der heutigen Wilson-Note, als einziger Weg zu einem einigermaßen erträglichen Frieden, kaum anderes als über die Abdankung des Kaisers führe. Es scheint, daß Wilson anerkennt, die monarchische Staatsform entspreche der Geschichte und den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, die Vorstellungen aber, die in Amerika selbst und in der ganzen Entente über die Person des Kaisers, die Rolle, welche er im Kriege spielt und seinen Einfluß auf die Leitung der inneren und äußeren Politik herrschen, vermag er nicht mehr zu beseitigen. Nach der Meinung meines Gewährsmannes würde eine solche Tat des Kaisers es Wilson leichter machen, zugunsten seiner Friedenspläne auf den Senat einzuwirken, der in der letzten Zeit Einfluß im Sinne einer gänzlichen Niederwerfung Deutschlands gewinnt. Gleichzeitig würde durch sie die Friedensströmung auch in den übrigen Ententestaaten gestärkt werden. Dies würde die Erhaltung der Dynastie sichern, die gleich allen deutschen Dynastien gefährdet sein würde, wenn — wofür die Entente zweifellos sorgen würde — der Glaube erweckt werden könnte, daß der Frieden an der Person des Kaisers gescheitert sei.

Meinem Gewährsmann zufolge ist übrigens die Schwäche unserer militärischen Lage den Amerikanern zu bekannt, um bei ihnen, selbst im Falle eines Aufruhrs zur nationalen Verteidigung über den endgültigen Sieg der Entente Zweifel aufkommen zu lassen. Unser Zusammenbruch sei nur eine Frage der Zeit. Sollte versucht werden, den Endkampf hinauszuziehen, so würde das nur als ein neuer Beweis des Vorwiegens militärischer Einflüsse betrachtet werden und den Verdacht nähren, daß man sich auf unsere ganze innerpolitische Wandlung nicht verlassen könne.

So schwer mir dies fällt, halte ich es bei der ungeheuren Tragweite der zu fassenden Entschließungen für meine Pflicht, Dir persönlich diese Mitteilung zu machen. Ihr Urheber ist wegen seiner Persönlichkeit und seiner Beziehungen durchaus ernst zu nehmen.

gez. E r n s t H o h e n l o h e .

Vorstehendes Telegramm beruht auf Mitteilungen meines Vertrauensmannes.

gez. N o m b e r g .

Nr. 79.

Aufzeichnung.

B e r l i n , den 25. Oktober 1918.

An

Staatssekretär.

Herr von Verdner telephonierte mir, daß die D. S. U., die heute Nachmittag zusammen mit Herrn von Hinge eintreffen werde, sehr »wild« sei und auf einer Ablehnung des Wilsonschen Waffenstillstandes bestehen werde. Auf Grund seiner langjährigen Erfahrung im Großen Hauptquartier und seiner über die gegenwärtige militärische Lage gemachten Beobachtungen und eingezogenen Informationen könne er aber nur auf das d r i n g e n d s t e davor warnen, etwaigen Versprechungen der D. S. U. Glauben zu schenken und uns in der einmal eingeschlagenen Friedenspolitik auch nur im geringsten beirren zu lassen. Die militärische Lage sei heute mindestens ebenso hoffnungslos wie vor 3 Wochen, da eine Besserung nicht zu erwarten und es nur eine Frage von Wochen, höchstens wenigen Monaten sei, wenn der Feind bei uns im Lande stehe.

Auf meine Frage, wie ein Wechsel in der D. S. U. auf die Front wirken würde, sagte Herr von Verdner: daß bei einem Teil der Armee dies vielleicht u n g ü n s t i g , bei dem größeren Teil aber g ü n s t i g wirken würde, da man das Vertrauen in die gegenwärtige D. S. U. verloren habe.

gez. S a n i e l .

Nr. 80.

B e r l i n , den 25. Oktober 1918.

G. U.

In der heutigen Pressekonferenz verlas der Chef des Kriegspresseamts im Auftrage der Obersten Heeresleitung zwei Telegramme des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zur vertraulichen Kenntnis und zur Verbreitung durch die Mundpropaganda, nicht aber durch die Presse.

Das erste dieser Telegramme war gerichtet an den Herrn Reichskriegsminister und legte Verwahrung ein gegen Gerüchte, die behaupteten, der Generalstabmarschall habe seinerzeit ein freiwilliges Rücktrittsgesuch verlangt und dabei darauf hingewiesen, es handele sich um eine Sache von Stunden.

Das zweite Telegramm war an die Romanowitzen abends gerichtet und brachte zunächst eine kurze Analyse der Wilsener Massenschwärme. Dann folgte die Erklärung, diese seien für das Militär unannehmbar. Es bliebe daher nichts übrig als Kampf bis zum Letzten.

gez. von Schmittschalk.

Nr. 81.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 26. Oktober 1918.

Der Kaiser. Exzellenzstat an Nachrückiges Amt.

Geheim.

Reichsmarschall von Hindenburg soll umgehend abends Erlaß an die Armee herausgegeben haben, in dem er die letzte Willensentscheidung als Deutschlands unteilbar bezeugt und Kampf bis zum Ende befehlet.

Sturmtruppe Hellwig hat ihre schwere Arbeit gegen den Feind geleistet. Der Reichsmarschall hat dann den Erlaß gestern abends wieder zurückgezogen. Bei einer Armee soll er aber bereits bis zu den Ostwallenständen gelangt sein.

gez. Beckner.

Nr. 82.

Staatssekretärsetzung am 26. Oktober 1918.

Anwesend:

Agallinger von Dager, Graf Röhren, Friedberg, Scheibemann, Trimbora, Gröber, Engelberger, Hausmann, Schenk, Wolf, Wagnerschiff.

Auszug.

von Dager kommt auf seine persönliche Befreiung mit dem Herrn der O. G. U. zurück. Sie hätten ihn zu übergeben versucht, daß man Verhandlungen abbrechen und mit einer Proklamation an das Volk dieses zu den Waffen zu rufen suchen müßte. Er habe sich auf andere Standpunkt gestellt. Die würden Rede beantworten in dem Sinne, daß man sich nach Bedingungen erkundige. Die Herren seien der Ansicht gewesen, man dürfe nicht weiter verhandeln, unser Herr würde unbedingt auf festem Boden und dürfe nicht kapitulieren. Auf seine Fragen, welche Chancen wir bei

einem Weiterkämpfen hätten, einen besseren Frieden zu erlangen, hätten sie ihm keine direkte Erklärung gegeben. Sie hätten nur gesagt, wenn wir noch einige Monate aushalten könnten, so würde sich auf der andern Seite eine stärkere Friedenssehnsucht geltend machen, besonders in Frankreich, aber auch in England. In Frankreich könne man auch mit inneren Unruhen rechnen. Er sei dem nicht beigetreten und habe auf der andern Seite auf die schlimmen Zustände in Oesterreich hingewiesen und gefragt, ob die nicht auch für uns von verhängnisvollem Einfluß sein könnten. Er habe darauf keine Antwort erhalten. Er sei aber aufgefordert worden, sich dahin festzulegen, daß, wenn wir ein sehr ungünstiges Waffenstillstandsangebot erhielten, wir eine Erhebung des Volkes in die Wege leiten würden. Er habe es abgelehnt, sich darauf festzulegen und seinerseits die Forderung gestellt, daß noch andere Heerführer gehört werden müßten. Dies sei von Hindenburg in weniger entschiedener Form, von Ludendorff dagegen sehr energisch abgelehnt worden.

Scheuch ergänzt diese Bemerkungen noch dahin, daß seitens der D. S. L. noch die Kohlennot beim Feinde und das Nachlassen seiner Kampfkraft zu unsern Gunsten erwähnt worden sei. Die Heeresgruppen Rupprecht und Deutscher Kronprinz hätten in den letzten Tagen starke Angriffe abgewiesen. Zwischen Clemenceau und Foch bestehe ein erheblicher Gegensatz wegen der uns aufzulegenden Bedingungen. Ersterer erhebe sehr scharfe Forderungen, die Foch ablehne, also unsere Kampfkraft noch höher einschätze. Die Herren der D. S. L. hätten noch besonders auf ein französisches Urteil der letzten Tage hingewiesen, daß die deutschen Armeen sich noch sehr gut hielten, aber es in Frankreich in 4 Wochen zu Ende sei, wenn es noch so weiter gehe. Hindenburg habe noch gesagt: wir sind über den Berg gekommen. Nicht nur unsere Truppen halten, sondern beim Gegner bestehen erhebliche Schwierigkeiten. In 14 Tagen werden wir weiter sehen — also Zeit gewinnen — sei der Schluß seiner Ausführungen gewesen. Die Mißerfolge hat Hindenburg zugegeben, sie seien aber nicht entscheidend gewesen.

Er selbst habe sich für die Anhörung anderer Generale ausgesprochen, die Unterhaltung sei aber nicht zum Abschluß gekommen. Er habe den Eindruck, daß, wenn ein Druck ausgeübt würde, die Anhörung dann doch noch möglich sei. Vielleicht ließe sie sich gleich nach Absendung der Note, und zwar an zwei Stellen der Front vornehmen.

Fortsetzung nachmittags 1½ Uhr.

von Bayer teilt vertraulich mit, daß Seine Majestät das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff angenommen, dagegen Exzellenz Hindenburg bewogen habe, im Amte zu bleiben.

... (folgt Beratung des Textes der Note.)

Nr. 83.

Telegramm.

(Der Kaiser von Oesterreich an den Deutschen Kaiser.)

27. Oktober 1918.

»Teurer Freund!

Es ist Meine Pflicht, Dir, so schwer es Mir auch fällt, zur Kenntnis zu bringen, daß Mein Volk weder imstande noch Willens ist, den Krieg weiter fortzusetzen.

Ich habe nicht das Recht, Mich diesem Willen zu widersetzen, da Ich nicht mehr die Hoffnung auf einen guten Ausgang hege, für welchen die moralischen und technischen Vorbereitungen fehlen, und da unnützes Blutvergießen ein Verbrechen wäre, das zu begehen, Mir Mein Gewissen verbietet.

Die Ordnung im Innern und das monarchische Prinzip sind in der ernstesten Gefahr, wenn wir dem Kampf nicht sofort ein Ende bereiten.

Selbst die innigsten bundesbrüderlichen und freundschaftlichsten Gefühle müssen vor der Erwägung zurückstehen, daß Ich den Bestand jener Staaten rette, deren Geschieke Mir die göttliche Vorsehung anvertraut hat.

Deshalb kündige Ich Dir an, daß Ich den unabänderlichen Entschluß gefaßt habe, innerhalb 24 Stunden um einen *S e p a r a t f r i e d e n* und um einen sofortigen Waffenstillstand anzusuchen.

Ich kann nicht anders, Mein Gewissen als Herrscher befiehlt Mir also zu handeln.

In treuer Freundschaft

K a r l . *

Nr. 84.

Telegramm.

Berlin, den 27. Oktober 1918.

Lit. G r ü n a u.

Einer Meldung aus Wien zufolge bestehen dort Zweifel an unserer Bereitwilligkeit zur Fortführung der kürzlich eingeleiteten Friedensaktion. In diesem Sinne gehaltene tendenziöse Nachrichten dürften auch an Kaiser Karl gebracht worden sein und ihn zur Abfassung des Telegramms an Seine Majestät bestimmt haben. Unter diesen Umständen möchte ich die Absendung eines Telegramms an Kaiser Karl empfehlen, das beruhigend auf ihn einwirkt und geeignet ist, ihn von übereilten Schritten abzuhalten. Bitte demgemäß nachstehenden Entwurf Allerhöchsten Orts zum Vorschlag zu bringen:

»Teurer Freund! Die Ankündigung Deiner Absicht, unsern Gegnern einen Sonderfrieden anzubieten, hat mich auf das schmerzlichste überrascht. Du würdest durch Ausführung dieses Gedankens den Plan unserer Feinde freie Bahn öffnen, die darauf ausgeht, durch Trennung unserer Reiche unsere Länder leichter ihrem Willen zu unterwerfen und ihre antimonarchischen Ziele zu verwirklichen.

Einen baldigen Frieden wünschen unsere Völker und Regierungen. Nach ihm ist Mein Sinnen ebenso gerichtet wie Deins; ihm zu dienen habe ich schwere persönliche Opfer gebracht, denn dem Wohl Meines Volkes ordne ich eigene Interessen willig unter. Die im Einvernehmen mit Deiner Regierung kürzlich eingeleitete Aktion bezweckt die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und des demnächstigen Friedens; die Verhandlungen befinden sich im Fluß und können in wenigen Tagen zu dem Ergebnis führen. Die bisherige Zusammenarbeit unserer Regierungen, deren Aussichten nicht ungünstig erscheinen, würde durch eine Sonderaktion Deiner Regierung im jetzigen Augenblick auf das äußerste gefährdet werden. Schon die Bedingungen für den Waffenstillstand werden sehr viel schwerer werden, wenn unsere Gegner erfahren, daß unser Bund gesprengt ist.

Das berührt unsere Reiche in gleicher Weise. Ich bitte Dich daher dringend von jedem Schritt abzusehen, der den Eindruck erwecken kann, daß wir nicht mehr einig sind.

Je fester wir auch fernerhin zusammenstehen, desto größer sind die Aussichten, daß unsere Gegner, die ebenfalls schwer unter den Lasten und Schrecken des Krieges leiden, sich zu Friedensbedingungen verstehen, die mit der Ehre und den Interessen unserer Völker im Einklang sind.

Ich erwarte von Dir, daß Du Deine Regierung sofort veranlassen wirst, nur im vollen Einvernehmen mit der Meinigen die mit den Vereinigten Staaten eingeleiteten Verhandlungen fortzuführen.

In treuer Freundschaft

Wilhelm v.
gez. Staatssekretär.

Nr. 85.

Die vierte deutsche Note.

Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntniß genommen. Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

gez. Solf,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Bon der Anhörung der Generale bis zur vierten Note Wilsons. Nr. 86 bis Nr. 101.

Nr. 86.

Staatssekretärsitzung vom 28. Oktober 1918 vorm. 10 Uhr.

Anwesend:

Exzellenzen von Payer, Friedberg, Graf Rödern, von Mann, Groeber, Scheidemann, Erzberger, Trimborn, Wahnschaffe; Geheimräte Simons, von Schlieben, von Stumm.

Es erscheinen die Generale von Mudra und von Gallwitz.

von Payer: Wir haben das selbstverständliche Bedürfnis, in diesen kritischen Tagen von verschiedener sachverständiger Seite zu hören, wie wir die Lage aufzufassen haben. Wir möchten bitten, über die militärische Lage, Stimmung und ganze Situation im Heere sowie über die Meinung der Herren Auskunft zu erhalten, ob wir überhaupt und mit welcher Aussicht auf Erfolg weiterkämpfen können.

von Gallwitz: Die Armees hat in den monatelangen Kämpfen natürlich gelitten. Fortgesetzte Offensiven und rückwärtige Bewegungen haben sie angegriffen. Die Kopffzahl der einzelnen Verbände ist stark zurückgegangen. Gleichwohl haben diese geschwächten Divisionen in letzter Zeit noch sehr guten Widerstand geleistet, die geringe Zahl der Kämpfer tritt in der Defensivve weniger in die Erscheinung wie bei Offensiven; zu solchen Kampfhandlungen seien wir augenblicklich nicht befähigt, wohl aber zu nachhaltiger Abwehr. Der Gegner sei uns sehr überlegen. Er werde auch militärisch sehr gut geführt. Andererseits habe unsere Truppe zahlreiche Beispiele von persönlicher Tapferkeit und jähem Widerstand gegeben. Der Franzose sei selbst auch sehr geschwächt. Seine Einheiten wären verringert. Der Engländer sei zahlenmäßig besser daran, aber auch seine Angriffskraft sei stark gesunken. Der Amerikaner sei besonders frisch und zahlenmäßig sehr stark. Er habe auch vorzügliches Menschenmaterial in den ersten Kampfhandlungen eingestellt. Leute in den zwanziger Jahren. Diese guten Divisionen hätten aber ganz kolossale Verluste erlitten. Der Amerikaner empfindet das. Seine Stimmung sei daher nicht begeistert. Sein politisches Verständnis sei erschreckend gering, aber es seien urwüchsige frische Leute in den besten Jahrgängen. Aber es wäre anzunehmen, daß die Ersatztransporte jetzt die älteren Jahreshklassen bringen würden. Der Amerikaner sei ein sehr zu schätzender Gegner; seine Angriffskraft habe aber jetzt nach großen Verlusten sehr nachgelassen. Er werde aber nach Ergänzung zweifellos zu neuen Stößen vorgehen.

Unsere Kräfte haben zweifellos gut gehalten. Es steckt also in unserer Truppe noch ein guter Kern und noch sehr viel Elemente, die widerstandsfähig sind. Aber die moralische Einwirkung aus der Heimat hat sich sehr ungünstig bemerkbar gemacht; besonders die Länge des Krieges und die Lage der Verwandten in der Heimat habe ungünstig auf die Widerstandskraft der Truppe eingewirkt. Ebenso habe oft der Heimatsurlaub schlecht gewirkt. Die Leute seien oft in schlechterer Stimmung aus der Heimat zurückgekommen als sie dahingegangen seien. Ungünstig habe sich auch bemerkbar

gemacht, daß wir die Pressen aller Richtungen ungehindert hätten im Lichte sich betheiligen lassen. Auf dem Boden der Kriegsunfähigkeit und der Schwäche nach dem Frieden sowie beeinflusst durch politische Vorgänge in der neueren Zeit, habe sich eine schlechte Stimmung gegen das Vaterland, insbesondere auch gegen die Disziplin, bemerkbar gemacht. Es seien nicht nur einzelne Teile und gewisse Zentren, aus denen die Stimmung hervorgehe und die der Führung bekannt seien. Ueberlich trete es im Nachhinein der militärischen Haltung und der Disziplin entgegen, im Kampfe bewies, daß diese wichtigsten Elemente nicht die Armeen verläßen, nicht sich brächen. Die Druckregiment habe einen erschreckenden Ansehensverlust angenommen, besonders in Wallgeschichten. Die innere Struktur der Armeen habe durch diese Vereinigung gelitten, und dies mache sich neben der zahlenmäßigen Überlegenheit besonders bemerkbar. In allerletzter Zeit habe unser Wasserstillstandsgesetz ungünstig gewirkt. Ferner die Zulassung ja der Ausrüstungsverbesserung.

Zunächst könne die Armee noch als widerstandsfähig hingestellt werden, wenn gewisse strategische Maßnahmen getroffen und die Stimmung gehoben würde. Zunächst müsse für erhöhten Erfolg gesorgt werden, auch müsse sonst in der Heimat noch weiter durchgesetzt werden, einmal am Orte zu belehren, andererseits um der Stimmung in der Armee darüber entgegenzutreten, daß noch viel Kriegsvorbereitungsfähige Leute sich in der Heimat herumbrühten. Auf qualitativer Seite müsse die Stimmung in der Armee gehoben werden. Nach seiner Meinung sei es notwendig, daß, wenn wir uns entschließen, noch weiter zu kämpfen, ein gewaltiger Appell an Heimat und Herz ergeht. Hierdurch würde auch ein großer Einbruch auf die Fronte erzielt werden. Das jetzige schlechte Ersuchen um einen Wasserstillstand habe nur den Eindruck unserer Schwäche gemacht. Der Gegner sei zu gut geführt und mit einer vorzüglichen Propaganda versehen. Durch diese sei jetzt ein wilder Kriegssturm beim Gegner entfacht. In unsern militärischen Reihen kommen nun diese fortgesetzten Witten um einen Wasserstillstand. Dieser Rücksicht von unserer Schwäche beim Feinde könne nur dadurch entgegenzutreten werden, daß wir ihm die Übergangung behalben, daß wir noch nicht aus dem letzten Pocher pflissen. Ein allgemeiner Appell an das Volk müsse von allen Stellen gemeinsam ausgehen, so daß durch Zustimmung und Vorbereitung alles Fremdenbe zurückgestellt werde. Ein Appell des Kaisers allein würde bei den jetzigen Verhältnissen nicht ausreichen. Erschütterte Kreise der Armee seien damit einverstanden, daß die neue Regierung die Sache mit in die Hand nehme. Wenn sie zu der Übergangung läre, daß wir nicht glatt zu kapitulieren brauchen, was er für ein Angebot ansehen würde, so müsse alles Fremdenbe in Armeen und Volk zurückgestellt und ein großer gemeinsamer Appell von der alten Gewalt und von der neuen Regierung an Volk und Marine ergehen, dadurch wäre eine gute Wirkung auf den Feind zu erwarten. Jetzt müßten wir das letzte Mittel zeigen, um zu beweisen, daß es noch nicht zu schlecht mit uns stehe.

General von Mante stimmt vollständig bei. Wir hätten keine Veranlassung, die Fronte ins Reich zu werfen. Die Hauptschwierigkeit sei, daß die Armeen ermüdet sei. Wenn wir erreichen könnten, daß wir so viel Erfolg bekämen, um einige Divisionen mal wieder schickeln zu lassen, dann sei es gut. Das einzige Widerwärtige zum Kampf sei die Stärke der Truppe. Wir brauchen wir mehr Erfolg und nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen. Der gemeinsame Appell an Volk und Herz müsse von Kaiser und Reichsleitung zugleich erfolgen, dann würden die schlechtesten Teile der Armeen wieder dazu geführt werden, wieder alles für die Not des Vaterlandes herzugeben. Wir brauchen noch lange nicht zu kapitulieren. **A u b e r e s f e i e s a l l e r d i n g s .**

wenn Österreich waderlig werbe. Dann könnten allerdings Entschärfungen eintreten, daß wir geduldet werden, etwas eher den Rouver mit Nagel zu fassen, indem wir den Feinde entgegenkommen müßten.

von Payer dankt beiden Generalen für ihre wichtigen Aufschätzungen und fragt sie, wie lange sie glauben würden, daß das Auffahren der Begeisterung und Stimmung dauern würde, und wie lange wir überhaupt widerstehen könnten. Was für Maßnahmen hätten wir bei einem Wehrkampf, und wann würde der Zeitpunkt eintreten, wo wir unterliegen müßten?

von Salmir: Auf eine bestimmte Zeit könne er sich natürlich nicht festlegen. Jetzt könne zunächst der Winter, dann würden wir etwas mehr Ruhe haben. Gielten wir aber über den Winter aus, dann würden wir einen besseren Frieden bekommen. Ein allfälliger Aufbruch durch eine großartige Offensive mit vollem Sieg halte er für uns allerdings nicht mehr für möglich. Wohl aber fest, besonders Durchhalten. Wenn der Feind sehe, daß wir uns doch nicht besiegen ließen, so werde er zu unabhängiger Auffassung kommen. Auf Grund der jetzigen Lage werde nur die Kapitulation von uns gefordert werden. Schlimmer als diese können die späteren Forderungen auch nicht mehr sein.

Die Frage, ob nicht jetzt ein sommerlicher Aufbruch den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben würde, glaube er vernachlässigen zu müssen. Die diplomatischen Fäden könnten ruhig weiter gesponnen werden. Die müßten jedoch nicht mehr so offenlich auf die Arme einwirken können wie bisher.

von Payer betont, daß das Wasserstoffbombengebot der Regierung von der D. G. U. aufgenötigt worden sei. Auch mit der Zustimmung der Klammung habe sich die D. G. U. ausdrücklich einverstanden erklärt. Er frage, ob wir nicht, wenn wir weiterkämpfen, immer noch der Gefahr einer Katastrophe ausgesetzt seien.

von Salmir: Er könne nur sagen, daß er sehr erstaunt gewesen sei, als das Wasserstoffbombengebot erfolgt sei und noch mehr über unser Eingehen auf die Klammungsforderung. Daß wir mal zu Verhandlungen kommen müßten, sei ihm klar, aber nicht notwendig sei es gewesen, daß wir so weit entgegenkamen. Dies habe die Arme sehr beunruhigt. Die Klammung bebreite völlige Wasserstreckung. Wenn wir bis zur Verhandlung zurückgingen, müßten wir mit dem Kampfe aufhören, weil sonst unser eigenes Land verheert würde. Jetzt können wir aber noch weiter durchhalten.

von Kubro: Wenn unsere weitere Widerstand dazu führen würde, daß wir später schlecht behandelt werden, so wäre ich auch dafür, daß wir den Widerstand aufgeben. Aber jetzt müßten wir noch Zeit gewinnen, um gegen einen entstehenden Feindes Front zu machen. Kommen jetzt entscheidende Bedingungen, dann muß jedenfalls der Aufbruch erfolgen.

Erzberger: Würden die Herren nicht, daß die Wirkung, die der Appell an das Volk haben würde, dadurch wieder ausgeglichen wird, daß der Feind härter wird? So daß er schließlich durchbrechen kann?

Wie würden die Herren den Abfall von Österreich bewerten?

von Kubro: Ich würde die Tatsache, daß die Italiener darnach Fronttrieb haben, für sehr schlimm halten, aber das werde viel Zeit kosten, und die Italiener würden nicht so schnell zum Angriff übergehen können. Wir brauchen aber überhaupt nur unsere Arme ausruhen zu lassen. Sol dies geschehen, dann könnten uns die Feinde überhaupt nicht schlagen oder es zum Durchbruch bringen.

von Gallwitz: Was den Kräftezuwachs des Gegners betrifft, so sei dieser schon in der letzten Zeit durch die Einwirkung der Kampfhandlungen aufgehoben worden. Die Kampfkraft der Franzosen sei erheblich zurückgegangen. Außerdem machten sich die Friedensströmungen sehr in den gegnerischen Ländern bemerkbar. Nur jetzt sei die Stimmung durch die Erfolge gehoben. Die englische Armee sei allerdings verhältnismäßig kräftig, aber ihre Leistungsfähigkeit habe auch nachgelassen. Wenn wir weiter die Defensiv durchhielten und dem Gegner große Verluste beibrächten, so werde sein Kräftezuwachs wieder ausgeglichen werden, so daß eine Katastrophe bei uns nicht zu befürchten sei. Er glaube also nicht, daß sich das Kräfteverhältnis zu unsern Gunsten wesentlich verschieben würde.

Durch den Sonderfrieden Österreichs werde Lage allerdings ganz verändert. Es wären zwei Möglichkeiten vorhanden, die eine, daß Österreich zwar nicht mehr weiterkämpfe, aber auch keine uns unfreundlichen Handlungen vornähme, insbesondere keine feindlichen Truppen durchließe, oder aber, daß Österreich doch hierzu gezwungen würde. In letzterem Falle, der ähnlich wie in Bulgarien liege, würde die Entente die Ukraine und Rumänien für uns abschneiden. Die italienischen Kräfte würden auf jeden Fall an die Westfront gezogen werden. Dies sei sehr schlimm, weil unsere Bogesenfront schwach besetzt sei. Es könnte dies der Tropfen sein, der das Faß zum Überlaufen brächte.

Haußmann: Seien die Generale der Ansicht, daß wir die Verhandlungen abbrechen und die Volkserhebung organisieren müßten, dann könnten wir jetzige Verhandlungen mit Wilson nicht aufrechterhalten. Oder sollten wir erst abbrechen, wenn sie uns unwürdige Bedingungen auferlegen?

von Gallwitz: Wenn wir Appell an das Volk richten, dann ist Abbruch der Verhandlungen mit Wilson notwendig, da es sonst als Farce erscheinen würde. Auch würden wir ja dann auf feindlichem Boden weiterkämpfen wollen, also das Räumungsangebot zurückziehen müssen. Also erst Abbruch der jetzigen Verhandlungen und dann Appell an das Volk. Zunächst jedoch Antwort abwarten und dann Entscheidungen treffen. Jetzt müsse jedoch schon die D. S. L. ihre Maßnahmen treffen, damit, falls entwürdigende Anträge kommen, weiter gekämpft werden könne.

Solf teilt die neuesten Vorgänge in Österreich, insbesondere das Sonderfriedensangebot, mit, und verliest diese Note, wie sie im Ausland bereits veröffentlicht ist. Die Note bedeute den Separatfrieden und werde einer Kapitulation gleichkommen. Die Konsequenzen seien schwer. Rumänien würde uns nicht mehr Vorteile bieten. Unsere süddeutsche Front werde gefährdet. Die Italiener würden an die Westfront gehen und diese gefährden.

von Gallwitz: Wir dürfen gleichwohl nicht die Flinte ins Korn werfen, es seien das vorläufig nur alles Vermutungen. Wir müßten erst sehen, wie lange wir es noch aushielten; es kann nicht mehr schlechter werden. Vom Standpunkt der nationalen Ehre dürfe man nicht Schicht machen, solange die Armee noch in Widerstandskraft bestehe.

Groeber stellt die Frage, ob wir, wenn uns entwürdigende Bedingungen gestellt würden, dann noch in der Lage sein würden, dauernden Widerstand zu leisten. Einige Zeit wohl sicher noch. Könnten wir vernünftigerweise sagen, es muß noch weitergekämpft werden, mit Hoffnung auf günstigere Bedingungen? Werden uns nicht noch ungünstigere gestellt werden, wenn wir jetzt abbrechen? Wir stoßen Wilson zu rück, und England und Frankreich bekommen Oberwasser.

Der Standpunkt der nationalen Ehre ist für uns alle maßgebend. Schon die Räumungsbestimmung ist uns sehr schwer gefallen, wir standen aber unter dem Druck des Militärs. Dürfen wir aber nur mit Rücksicht auf Ehrestandpunkt Kampf fortsetzen, der aussichtslos ist und nur Gegner veranlaßt, uns später noch härtere Bedingungen aufzuerlegen?

von Gallwitz: Die Frage, ob wir uns dauernd oder nur noch vorübergehend halten können, ist nicht zu beantworten möglich. Er sei aber der Ansicht, daß wir den Widerstand noch eine ganze Weile fortsetzen könnten, könne sich aber nicht auf bestimmte Zeit festlegen. Daß der Feind uns infolge des Appells an das Volk und Fortsetzung des Kampfes später schlechtere Bedingungen stellen werde, glaube er nicht; er werde uns jetzt schon so gering einschätzen, daß er alles verlangen werde. Wir müßten zunächst die nächste Antwort abwarten, dann aber sei es Zeit, zum Entschluß zu kommen. Dann sei auch nicht ein Moment zu verlieren, um letzten Appell an Waffengewalt zu richten. Er hoffe davon lediglich moralische Wirkung, die Hebung der Stimmung.

Die Parteien der Regierung müßten jetzt auf die Soldaten einwirken, daß es ihre Pflicht sei, jetzt herauszugehen und alles herzugeben. Die Leute dürften nicht als unzufriedene Elemente hinausgehen. Die Macht der politischen Führer sei so groß, daß sie auf Leute guten Einfluß ausüben könnten.

von Gallwitz erwidert auf Frage von Bayerns, daß es zutreffen könne, daß 2 300 000 Amerikaner in Frankreich seien. Dies seien aber nicht alles Kampftruppen, sondern sehr viel gehe auf Hilfstruppen, Eisenbahntruppen usw. ab. Jetzt seien 42 amerikanische Divisionen mit je 12 überstarken Bataillonen in Frankreich. Das Verhältnis sei für uns noch ungünstiger, da unsere Divisionen zahlenmäßig sehr geschwächt seien. In den Argonnen habe ein Truppenführer das Zahlenverhältnis von uns zu den Feinden auf 1 : 15 angegeben. Wenn dies auch vielleicht zu hoch sei, so sei 1 : 6 jedenfalls richtig. Die Masse allein aber mache es nicht.

Wenn Österreich alle Bahnen zum Durchmarsch zur Verfügung stelle, dann müsse man allerdings die letzten Konsequenzen ziehen, man müsse aber doch erst abwarten, ob Österreich sich so entwürdigen würde.

von Mann betont, daß wir jederzeit den U-Boot-Krieg wieder aufnehmen könnten, tatsächlich sei er jetzt eingestellt. Dies werde die Armee an der Westfront bald spüren. Bisher hätten wir jede halbe Stunde 33 Waggon versenkt. Sehr schmerzlich sei die Aufgabe des U-Boot-Krieges im Mittelmeer. Wenn weitergekämpft werden sollte, dann müßten wir den U-Boot-Krieg wieder aufnehmen.

von Gallwitz: Auf die Frage Friedbergs über die Stärke der Salonikiarmee sei er nicht in der Lage, zahlenmäßige Auskunft zu geben. Sie sei bisher nicht in der Lage gewesen, etwas Ernstliches gegen uns zu unternehmen, solange die Bulgaren standhielten. Jetzt sei sie ein beachtlicher Gegner geworden.

von Mudra: Wenn Österreich bedingungslos kapituliert und sich auf Seite der Feinde stellt, dann ist die Sache für uns verloren. Nach der Katastrophe in Österreich müssen Vorbereitungen für letzte Aktion sofort getroffen werden.

Friedberg: Wenn man Kampf bis zum letzten Mann durchführt, so besteht große Gefahr, daß die Armee nachher zurückflutet. Wir müssen aber einen Teil der Armee für die innere Sicherheit intakt halten.

von Gallwitz faßt seine Ansicht noch einmal dahin zusammen, man müsse zunächst die Antwort Wilsons abwarten, um zu sehen, ob er auf dem jetzigen Standpunkt

stehen bleibt, und dann die Entwicklung in Österreich abwarten. Werde Österreich Gegner, dann sei ein neuer Standpunkt geschaffen.

Hierauf entfernten sich die beiden Generale.

Solf teilt noch nachträglich mit, daß der General von Gallwitz ihm noch gesagt habe, er habe den österreichischen Abfall vorhin zu schwarz eingeschätzt, da er im Augenblick übersehen habe, daß wir im Osten und Südosten noch mehrere Armeen stehen hätten. Er sähe deswegen die Lage nicht mehr für so schwarz an.

Nr. 87.

Telegramm.

S o f z u g , den 30. Oktober 1918.

Der Wirkliche Legationsrat an Auswärtiges Amt.

Der Vertreter von General von Gramon hat Seiner Majestät gemeldet:

»Seine Apostolische Majestät haben mir als Stellvertreter des Generals von Gramon heute in Audienz befohlen, Eurer Majestät zu melden, wie sehr Seine Apostolische Majestät es bedauern, durch den hoffnungslosen Zustand der Truppen an der Südwestfront und die Besorgnisse vor bolschewistischen Ereignissen gezwungen gewesen zu sein, eigene Wege zu gehen. Ich habe Seiner Apostolischen Majestät erwidert, daß die Erwähnung des Entschlusses in der Note an den Präsidenten sehr peinlich überrascht hätte. Ich habe Seine Apostolische Majestät außerdem alleruntertänigst darauf hinweisen zu müssen geglaubt, daß ein Eingehen auf Bedingungen, wie sie Bulgarien angenommen hat, eine schwere Bedrohung unserer Südgrenzen bedeute und alleruntertänigst gebeten, derartige Forderungen abzulehnen.«

gez. G r ü n a u.

Nr. 88.

Telegramm.

30. Oktober 1918.

Seine Apostolische Majestät an Seine Majestät den deutschen Kaiser.

Ich war heute früh genötigt, da die militärische Lage unhaltbar geworden ist, den Italienern einen Waffenstillstand anzutragen. Falls aber die Italiener die Bedingung stellen, daß die Bahnen durch Tirol und Kärnten (Tauernbahn, Brennerbahn, Südbahn) für den Durchzug der feindlichen Truppen gegen Deine Länder geöffnet werden sollten, so werde Ich mich an die Spitze Meiner Deutsch-Österreicher stellen und den Durchzug mit Waffengewalt verhindern. Darauf kannst Du fest vertrauen. Auf die Truppen der andern Nationalitäten kann man sich in dem Falle nicht verlassen.

In treuer Freundschaft

gez. R a t l.

Nr. 89.

Telegramm.

S o f j u g , den 30. Oktober 1918.

An des Kaisers von Österreich, Apostolischen Königs von Ungarn
Majestät.

Mit Bewegung habe Ich Dein Telegramm über den Antrag zum Waffenstillstand an Italien gelesen. Ich bin überzeugt, daß Deine Deutsch-Österreicher, an der Spitze der Kaiserliche Herr, sich wie ein Mann gegen schmachvolle Bedingungen erheben werden und danke Dir dafür, daß Du Mir dies noch besonders versicherst.

In treuer Freundschaft

gez. **W i l h e l m.**

Nr. 90.

Telegramm.

W i e n , den 3. November 1918.

Der deutsche Botschafter in Wien telegraphiert an das Auswärtige Amt.

Die Waffenstillstandsbedingungen sind von der Kaiserlichen Regierung angenommen worden. Die Regierung hat dabei die Hoffnung hinzugefügt, daß die Entente Böhmen nicht zum Durchmarsch gegen das Deutsche Reich benutzen werde. Dieser Zusatz wird auf die Entente schwerlich Eindruck machen. Da die Bedingungen noch nicht veröffentlicht sind, ist eine Stellungnahme der Deutsch-Österreichischen Regierung noch nicht erfolgt. Soweit bekannt, sehen die Waffenstillstandsbedingungen die Räumung bis zum Brenner, die Auslieferung der Hälfte der Artillerie, die Demobilisation bis auf 20 Divisionen, die Besetzung aller strategisch wichtigen Punkte, die Übergabe der Eisenbahnen, die Entfernung der reichsdeutschen Truppen innerhalb von 15 Tagen vor.

gez. **W e b e l.**

Nr. 91.

W i e n , den 3. November 1918.

Kaiserlich deutsche Botschaft.
Durch Feldjäger.

B e t r a u l i c h.

Gestern wurde der deutsche Staatsrat nach Schönbrunn berufen. Wie mir Staatssekretär Dr. Adler erzählt, hat der Kaiser dem Staatsrat die Waffenstillstandsbedingungen vorgelesen und dann in längerer Rede gesagt, dieselben verstießen gegen seine Ehre und seien unannehmbar. Die Rede habe aber in die Erklärung ausgeklungen, annehmen müsse man sie aber doch. Zweck der Berufung sei gewesen, die Zustimmung des Staatsrats zu erhalten, um denselben mitverantwortlich zu machen. Er habe sich aber gehütet, in diese Falle zu gehen.

Die Bedingungen seien eine reinliche Kapitulation und, daran zweifle er keinen Augenblick, so formuliert, um Deutschland von dieser Seite aus angreifen zu können. Wenn wir den Waffenstillstand nicht bekämen, so würde der Aufmarsch der Entente in Oesterreich und Ungarn unter tätiger Mitwirkung der Ungarn, Tschechen und Südslaven beginnen, während Deutsch-Oesterreich trotz innerer Entrüstung der ohnmächtige Zuschauer sein werde.

Wie wir in diesem Fall unsere Grenzen verteidigen wollten, müsse uns überlassen bleiben. Seine Stellung würde natürlich erleichtert, wenn ein Kampf auf österreichischem Boden vermieden würde.

gez. **W e d e l**.

Seiner Großherzoglichen Hoheit, dem Herrn Reichskanzler Prinzen Max von Baden.

Nr. 92.

Telegramm.

K o n s t a n t i n o p e l, den 31. Oktober 1918.

Der Kais. Geschäftsträger an Auswärtiges Amt.

D r i n g e n d.

Waffenstillstand¹⁾ heute mittag 1 Uhr abgeschlossen. Drahte Bedingungen sobald bekannt.

W a l d b u r g.

Nr. 93.

Telegramm.

G r o ß e s H a u p t q u a r t i e r, den 30. Oktober 1918.

Exzellenz von Hinge an Auswärtiges Amt.

Auszug.

D. S. E. mitteilt nachstehende Agentennachricht vom 25. d. M. aus Bern:

Augenblicklich findet im französischen Hauptquartier Besprechung zwischen Haig, Pershing und Foch statt, wegen der zu stellenden Waffenstillstandsbedingungen. Besprechungen sind nicht abgeschlossen, bisher werden folgende Ansprüche der Alliierten verlaublich:

1. Strikte Abweisung von Verhandlung mit Eubendorff oder anderen Mitgliedern des Hauptquartiers. Dagegen Einwilligung zu Verhandlung mit einer zu diesem Zweck vom Reichstag erwählten Kommission.
2. Rückzug der deutschen Truppen bis an die Grenze.
3. Sofortige Okkupation dieses geräumten Gebietes durch die Alliierten.
4. Verbleib sämtlichen Kriegsmaterials in dem zu räumenden Gebiete.
5. Räumung Elsaß-Lothringens und Besetzung der Städte Metz und Straßburg durch die Alliierten.

gez. **H i n g e**.

¹⁾ Waffenstillstand der Türkei.

Nr. 94.

Telegramm.

B e r n , den 28. Oktober 1918.

Der deutsche Gesandte in Bern telegraphiert an das Auswärtige Amt.

Zwecks Weitergabe an mich haben sich mehrere Bundesratsmitglieder gegenüber Mitgliedern der Deutschen Kriegsgefangenenkommission dahin ausgesprochen, daß sie keine Möglichkeit mehr sähen, wie die Abdankung des Kaisers vermieden werden könnte. Ohne jeden Zweifel würden wir uns in allernächster Zeit einer brutalen (verstümmelt) der Entente gegenübersehen. Die Dynastie sei noch zu retten und der hoffnungslose Endkampf zu vermeiden, wenn wir jetzt noch freiwillig das Opfer brächten. Die Betroffenen begründen ihren Rat auch vor allem mit der Gefahr der Revolution, in die auch ihr eigenes Land hineingezogen zu werden drohe. Sie meinen, wenn Seine Majestät der Kaiser sich opfert und in einem Appell seinen jugendlichen Enkel der Treue seines Volkes und der Armee, insbesondere des Feldmarschalls von Hindenburg, empfehle, er damit nicht nur starke Sympathie im Ausland erwecken, sondern auch den Umsturzgedanken in Deutschland noch ersticken werde.

gez. R o m b e r g.

Nr. 95.

B e r l i n , den 31. Oktober 1918.

An titl. Hinz

Großes Hauptquartier.

Gesandter Bern telegraphiert:

Schweizer Regierungsvertreter, die ich heute sprach, verstehen nicht, wie man über den Sinn der Wilsonnote überhaupt noch im Zweifel sein könne. Dies betont noch ausdrücklich ein Vertrauensmann, der mitteilt, daß alle hier anwesenden Amerikaner von Bedeutung geäußert hätten, man werde nun wohl endlich in Berlin den Wink verstanden haben. Bei allen habe Entlassung General Ludendorffs einen überaus schlechten Eindruck insofern hervorgerufen, als man sage, der Kaiser entlasse seine besten Leute, um sich persönlich zu retten, er sei imstande, auch noch Hindenburg fortzuschicken; daraus gehe hervor, daß er immer noch hoffe, das alte System zu retten, und daß er die Demokratisierung nicht ernstlich wolle. Es sei vorerst umsonst, zu versuchen, Amerika verständlich zu machen, daß durch unsere Verfassungsänderungen das alte Regime endgültig gestürzt ist, das sich in ihren Augen infolge der mit der Person des Kaisers betriebenen Agitation eben in der Persönlichkeit des Kaisers verkörpert. Nur das Ausscheiden dieser Persönlichkeit würde überzeugend wirken und für den Präsidenten einen Erfolg bedeuten, der ihm wiederum Ausschlag gebe, einflußreich (verstümmelt) den extremen chauvinistischen Einflüssen im eigenen Lande und der Entente (verstümmelt) begegnen. Allerdings müsse ungeheuer schnell gehandelt werden, da unsere letzte Note den Eindruck erwecken müsse, daß wir unsere letzten Worte gesprochen hätten, und nunmehr die Bedingungen erwarteten, die nach Schlußabsatz der Wilsonnote, wenn von unserer Seite nichts mehr erfolge, nichts anderes als Forderung der Kapitulation sein könnten. Obige Auffassung beruht unter anderem auf einem Gespräch zwischen

. . . und Vertrauensmann, in dem . . . auf die Ansicht, daß die nicht erfolgte Abdankung auf eine mißverständliche Auffassung der Wilsonnote zurückzuführen sein könnte, antwortete, er könne in amtlicher Eigenschaft hierauf nicht antworten, müsse aber als Privatmann sagen, daß Wilson nicht deutlicher habe werden können, ohne taktlos zu werden. Ubrigens sei wohl von Mißverstehen in Deutschland keine Rede, da ja die gesamte deutsche Presse die Note richtig verstanden habe.

gez. R o m b e r g.

Nr. 96.

Aufzeichnung.

B e r l i n , den 31. Oktober 1918.

In keiner der bisherigen Mitteilungen des Präsidenten Wilson ist die Thronentjagung des Kaisers ausdrücklich verlangt worden. Andeutungen enthalten folgende Stellen in seinen Notizen:

1. Note vom 14. Oktober:

» Zur Vermeidung jeder Möglichkeit eines Mißverständnisses hält es der Präsident weiter für nötig, die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands in feierlichster Form auf den Wortlaut und den klaren Sinn einer der Friedensbedingungen zu lenken, die die deutsche Regierung soeben angenommen hat. Sie ist in der Ansprache des Präsidenten in Mount Vernon am 4. Juli d. J. enthalten und lautet:

» Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens eine Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit. Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern. Die soeben angeführten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die dem Frieden vorangehen muß, wenn anders der Friede durch die Handlungsweise des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident fühlt sich verpflichtet zu sagen, daß nach seinem Urteil die ganze Durchführung des Friedens von der Bestimmtheit und dem zufriedenstellenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich notwendig, daß die gegen Deutschland verbundenen Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie es zu tun haben.«

2. Deutlicher heißt es im letzten Absatz seiner Note vom 23. Oktober:

» Der Präsident hält es für seine Pflicht, ohne alle Versuche, das, was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind.«

3. Am Schluß der Note sagt er:

» Wenn sie (die amerikanische Regierung) jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands verhandeln soll

oder zu gewärtigen hat, später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches verhandeln zu müssen, muß sie statt Friedensverhandlungen Übergabe verlangen.»

Es hat bisher nicht unzweideutig festgestellt werden können, ob der Präsident mit diesen Wendungen nur das System und die verfassungsrechtlichen Bestimmungen treffen will, oder ob er bestimmte Persönlichkeiten im Auge hat. Versuche zur Klärstellung sind gemacht worden und noch im Gange, haben aber ein endgültiges Ergebnis bisher noch nicht gehabt. Das neutrale Ausland faßt Wilsons Absichten überwiegend dahin auf, daß er tatsächlich die Thronentsagung wünscht. Diese Ansicht gründet sich auf die Auslegung der Wilsonschen Kundgebungen, auf Eindrücke aus Unterredungen mit den Vertretern Amerikas und der Entente, insonderheit auf folgende Erwägungen:

Wilson selbst wünscht den Rechtsfrieden auf der Basis seiner Programmpunkte. Die Entente sträubt sich gegen die Annahme dieses Programms. Sie wünscht den Friedensschluß auf Grund ihrer eigenen, sehr viel härteren Bedingungen. Ebenso fordert in Amerika die republikanische Partei unter Führung Roosevelt's die unbedingte Unterwerfung Deutschlands. Von diesen Strömungen ist der Politiker Wilson um so abhängiger, als am 5. November die Wahlen zum amerikanischen Repräsentantenhause bevorstehen, in dem die demokratische Partei, also Wilsons Partei, wenige Stimmen Mehrheit besitzt. Gehen diese Stimmen verloren, so wird dem Präsidenten die Durchführung seines Friedensprogramms erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Dennoch trotz aller Machtbefugnisse ist der amerikanische Präsident letzten Endes doch von der Stimmung der Wähler abhängig. Wenn also auch Wilson persönlich die Thronentsagung als eine Forderung ansieht, die für ihn erst in zweiter Linie steht, so bedarf er doch dieses Symbols, um der Entente und der amerikanischen öffentlichen Meinung durch einen augenfälligen Erfolg zu beweisen, daß sein Kriegsziel, die Demokratisierung der Welt durch Beseitigung der deutschen Militärautokratie, erreicht ist. Verfassungsänderungen genügen diesem Zwecke nicht, da die amerikanischen Massen die deutsche Verfassung und damit auch ihre Änderungen nicht verstehen. Der Kaiser hingegen ist in der amerikanischen öffentlichen Meinung, wie die Lektüre der Zeitungen und der illustrierten Blätter zeigt, die Personifikation von Autokratie und Militarismus. Die Thronentsagung würde daher als ein nicht wegzuleugnender Erfolg der Wilsonschen Politik seine Stellung stärken und ihm voraussichtlich trotz aller Widerstände die Durchführung seines Programms ermöglichen. Ohne diese Stärkung seiner Stellung wird behauptet, daß Wilson dem Drucke nachgeben muß und Deutschland verschärfte Friedensbedingungen im Sinne der Entente auferlegt werden.

gez. S o l f.

Nr. 97.

Telegramm.

M ü n c h e n , den 2. November 1918.

Der Kais. Gesandte an Auswärtiges Amt.

Unabhängige Sozialdemokraten werden morgen hier eine Versammlung abhalten, die die Abdankung des Kaisers fordern wird.

gez. T r e u t l e r.

Nr. 98.

Telegramm.

B e r n , den 3. November 1918.

Der Kais. Gesandte an Auswärtiges Amt.

G a n z g e h e i m.

Versehene Vertrauensleute bestätigen unabhängig voneinander, daß ausschlaggebender Einfluß Wilsons erheblich gefährdet sei, und daß er wegen Ausbleibens des Erfolges in der Abdankungsfrage zur Anwendung der in seiner Note erwähnten zweiten Alternative, der bedingungslosen Kapitulation, gezwungen sein würde. Besonders schädlich scheint eine Nachricht bei der Entente gewirkt zu haben, wonach im Bundesrat von Bayern die Abdankung des Kaisers vergeblich gefordert worden sei und in Bayern an maßgebender Stelle der Eindruck bestehe, daß Seine Majestät der Kaiser den Plan verfolge, bei der ersten Gelegenheit die neue deutsche Regierung zu stürzen. Es wird sogar behauptet, daß Bayern Abgesandten der Entente zu verstehen gegeben hätte, daß Bayern sich von der Reichspolitik unter Umständen losjagen würde. Von zwei verschiedenen Seiten wird mir berichtet, daß in der Entente mit Bayerns Sonderbestrebungen ernst gerechnet werde. Diese Tatsache scheint jedenfalls richtig zu sein; ganz gleichgültig, ob die abenteuerlich klingende Nachricht von den bayerischen Emissären auf Schwindel beruht oder nicht.

Ein bewährter italienischer Freund teilt mir mit, daß unter den italienischen Sozialisten starke Neigung bestehe zu einer Kooperation mit einer wirklichen demokratischen deutschen Regierung, die Person des Kaisers aber auszuschließen.

gez. N o m b e r g.

Nr. 99.

Telegramm.

S o f j a u g , den 5. November 1918.

Der Kais. Wirkliche Legationsrat an Auswärtiges Amt.

Der Kaiser ließ mich eben rufen, um Seine Gedanken über Fortführung des Friedensgesprächs unabhängig von Waffenstillstandsverhandlungen näher auszuführen.

Nach den Vorgängen mit der Türkei und Osterreich müsse damit gerechnet werden, daß die Bedingungen so weitgehend und erniedrigend seien, daß die Armee sich weigere, sich ihnen zu beugen. Daraus könne leicht ein Gegensatz zwischen der Auffassung der Armee und derjenigen der Regierung und den Wünschen des Volkes, das den Frieden wolle, entstehen. Vielleicht liege ein solcher Zwiespalt auch in der Absicht der Entente, um politisch unsere Widerstandskraft im kritischen Augenblick zu schwächen. Dieser Zwiespalt werden den Kaiser und die Regierung in eine höchst schwierige Lage bringen. Daher müsse darauf Bedacht genommen werden, Friedensverhandlungen unabhängig von den Verhandlungen über den Waffenstillstand anzubahnen und ihre Fortsetzung zu ermöglichen, selbst wenn die Verhandlungen über den Waffenstillstand scheiterten.

Der Waffenstillstand führe noch nicht ohne weiteres zum Frieden, wohl aber könnte sich aus dem Fortschreiten der Friedensverhandlungen eine Situation ergeben, in der Waffenstillstand oder wenigstens Waffenruhe leichter zu erzielen sei als heute.

Die Einleitung von Friedensverhandlungen, für die wir durch die Annahme des Wilsonschen Programms, durch die Zusage der Räumung, die tatsächliche Einstellung des U-Boot-Krieges und die innere Umgestaltung die Voraussetzungen geschaffen hätten, werde es erleichtern, eventuell bezüglich der Waffenstillstandsbedingungen hartnäckiger zu sein, da wir dann im Falle harter Bedingungen für den Waffenstillstand nicht ohne weiteres vor die Alternative gestellt werden, Annahme oder Abbruch mit nach außen hin in Erscheinung tretender Aufnahme des Endkampfes.

Die Kampfhandlungen würden dann ohne Änderung ihres Charakters weitergehen, bis der Stand der Friedensverhandlungen den Eintritt der Waffenruhe ermöglicht.

Um die Friedens- von den Waffenstillstandsverhandlungen zu lösen und den Friedensfaden fortzuspinnen, ist der Kaiser auf die Anregung gekommen, die Waffenstillstandsverhandlungen auf dem Wege der Verhandlung von Armee zu Armee zu leiten. Ausgangspunkt hierfür könne sein, daß Wilson selbst die Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen als Aufgabe des Militärs bezeichnet habe. Wenn man dies aufgriffe und äußerlich den Militärs überlasse, könne man vielleicht die Friedensverhandlungen von etwas nicht dazugehörigem entlasten und damit fördern, zumal jetzt Wilson bei der Entente nicht durchzudringen scheine. Konsolidiere sich aber die Front weiter, wie dies in den letzten Wochen geschehen sei und verlangsame sich der Erfolg der Entente auch infolge der schlechten Jahreszeit und komme man mit den Friedensverhandlungen weiter, so würde der Einfluß Wilsons und der friedensfreundlichen Elemente in der Entente sich erhöhte Geltung verschaffen können. Seine Majestät würde es sehr interessieren, die Ansicht der Regierung über diese Anregung zu erfahren.

gez. Gr ü n a u.

Nr. 100.

Sitzung der Staatssekretäre am 5. November 1918.

Auszug.

Anwesend:

Der Reichskanzler, Excellenzen von Payer, Friedberg, General Gröner, Scheuch, Graf Rödern, Drews, von Waldow, von Strauß, von Mann, Hausmann, Bauer, Scheidemann, Solz, Erzberger, Gröber, Trimborn, Müdlin, Göppert, Generale Hoffmann und von Winterfeld, Oberst von Haef ten, Majore von dem Busche, Brinkmann und von Harbou, Direktor Deutelmayer, Geheimräte Simons, Radolny, Prinz Hagfeld, von Schlieben.

Gröner¹⁾: Ich habe das dringende Bedürfnis gefühlt, hierherzukommen, um Ihnen über die Lage, wie ich sie auffasse, Auskunft zu geben. Ich halte es für dringend nötig, daß wir in allerengster Verbindung zusammenarbeiten und daß wir alle Entschlüsse, die wir zum Wohle des Vaterlandes fassen müssen, einmütig finden und durchführen.

¹⁾ Der nachstehende Vortrag Grönners ist wörtlich verlesen worden.

Ich möchte zuerst auf die operative Gesamtlage kommen und mit wenigen Worten einen Rückblick geben, weil aus diesem Rückblick das Verständnis für unsere heutige Lage mit zwingender Logik folgt.

Die politische Einkreisung der Friedensjahre ist restlos zu einer militärischen geworden. 1915 bis 1917 haben wir versucht, die Einkreisung zu durchbrechen und den Ring zurückzudrängen; dies ist zum Teil gelungen — nach Osten und Südosten. Dadurch haben wir unzweifelhaft eine wesentliche wirtschaftliche Stärkung zum Durchhalten erreicht, dafür eine militärische Schwächung in den Kauf genommen durch die Ausdehnung der Räume, die mit unseren Kräften nicht in Einklang stand. 1918 wurde ein erneuter Versuch gemacht, am stärksten Teil des Ringes, im Westen, die Entscheidung herbeizuführen. Der Versuch ist mißlungen. Damit rückte die Gefahr des Zusammenbruches unserer Verbündeten in allerbedrohlichste Nähe und ist sogar in einem Maße und einer Schnelligkeit eingetreten, wie sie nicht erwartet wurde.

Damit wurde freie Bahn für unsere Feinde geschaffen, die Einkreisung unmittelbar an die deutschen Grenzen heranzutragen. Die entschlossene und zielsichere politische Kriegsführung unserer Feinde unter dem diktatorischen Dreigestirn Wilson, Clemenceau und Lloyd George, läßt erwarten, daß auch die militärische Führung die vollkommenste Kriegsentcheidung, die Umzingelung und Kapitulation des deutschen Volkes, anstreben wird. Dabei finden die militärischen Operationen unserer Feinde eine kräftige Unterstützung in dem Bolschewismus, der von Osten und Südosten in unser Volk und Heer eindringt.

Bei längerer Fortsetzung des Krieges ist die Möglichkeit in unser Kalkül einzustellen, daß nicht nur die Rumänen den Krieg wieder aufnehmen, sondern auch die Tschechoslowaken und andere Teile unserer bisherigen Verbündeten aktiv die Operationen unserer Feinde unterstützen. Die passive Unterstützung ist ihnen schon durch die Waffenstillstandsbedingungen in der schärfsten Weise auferlegt.

Auf die zahlenmäßige große Überlegenheit unserer Feinde, nachdem das deutsche Heer auf sich allein gestellt ist, brauche ich nicht weiter hinzuweisen.

Es liegt nahe, unsere militärischen Kräfte durchaus zu konzentrieren und alle auf dem weiten Ringe im Südosten und Osten noch befindlichen Teile an die deutsche Grenze zurückzuziehen. Dies ist bereits befohlen für alle Truppen in Ungarn und Rumänien. Wir hoffen, daß ein Abtransport mit der Eisenbahn möglich sein wird; andernfalls müssen sie sich durchschlagen. Die geringen Truppen und Formationen, die sich noch auf dem italienischen Kriegsschauplatz befinden, sind auf dem Rückwege. Wie die Truppen aus Kleinasien herauskommen werden, ist noch nicht zu übersehen.

Besonderer Erwägung bedarf es, ob es geboten ist, die Truppen im Osten einschließlich Ukraine zu belassen. Abgesehen von politischen und wirtschaftlichen Momenten ist zu bedenken, daß mit dem Zurückziehen der Truppen der Bolschewismus der aufgegebenen Gebiete sich bemächtigt und unserem Vaterlande auf den Leib rückt. Sollten wir durch unsere Feinde gezwungen werden, den Krieg bis zur völligen Unterwerfung fortzusetzen, so bleibt nichts übrig, als auch diese Truppen zur unmittelbaren Verteidigung unserer Landesgrenzen zurückzuziehen.

Eine sofortige Aufgabe des gesamten Ostens zwecks Verstärkung des Westheeres erscheint, abgesehen von allen anderen auch aus militärischen Gründen, nicht geboten. Schnell würden die Truppen im Westen wegen der Transport-

lage, insbesondere in der Ukraine, d o c h n i c h t e r s c h e i n e n k ö n n e n ; die Kampfsfähigkeit dieser Truppen ist den Anforderungen des Westens nicht gewachsen, ihr innerer moralischer Wert durch die östlichen Einflüsse erschüttert. Es liegt die Gefahr der Infiltration der noch braven Truppen des Westheeres vor. Vor dem Einsatz dieser Osttruppen im Westen müßten sie eine längere stramme Ausbildungszeit erhalten.

Die politische Kriegsleitung hat zu entscheiden, ob aus politischen und wirtschaftlichen Gründen das Verbleiben der Truppen im Osten wertvoller ist.

Ich komme auf die einzelnen Kriegsschauplätze.

An der Reichsgrenze gegen das bisherige österreichisch-ungarische Gebiet sind Grenzschutzmaßnahmen getroffen. Nachdem die Reichsregierung die Erlaubnis zum Betreten Tiroler Bodens gegeben hat, wird der Schutz Bayerns an den taktisch günstigsten Stellen im Gebirge erfolgen können. Außer den bayerischen Erfahtruppen sind zunächst für Tirol zwei Divisionen verfügbar. Das Alpenkorps soll aus Ungarn herangeführt werden. An der sächsischen und schlesischen Grenze sind Grenzschutz-Detachements in der Bildung begriffen. Das Generalkommando VI. A. R. ist nach Görlitz herangeführt.

Wenn auch ein Vorgehen deutscher Truppen auf böhmischen Boden aus rein militärischen Gründen zur Zeit nicht geboten ist, so würde doch die Besetzung gewisser Punkte des deutschen Randgebietes zum Schutze der Bewohner gegen Mord und Plünderung in Frage kommen und durch die Reichsregierung baldigst zu entscheiden sein. In militärischer Beziehung käme zur Zeit lediglich die Besetzung von Bahnknotenpunkten jenseits der Grenze in Frage.

Die aus Rumänien und Südungarn zurückkommenden Truppen sind zunächst für eine Verwendung auf dem neuen südlichen Kriegsschauplatz vorgesehen. Sollten die Truppen aus der Ukraine zurückgezogen werden, so würden auch diese zum Teil für den Schutz der Südgrenze zur Verfügung stehen.

Ein Vorgehen des Feindes über Odessa durch die Ukraine und Polen gegen die deutsche Ostgrenze ist für eine geraume Zeit weniger wahrscheinlich.

W e s t f r o n t. Die Äußerungen hierüber sind das Ergebnis einer Aussprache mit den Armeekorpskommandos. Seit Monaten steht die Westfront in schwerem Kampf. Während der Engländer zwischen Cambrai und St. Quentin immer wieder den Durchbruch versuchte, liefen Franzosen und Amerikaner gegen unsere Stellungen zwischen Suippes und Maas an. An verschiedenen Stellen kam es zu tiefen Einbrüchen. Da der Mangel an Reserven ein erfolgreiches Halten nicht möglich erscheinen ließ, wurde es nötig, unsere Front in kürzere, zur Abwehr geeignete Linien zurückzunehmen. Es wurde daher die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht allmählich in die allgemeine Linie Gent-Tournai-Balenciennes-Baudrecies und im Anschluß daran die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz hinter die Abschnitte der Oise-Serre-Aisne und Aire zurückgenommen. Der Feind drängte stets bald nach und erneuerte seine Angriffe. Während der Engländer seine Hauptkräfte auch weiterhin zum Durchbruch in Richtung Maubeuge aufsetzte und unterstützt von Franzosen und von Amerikanern seine Angriffe in Flandern wiederholte, richtete sich der Hauptstoß der Franzosen und Amerikaner gegen die Front zwischen Oise und Serre, gegen die Front beiderseits der Aisne westlich Rethel und gegen die Front zwischen Vouziers und der Maas.

Die Schwierigkeit, die augenblicklichen Stellungen dauernd zu halten, liegt in erster Linie in dem Mangel an Reserven und Ersatz. Ende Oktober verfügte die Entente an der Westfront über 96 Divisionen in Reserve gegenüber 58 deutschen Divisionen. Dieses **Z a h l e n v e r h ä l t n i s s** hat sich durch die notwendig gewordene Entsendung von Truppen an die deutsche österreichische Grenze und infolge der Zurücknahme der

österreichischen Divisionen an der Westfront weiter zu unseren Ungunsten verschoben. Die durchschnittliche Bataillonstärke beträgt beim Franzosen etwa 600, beim Engländer etwa 700, beim Amerikaner etwa 1 200, während sie bei uns auf durchschnittlich 500 Mann gesunken ist. So ist es nötig, Divisionen, die abgekämpft und übermüdet aus der Front zurückgezogen waren, oft nach wenigen Tagen der Ruhe und ohne ausreichende Zuführung von Ersatz wieder einzusetzen.

Mit der Fortsetzung der starken feindlichen Angriffe ist zu rechnen. Es ist daher mehrfach sehr ernst der Entschluß erwogen worden, die Armee in eine kürzere und Kräfte ersparende Linie, in der ungefähren Linie Antwerpen — westlich Brüssel — Charleroi — Maas zurückzunehmen. Dagegen sprachen aber schwerwiegende Gründe. Die politische Lage erforderte es, so lange als möglich größeren Geländeverlust zu vermeiden. Die vollständige Räumung des aufzugebenden Gebietes, in dem sich noch bis vor wenigen Tagen 80 000 Verwundete befanden und das mit ungeheuren Vorräten an Kriegsmaterial und Vorräten aller Art angefüllt ist, ist nicht unter mehreren Wochen durchzuführen. Die Eisenbahnlage im besetzten Gebiet, die schon jetzt äußerst gespannt ist, wird sich bei der Zurücknahme der Front durch den Verlust eines engmaschigen Eisenbahnnetzes mit zahlreichen leistungsfähigen Betriebsbahnhöfen aufs neue derart verschärfen, daß zwar eine notdürftige Versorgung der Truppen in der neuen Stellung durchführbar erscheint, die Möglichkeit zu schnellen Truppenverschiebungen hinter der Front aber nahezu aufhört. Auch führt jeder Schritt rückwärts zu einer Einschränkung unseres wirtschaftlichen Lebens und damit vor allem zur Schädigung unserer Kriegsindustrie.

Immerhin kann die D. S. V. den Entschluß, weiter auszuweichen, nicht länger hinausschieben. Ihre erste Pflicht ist und bleibt es, eine entscheidende Niederlage des Heeres unter allen Umständen zu vermeiden. Gelingt dem Feinde ein Durchbruch, so besteht aber diese Gefahr, da die D. S. V. über genügende kampfkraftige Reserven nicht mehr verfügt. Schwentk die nördliche Heereshälfte somit allmählich in die angegebene Linie zurück, so ist zu hoffen, daß für etwa 14 Tage schwere Kämpfe vermieden werden, damit etwas Zeit und Ruhe für die ermüdete Truppe gewonnen wird. Die militärische Lage verbessert sich aber im großen nicht, da die Stellung nicht fertig ausgebaut ist und die Eisenbahn- und Wirtschaftsfragen sich erheblich verschlechtern. Bei der Zurücknahme der Front ist es nicht zu vermeiden, daß ein großer Teil Belgiens wieder schwer geschädigt wird. Wenn auch durch schärfste Befehle jede Verwüstung des Landes verboten ist, so sind die aus militärischen Gründen notwendigen Zerstörungen und Härten für die betroffene Bevölkerung nicht zu vermeiden.

Die Berichte über die Stimmung im Heere lassen erkennen, daß einzelne Divisionen trotz langen Einsatzes und erheblicher Verluste sich bewundernswert schlugen, während andere, die frisch in den Kampf kamen, ohne klar erkennbare Gründe versagten. Jedenfalls haben das Waffenstillstandsangebot und die mutlosen und unzufriedenen Presseäußerungen niederdrückend auf die Stimmung gewirkt. Von allen Seiten wird immer wieder gemeldet, daß die aus der Heimat zurückkehrenden Urlauber und die aus dem Osten herangeführten Ersatzmannschaften die Stimmung ungünstig beeinflussen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die letzteren häufig von bolschewistischem Geiste angehaucht sind. Wo es gelungen ist, die Stimmung hochzuhalten, ist es insbesondere das Verdienst einzelner tatkräftiger Vorgesetzter. Es ist daher von ausschlaggebender Bedeutung, alles zu tun, um das Offizierkorps durch Ausbildung, richtige Anleitung

und Erziehung wieder auf die Höhe zu bringen. Dazu ist aber erforderlich, daß auch in der Heimat alles getan wird, um die Stellung und das Ansehen des Offiziers wieder zu heben und jeder verhehenden Propaganda scharf entgegenzutreten.

Beim Feinde sind die Verhältnisse fraglos günstiger. Durch die große Zahl der Reserven ist er in der Lage, seinen Divisionen längere Ruhezeit zu gewähren. Seine nach übereinstimmenden Meldungen der Truppe schweren Verluste konnte er bisher noch verhältnismäßig schnell durch Einstellung von Ersatz ausgleichen. Immerhin mehren sich die Anzeichen, daß auch die Stimmung, vor allem bei den Franzosen, schlechter wird, und daß die feindlichen Infanterieangriffe nicht mehr mit alter Kraft geführt werden. Trotzdem hält unsere ermüdete Infanterie der schwächlich angreifenden feindlichen Infanterie nicht immer Stand, wenn sie durch eine überwältigende Artillerie und zahlreiche Panzerwagen unterstützt wird.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die militärische Lage sich weiter verschärft hat. Wenn das Heer noch ungeschlagen ist, so ist dies dem in der Masse des Heeres noch vorherrschenden pflichttreuen und tapferen Geiste zuzuschreiben. Mehr und mehr tritt im Kampfe hervor die Macht der einzelnen Persönlichkeit, ob Offizier oder Mann. Dort, wo in den Herzen der Feldgrauen noch das heilige Feuer vaterländischer Begeisterung glüht, wird auch die leuchtende Tat geboren, und der Ansturm des Feindes zerschellt an dem freudigen Entschluß unserer braven Leute, das Leben für die Heimat hinzugeben. Wie soll etwa dieses heilige Feuer erhalten bleiben, wenn aus der Heimat durch die Polemik der Presse, durch die zurückkehrenden Urlauber, durch die aus russischer Gefangenschaft Heimgekehrten und Wiedereingestellten eiskalte und die Truppen entnervende Güsse über das Heer ausgeschüttet werden. Was wir von der Heimat fordern, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung und Stählung von Herz und Seele. Wenn nicht schleuniger Wandel geschieht, richtet die Heimat das Heer zugrunde. Das habe ich pflichtmäßig hier zu erklären. Ebenso hat mich der Generalfeldmarschall beauftragt, in der Frage der Abdankung des Kaisers wörtlich zu erklären, daß er sich für einen Schuft hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde, und so, meine Herren, denke ich und alle ehrliebenden Soldaten. Wie sollen die Tausende und aber Tausende von tapferen Offizieren und Soldaten den Entschluß zum Opfertode finden, wenn in ihre Herzen und Gewissen der Zwiespalt hineingetrieben wird. Wovon man in der Heimat keine Ahnung zu haben scheint, das ist die Psychologie des Heeres, das sind die Imponderabilien, auf denen der Gehorsam beruht. Hört die Hege gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt, es läuft auseinander. In der nach der Heimat zurückströmenden Soldateska bricht die menschliche Bestie hervor.

Des Generalfeldmarschalls und meine Gesamtauffassung ist: Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.

Nur noch von kurzer Dauer kann der Widerstand sein, den das Heer dem Ansturm der äußeren Feinde bei derengewaltigen Überzahl und angesichts der Bedrohung von Osterreich-Ungarn her zu leisten vermag. Eine genaue zeitliche Befristung des Widerstandes läßt sich nicht geben, da diese einerseits von dem Verhalten der Heimat, andererseits von den Maßnahmen und dem moralischen und materiellen Zustand des Heeres abhängt. Die Beurteilung dieses Faktors ist zu leicht Selbsttäuschungen ausgesetzt, weshalb ich mich einer Äußerung enthalten muß. Die Rettung des deutschen Reiches vor innerer Verfehlung und Zerfall ist es, wenn das Gefüge des Heeres fest, der

Wille zum gemeinsamen Vaterlande ungebrochen und der Geist im Gehorsam erhalten bleibt.

Scheidemann fragt, ob die neueren Einziehungen für die Stärkung der Kampfkraft des Heeres irgendwelche Bedeutung haben könnten.

Gröner: Die neueingestellten Leute würden nur zum kleinsten Teile aus der Industrie genommen. Sie kämen auch nicht gleich in die kämpfende Truppe, sondern würden in die Rekrutendepots gestellt und ausgebildet. Erst wenn sie wieder fest geworden seien, würden sie zur Kampftruppe gebracht. Es sei unbedingt notwendig, diese Leute einzuziehen, weil wir auf alles vorbereitet sein müßten. Er verkenne nicht, daß dadurch Unruhe geschaffen werde. Ein Verzicht auf diese Ersatzmannschaften sei aber angesichts der augenblicklichen Lage nicht möglich.

Erzberger: Die Grundgedanken der Ausführungen des Generalß Gröner seien seiner Ansicht nach folgende:

1. Eine Verbesserung der militärischen Lage sei nicht zu erwarten;
2. eine Zurücknahme bis an die Grenze sei in Aussicht zu nehmen.
3. Wie lange wir die Reichsgrenze oder die Maaslinie halten könnten, sei ungewiß.

Könne General Gröner die Verantwortung übernehmen, daß noch weiteres Blut vergossen werde, wenn die Lage sich nicht verbessern lasse?

Gröner wünsche, daß der Bolschewismus bekämpft werde. Zahlreiche Nachrichten gingen aber dahin, daß die schlechte Stimmung von der Front nach der Heimat getragen werde.

Gröner: Die Fragen zu 1 und 2 könne er mit Ja beantworten. Für die dritte Frage könne er keine feste Frist angeben, da die Faktoren, welche den Widerstand verbürgten, nicht genau zu bestimmen seien. Bleibe die Armee im Gehorsam und der ausgezeichnete Geist der Fronttruppen erhalten, so würden wir uns in rückwärtigen Stellungen noch einige Zeit halten können. Es komme ganz darauf an, ob Gegner seine Angriffsmöglichkeiten ausnütze. Eine feste Zeit für den möglichen Widerstand könne er nicht angeben. Wir könnten aber dadurch Zeit gewinnen für die Fortsetzung der Verhandlungen. Es müsse aber von der Heimat gesagt werden, die Armee müsse festhalten bis zum Abschluß. Daß schlechte Stimmung von der Front in die Heimat getragen werde, sei schon möglich, es werde hier wohl eine Wechselwirkung stattfinden. Bleibe die Armee ungebrochen, so würden wir bessere Bedingungen erhalten und für den Aufbau im Frieden eine bessere Grundlage haben.

Die nötige Zeit für Verhandlungen wird sicher von uns geschafft werden. Wenn wir Glück hätten, könnte die Zeit länger sein, bei Unglück kürzer; danach müßten die Verhandlungen in taktischer Hinsicht eingerichtet werden. Deshalb erstrebe er engste Verbindung mit der Reichsleitung.

Auf die Frage, was General Gröner als kürzeste Frist ansehe, wenn alle ungünstigen Umstände zusammenfielen, erwidert

Gröner: Gegenwärtig sei eine großzügige Rückzugsoption eingeleitet. Diese sei bisher gut und glücklich verlaufen. Es komme darauf an, ob eine erhebliche Einwirkung des Feindes stattfinde, so insbesondere ob an einer bestimmten sehr wichtigen Stelle alle Angriffe restlos abgewiesen werden könnten. Er sei nicht in der Lage, die Frage einwandfrei zu beantworten und bitte, sich noch einige Tage zu gedulden, bis diese Operation beendet sei.

Nr. 101.

Wilson's vierte Note.

»In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen übermittelt hat mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, das folgendermaßen lautet:

»Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Aussprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand bei Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Aussprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen dadurch, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.«

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

gez. Robert Lansing.

Abschluß des Waffenstillstandes. Nr. 102 bis Nr. 110.

Nr. 102.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 7. November 1918.

Der Kais. Staatssekretär a. D. an Auswärtiges Amt.

Deutsche Waffenstillstandskommission heute 12 Uhr mittags aus Spa in Kraftwagen nach den französischen Linien abgefahren. Zusammensetzung:

Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender,
Gesandter Graf Oberndorff,
Generalmajor von Winterfeldt,
Kapitän zur See Banselew.

Ferner führen ein Hauptmann, ein Dolmetscher und zwei Schreiber mit.
General von Gündell ist zurückgetreten.

Als zweite Staffel fahren heute um 3 Uhr nachmittags ins Hauptquartier der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Major Duesterberg, Major Brinkmann, Major Kriebel, Major von Bötticher und auf Wunsch von Staatssekretär Erzberger und Graf Oberndorff Legationsrat Freiherr von Veröner. Ferner einige Chiffrieroffiziere und ein Journalist.

gez. von H i n g e.

Nr. 103.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 8. November 1918.

Auswärtiges Amt Berlin.

Staatssekretär Erzberger funkt:

»Aus der Besprechung, die unter Vorsitz des Marschalls Foch unter Beteiligung von nur französischen Landoffizieren und englischen Seeoffizieren stattfand, ging hervor, daß übergebene Waffenstillstandsbedingungen bindende Verabredungen aller feindlichen Kriegseleitungen und Regierungen sind, Marschall Foch daher dringend erbetene und mit technischen Schwierigkeiten begründete Frist (Verlängerung um 24 Stunden) ablehnen müsse, wie er auch erbetene vorläufige Waffenruhe aus gleichem Grunde ablehnte. Nach bisherigem Eindruck ist nicht anzunehmen, daß über entscheidende Hauptpunkte Gegenvorschläge zur Erörterung zugelassen werden. Es soll trotzdem versucht werden, in bereits vereinbarten Einzelbesprechungen Milderungen einzelner Punkte zu erreichen, um in erster Linie Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Abwendung drohender Hungernot zu erreichen. Hierzu wird versucht werden, Verlängerung der Fristen und Verringerung des abzugebenden Materials zu erlangen.

Falls nicht Milderung beschloffen wird, erhitzen nachdrückliche Ermächtigung zur sofortigen Unterzeichnung mit etwa hier zu erreichenden Willensungen der praktischen Ausführung.

Erhitzen ferner Ermächtigung, daß bei Annahme eine Erklärung etwa in folgendem Sinne zu Protokoll gegeben werden darf: Die deutsche Regierung wird selbstverständlich mit allen Kräfte für die Durchführung der von ihr übernommenen Verpflichtungen sorgen. Die Unterzeichnenden erachten es aber im Interesse der Aufrichtigkeit der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Gegnern für Gemeinwohlpflicht, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieser Verbindungen das deutsche Volk in Armut und Hungerdnot stürzen mag, und daß daher ohne Verschulden der deutschen Regierung und des deutschen Volkes eine Lage entstehen kann, die die weitere Durchführung aller Verpflichtungen unmöglich machen würde.

Entscheidender Entschluß über die zu erlassende Antwort muß hier gefaßt werden, auch darüber, ob vorstehend vorgeschlagene Erklärung auch auf die Gefahr hin abgegeben wäre, daß davon Mißbrauch Stattfindet. Entgeltliche Stelldion bitte im Interesse der Rüge der Herr Bewandlung zu überlassen.

gez. von S i n g e r.

Nr. 104.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 8. November 1918.

Der Reichs-Deputationsrat an Kaiserliches Amt.

Staatssekretär Lippinger hat gesagt, daß er Radio mit Wasserstoffbombenbedingungen nach Spa abgelehnt habe. Bedingungen müßten bis Montag mittag angenommen oder abgelehnt sein. Wassertrabe bis dahin ist von Franzosen abgelehnt worden. Nicht ganz klar ist es, ob wirklich bis Montag von den Franzosen zur Annahme der Wasserstoffbombenbedingungen Zeit gegeben ist, da von einer 72stündigen Frist gesprochen wird.

gez. P e r d u e r.

Nr. 105.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 9. November 1918.

Erklärung von Siepe an Kaiserliches Amt.

Folgendes ist Inhalt aus den Wasserstoffbombenbedingungen, deren vollständiger Text erst morgen zu erwarten ist:

1. Jahreszeiten 8 Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Milderung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen.

Woh an Truppen nach dieser Zeit zurückbleibt, interniert oder freigegeben.

3. Abzugeben 5 000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3 000 Minenwerfer, 2 000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinuferes, Mainz, Coblenz, Köln besetzt vom Feind auf Radius von 30 km Tiefe.
5. Auf rechten Rheinufer 30 bis 40 km Tiefe neutrale Zone. Räumung in 11 Tagen.
6. Aus linkem Rheinufergebiet nichts wegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt lassen.
7. 5 000 Lokomotiven, 10 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. August 1914 zurücknehmen; Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ost-Afrika.
12. Rückgabe des Standes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnoughts; die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Alle Forts und Batterien im Skattegatt zu besetzen von Alliierten.
16. Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gelapert werden.
17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
18. Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Kommission bittet um Ermächtigung zur Unterzeichnung dieser Bedingungen, hofft Verlängerung der Fristen herauschlagen zu können. Kommission hat nicht verhehlt, daß Innehaltung der Bedingungen teilweise unmöglich, weil Hungernot in Deutschland damit unvermeidlich verknüpft sein werde und Beobachtung der Bedingungen teilweise unmöglich machen werde.

gez. v o n S i n g e.

Nr. 106.

Telegramm.

Eingegangen 10. November 1918.

Es telegraphiert der Chef des Generalstabes des Feldheeres an das Auswärtige Amt:

Folgender chiffrierter Funkpruch der deutschen Bevollmächtigten ist hier soeben eingegangen:

An die D. S. L. für den Herrn Reichskanzler!

Soeben ist die Vollmacht eingetroffen. Sobald der Waffenstillstand abgeschlossen ist, empfehlen wir, sofort dem Präsidenten Wilson mittels Funkpruches hiervon Mitteilung zu machen und ihn zu ersuchen, unverzüglich Verhandlungen zur Herbeiführung

des Präliminarfriedens einzuleiten, um Hungernot und Anarchie zu verhindern. Derart bitten wir, zu veranlassen, daß durch die Vermittlung von Holland sofort ein erstes Zusammenreffen der Bevollmächtigten im Haag stattfindet. Nur noch durch einen sofortigen Abschluß des Präliminarfriedens ist die katastrophale Wirkung der Durchsetzung der Waffenstillstandsbedingungen abzuwenden.

Dem Segner steht höher vollkommen bei Verständnis für diese Besuche.

St. Petersburg.

Der Chef des Generalstabes des Reichsheeres.

Nr. 107.

Telegramm¹⁾.

Großes Hauptquartier, den 10. November 1918.

Kriegsministerium.

In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterung in folgenden Punkten zu erreichen:

1. Verlängerung der Ausrüstungsfrist auf zwei Monate, wobei die Hauptzeit auf die Ausrüstung der Rheinarmee, der Pfalz und Hessens fällt, sonst Zusammenbruch des Heeres, weil technische Ausführung absolut unmöglich.
2. Durchmarsch rothem Heereskörpern nach Westpreußen.
3. Wegfall neutraler Zone aus Ordnungsgründen, zum mindesten Verwässerung auf 10 km.
4. Chemische Kapitulation Ostpreußen.
5. Unschädliche Verringerung des abzugebenden Eisenbahnmaterials, sonst schwerste Beschädigung Wirtschaft. Freilassung Personals gemäß A. VII nur in kleinem Umfang möglich. Nähere Abmachungen hierüber nötig.
6. Loklokomotiven im Jahr nur 18 000, davon 50 v. H. betriebsfähig vorzuziehen. Abgabe in der gegebenen Höhe würde völligen Zusammenbruch Eisenbahnversorgung bedeuten.
7. Jagd- und Bombenflugzeuge nur 1700 vorhanden.
8. Bei einseitiger Kriegsgefangenenabgabe müssen wenigstens Verwundeten über Kriegsgefangenenbehandlung beschieden bleiben.
9. Hochschule für Lebensmittel öffnen; zur Regelung Verpflegungsfrage hat Kommission unterwegs.

Gelingt Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre tragendem abzuschließen. Gegen Ablehnung Punkte 1, 4, 5, 6, 8, 9 wärehammernd Protest unter Berufung auf Wilson zu erheben.

Mitte Entschluß Regierung in diesem Sinne schnellmöglich herbeiführen.

von Hindenburg.

¹⁾ Dieses Telegramm ist gleichzeitig als Zusatzdruck zu Nr. 106 mit dem Reichsminister des Reichsheeres abgedruckt.

Nr. 108.

Telegramm.

Berlin, den 10. November 1918.

Hinze, Großes Hauptquartier.

Euer Exzellenz bitte ich, die Oberste Heeresleitung zu veranlassen, daß sie der Waffenstillstandskommission funkentelegraphisch folgendes übermittelt: »Für Staatssekretär Erzberger. Euer pp. sind zur Zeichnung des Waffenstillstandes ermächtigt. Sie wollen gleichzeitig folgende Erklärung zu Protokoll geben:

»Die deutsche Regierung wird mit allen Kräften für die Durchführung der gestellten Bedingungen sorgen. Die Unterzeichneten halten es aber für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Durchführung einzelner Punkte dieser Bedingungen die Bevölkerung des nicht zu besetzenden Teils von Deutschland in Hungernot stürzen muß. Die Belassung aller Vorräte in den zu räumenden Gebieten, die für die Ernährung der Truppen bestimmt waren, so wie die einer Entziehung gleichkommenden Beschränkung der Betriebsmittel für den Verkehr unter Aufrechterhaltung der Blockade machen die Ernährung und jede Organisation ihrer Verteilung unmöglich.

Die Unterzeichneten bitten daher, über solche Abänderungen dieser Punkte, unter denen die Ernährung sichergestellt werden kann, verhandeln zu dürfen.«

Auch bin ich damit einverstanden, daß die Oberste Heeresleitung bei Exzellenz Erzberger in Anregung bringt, die Kapitulation von Deutsch-Ostafrika in ehrenvoller Form zu erwirken, ferner den Durchzug unserer Truppen durch den Maastrichtzipfel zu erreichen.

Reichskanzler.

Nr. 109.

Berlin, den 10. November 1918.

Herrn Staatssekretär von Hinze für Oberste Heeresleitung.

Der Friedensdelegation ist durch Funkpruch mitzuteilen, daß die deutsche Regierung die ihr am 8. November gestellten Waffenstillstandsbedingungen annimmt.

gez. Solf.

Nr. 110.

Telegramm.

Großes Hauptquartier, den 11. November 1918.

Exzellenz von Hinze an Auswärtiges Amt.

Waffenstillstand heute 11 Uhr 55 in Kraft getreten.

gez. von Hinze.

